Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

# Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37 Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1070 Wien

P.b.b. Preis 4.-
Nr. 8/1. Jahrgang 9. Dezember 1976

Wertheim/Wien

## »Wir streiken bis unsere Forderungen erfüllt sind!« »Wir lassen uns nicht das Kreuz brechen!«

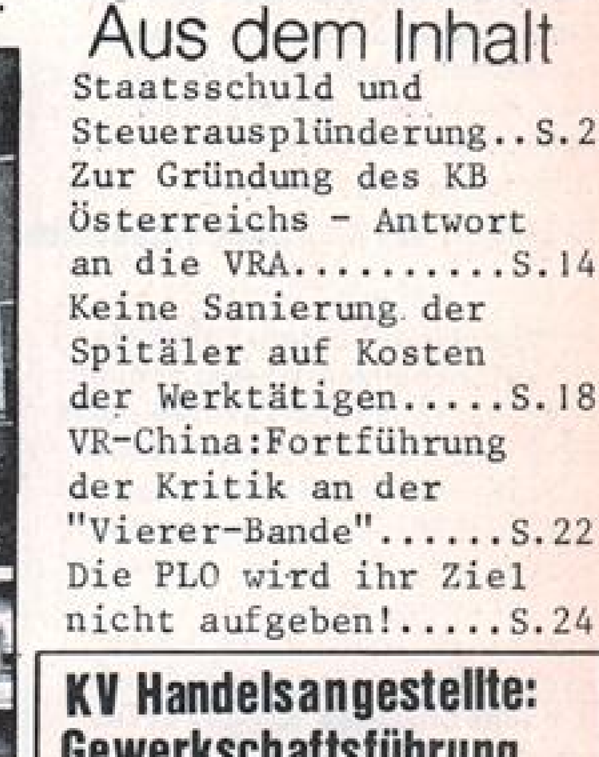
### 500.-S bzw. 5% Lohnerhöhung! Rücknahme aller Entlassungen!

Seit 1.12. steht die Wertheim-Belegschaft im Kampf. "So hart war es noch nie", sagen die Kollegen, und "wir sind entschlossen, den Kampf bis zum Ende durchzuhalten". Der Vorstand hatte am 30.11. kategorisch erklärt, er sei nicht bereit, über die vom Betriebsrat aufgestellte Lohnforderung von 500,- bis zu einem Einkommen von 10.000,- bzw. von 5% bei höheren Einkommen zu verhandeln. Am 1.12. wurden vom Betriebsrat und dem für die Verhandlungen gebildeten Aktionsausschuß Punktstreiks beschlossen. Den streikenden Kollegen wurde daraufhin vom Vorstand mit der Entlassung gedroht. Über 100 Arbeiter marschierten am 3.12. in die Direktion und gaben die Entlassungsdrohungen gebündelt zurück. Am 6.12. wurden die 31 Arbeiter und 6 Angestellten aus den bestreikten Abteilungen entlassen. Spontan traten daraufhin weitere Abteilungen in den Streik. Es wird solange gestreikt, bis der Vorstand die Entlassungen zurücknimmt. Solange wird auch nicht verhandelt.
Die Wertheim-Belegschaft ist eine traditionell kampfstarke Belegschaft. Das hatte sich auch in den Protestaktionen zum letzten KV-Abschluß gezeigt: Es gab einen Proteststreik. Nach dem skandalösen Abschluß verstärkte sich der Unmut und die Unzufriedenheit der Belegschaft. Der Lohn wird real weniger, die Arbeitshetze steigt, die Überstunden werden maßlos ausgedehnt - dagegen mußte der Kampf aufgenommen werden.

*Fortsetzung auf Seite 6*




*7.12.: Die Wertheim Belegschaft steht weiterhin im Kampf. Die 31 Arbeiter und 6 Angestellten, die unterdessen vom Vorstand entlassen wurden, befinden sich ebenfalls im Betrieb. Es ist den Kapitalisten noch nicht gelungen, die Einheit der Belegschaft zu untergraben.*



Aus dem Inhalt





**KV Handelsangestellte: Gewerkschaftsführung kapitulierte trotz Kampfbereitschaft**

Siehe Artikel S 8/9

AKW-Veranstaltungen:

## Eine Niederlage der Regierung nach der anderen

Nach vier Veranstaltungen im Rahmen der "Aufklärungskampagne" der Regierung über Atomkraftwerke steht es 4:0 für die Gegner der Regierungspolitik. Statt zu einem Mittel der Zersetzung, Spaltung und Schwächung der Bewegung gegen die Regierungspolitik, sind diese Veranstaltungen zu bedeutenden Kundgebungen dieser Bewegung geworden. Die Bewegung der AKW-Gegner ist stärker geworden, während die Regierung vier Niederlagen erlitten hat. Das ist ausgezeichnet und von großer Bedeutung. Die Bedingungen, um die Pläne der herrschenden Klasse und der Regierung in der Frage der Kernkraftwerke zum Scheitern zu bringen, haben sich dadurch verbessert. Außerdem verändert eine solche Entwicklung das gesamte Kräfteverhältnis zwischen dem Volk und dem bürgerlichen Staat zugunsten des Volkes und hat seine positiven Ausstrahlungen auf andere Frontabschnitte, an denen das Volk sich gegen die bestehenden Verhältnisse erhebt und der bürgerlichen Reaktion entgegentritt.

SIEHE ARTIKEL AUF S.4/5
-Welche Interessen verfolgt die Bourgeoisie mit dem Bau von AKWs?
-Kein AKW in Bogenhofen!
-Niederlage der Regierung bei der AKW - Veranstaltung in Feldkirch.

## Hetze gegen die KVDR - Teil der Kriegsvorbereitungen der USA in Korea

In letzter Zeit entfaltet die bürgerliche Presse einschließlich des ORF eine großangelegte Hetzkampagne gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR). Die Diplomaten der KVDR in Skandinavien hätten Schnaps, Zigaretten und selbst Rauschgift geschmuggelt. Am Freitag, dem 26.11. behauptete der "Kurier" sogar, auch in Österreich seien Diplomaten der KVDR in eine Schmuggelaffäre verwickelt. Diese Kampagne ist nicht auf Österreich beschränkt, sie hat internationales Ausmaß.

In Skandinavien wurden Diplomaten der KVDR unter dem Vorwand, sie hätten "gesetzwidrige Geschäfte" betrieben, ausgewiesen. Es wurde behauptet, Funktionäre der Gesandtschaft der KVDR in Malaysia hätten sich an "Schwarzhandel" beteiligt. In der Schweiz wurden Gerüchte darüber verbreitet, daß Funktionäre der Gesandtschaft der KVDR an irgendwelchen geschäftlichen Transaktionen beteiligt gewesen seien. Eine argentinische Zeitung berichtete, daß ein Funktionär der Handelsabteilung der Botschaft der KVDR in diesem Land "gesetzwidrige "Geschäfte" betrieben hätte. Zuletzt wurde eine ähnliche Behauptung auch in Österreich aufgestellt.

*Fortsetzung auf Seite 2o*

# Das Volksgruppengesetz kann nicht Gegenstand von Verhandlungen sein!

Seit jeher ging die Auseinandersetzung in der Minderheitenfrage zwischen der Regierung, den Parlamentsparteien und den Kärntner Chauvinisten vom Heimatdienst auf der einen Seite und den Minderheiten (insbesondere der slowenischen), allen fortschrittlichen Menschen und den Interessen der Arbeiterklasse auf der anderen Seite um eine Kernfrage:
werden die Rechte im gesamten gemischtsprachigen Gebiet gewährt oder werden bestimmte Orte, Gemeinden usw. herausgenommen, wo sich ein bestimmter Prozentsatz zu "slowenisch" bekennt und dort dürfen sich die Angehörigen der Minderheit ihrer Sprache vor Ämtern bedienen, werden zweisprachige Aufschriften angebracht usw. Die erste Lösung ist eine prinzipielle, grundsätzliche und demokratische Lösung; im gesamten gemischtsprachigen Gebiet, das bekannt ist (und auch in österreichischen Gesetzen, Verordnungen und Erlässen genau umrissen ist), wird das Slowenische im öffentlichen Leben der deutschen Sprache gleichgestellt, wird z.B. durch Anbringen von zweisprachigen Aufschriften darauf hingewiesen, daß hier auch Slowenen leben, wird damit ihre Existenz anerkannt. Die zweite "Lösung" ist eine kleinliche, undemokratische und chauvinistische Lösung; auf gehässigste Weise werden Orte herausgesucht, die gerade noch 25 % Slowenen haben, andere, die aber nur mehr 24 % haben. Die Zahl der Slowenen wird möglichst heruntergedrückt, damit möglichst viel Orte offiziell als "slowenenrein" gelten können, die Existenz der Slowenen wird offiziell nur mehr in ein paar Dörfern geduldet. Es werden "Tschuschendörfer" geschaffen, die Chauvinisten werden sich dann besonders auf diese Dörfer konzentrieren, ein ständiger Ansatzpunkt der Hetze und Unruhe wird geschaffen. Es ist klar, daß nur die erste Lösung den Interessen des gesamten österreichischen Volkes entspricht, denn nur auf gleichberechtigter Basis kann eine wirkliche Einheit zwischen slowenisch- und deutschsprechenden Werktätigen geschaffen werden.

Die zweite "Lösung", die Politik der Unterdrückung und zwangsweisen Germanisierung wird mit dem Volksgruppengesetz versucht. Aus dem Volksgruppengesetz weht alles andere als der "Geist der Toleranz und Großzügigkeit" (AZ, 15.11.), es weht aus ihm der Geist des Chauvinismus. Daher ist es auch völlig richtig, daß die slowenischen Zentralorganisationen das Volksgruppengesetz ablehnen, denn es bedeutet gesetzlich festgeschriebene Rechtlosigkeit.

Wir drucken im folgenden eine Erklärung der beiden slowenischen Zentralorganisationen ab, in der diese die Belebung des sogenannten Kontaktkomitees fordern. Die bürgerlichen Zeitungen berichteten nur von "Verhandlungen", sie verschwiegen aber, daß die Slowenen auf der Basis des Artikels 7 verhändeln wollen und nicht auf der Basis des Volksgruppengesetzes.

VS

## Erklärung des Koordinationsausschusses des Zentralverbandes Slowenischer Organisationen in Kärnten und des Rats der Kärntner Slowenen

Der Koordinationsausschuß des Zentralverbandes slowenischer Organisationen in Kärnten und des Rates der Kärntner Slowenen kam auf der Sitzung am 24.11. 1976 nach gründlicher Beurteilung der Ergebnisse der Sprachenzählung und der augenblicklichen Lage im Bereiche der Volksgruppenfrage zu nachstehenden Feststellungen:

Die Resultate der Spracherhebung oder klarer gesagt, der Minderheitenfeststellung in Kärnten haben gezeigt, daß Lebensfragen einer Volksgruppe solcherart nicht gelöst werden können. Die slowenische Volksgruppe hat dadurch, daß sie fast zur Gänze dem Boykottaufruf der beiden Zentralorganisationen Folge geleistet hat, bei diesen "Wahlen" bestätigt, daß sie die Politik ihrer Zentralorganisationen billigt. Gleichzeitig hat sie damit auch der Führung dieser Organisationen ihr Vertrauen bekundet und allen Versuchen der Diskreditierung der Führung der Volksgruppenorganisationen und der Aufspaltung der slowenischen Volksgruppe in Kärnten seitens der höchsten Repräsentanten des Staates und des Landes eine klare Absage erteilt.

Die beiden Zentralorganisationen stellen fest, daß die Ergebnisse der Sprachenzählung, die in Kärnten durch die deutschnationalistischen Kräfte zu einer neuerlichen Volksabstimmung verformt wurde, nicht als Orientierungshilfe und noch viel weniger als Entscheidungsgrundlage für die Erfüllung der Bestimmungen des Staatsvertrags, der die Minderheitenrechte nicht von der Stärke der Minderheiten abhängig macht, dienen können. Deshalb kann das Gesetz über die Rechtsstellung der Volksgruppen in Österreich auch nicht die Erfüllung des Art. 7 des Staatsvertrages darstellen und stellt auch nicht die Durchführung seiner Bestimmungen dar, sondern bedeutet im Gegenteil mit der Bindung der Minderheitenrechte an die zahlenmäßige Stärke der Minderheit und mit der Aufnahme des Begriffes der "relevanten Zahl" als Vorbedingung für die Minderheitenrechte eine Revision des Staatsvertrags vom 15.5.1955.

Die slowenische Volksgruppe in Kärnten kann jedoch nicht ausdrücklich zu ihren Gunsten beschlossene internationale Schutzbestimmungen und übernommene Verpflichtungen des Staates mit einem gewöhnlichen Gesetz, das die Fragen sämtlicher Volksgruppen in Österreich regeln soll und das im wesentlichen sogar die bisherige Lage auf sämtlichen Bereichen des Minderheitenschutzes wesentlich verschlechtert, eintauschen.

Die Grundlage für die Regelung kann daher nur Art. 7 des Staatsvertrages sein und waren wir Kärntner Slowenen immer und sind nach wie vor zu Gesprächen auf dieser Grundlage bereit. Nun, da sich die Zählung als untaugliches Mittel für die Regelung von Minderheitenfragen erwiesen hat und damit jedes Hindernis, das den Grund für die Unterbrechung der Gespräche im Kontaktkomitee bildete, weggefallen ist, sind wir der Meinung, daß die Arbeit im Kontaktkomitee ehestens im Sinne unserer zahlreichen Vorschläge fortgesetzt werden soll.

Die beiden Zentralorganisationen haben daher auf der heutigen Sitzung des Koordinationsausschusses beschlossen, im Sinne der einstimmig angenommenen Geschäftsordnung der Regierung vorzuschlagen, möglichst bald eine Sitzung des Kontaktkomitees einzuberufen, um auf der Basis der gleichberechtigten Partnerschaft ehestens zu fruchtbaren Verhandlungen zum Nutzen einer einvernehmlichen Lösung der offenen Fragen und des friedlichen Zusammenlebens im Lande zu kommen.

## Film: »14. November«

Anfang Dezember wurde der Video-Film "14. November" fertiggestellt. Er zeigt unter anderem an Beispielen aus Kärnten, wie der Regierung durch den Boykott der Minderheitenfeststellung am 14. November eine Niederlage bereitet wurde, und daß der Kampf um die Rechte der Minderheiten fortgesetzt werden muß. Er wird den Komitees für die Rechte der Minderheiten und auch andern Interessenten zur Verfügung gestellt. Dauer ca. 25 min.
Schreiben an:
Michael Reichmayr
Morellenfeldgasse 42/II
A - 8010 Graz

# Der Ausdeh

**Die imperialistischen Staaten sehen sich ständig und immer schneller wachsenden Staatsausgaben gegenüber und Hand in Hand damit wachsender Staatsverschuldung. Ihr Ursache hat diese Erscheinung in der notwendigen Entwicklung und Ausdehnung des bürgerlichen Staatsapparats im Imperialismus. Die auf der Grundlage der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital immer wieder tausendfach aufbrechenden ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche sind im Imperialismus auf die Spitze getrieben. Im Imperialismus sind die Produktivkräfte vollkommen reif für die Vergesellschaftung, durch das kapitalistische Privateigentum wird ihre Weiterentwicklung verhindert. Der Imperialismus ist verfaulender, schmarotzender, sterbender Kapitalismus. Alle Widersprüche des Kapitalismus verschärfen sich im Imperialismus gewaltig. Um die immer schärferen Klassengegensätze im Zaum zu halten, um die reaktionären Interessen der herrschenden Finanzbourgeoisie nach innen wie nach außen zu verfolgen, um die immer krisenhaftere Profitproduktion aufrecht zu erhalten, werden die unterdrückerischen Staatstätigkeiten und der unproduktive Sektor der Gesellschaft umso mehr ausgedehnt, wuchert der imperialistische Staatsapparat umso wilder am Körper der Gesellschaft. Das ist mit ungeheuren und notwendig steigenden Kosten verbunden und die bürgerliche Klasse versucht, die Finanzierung des imperialistischen Staatapparats und seiner Tätigkeiten über die Steuern möglichst vollständig den arbeitenden Massen abzupressen. Zugleich muß der Staat im Inland und im Ausland Schulden aufnehmen, um ständig flüssig zu sein. Als Kreditgeber nimmt die Finanzbourgeoisie diese Schulden zum Anlaß, um sich über die Zinsen zu bereichern und die Kontrolle über den Staatsapparat zu erweitern. Für die Massen bedeuten die Schulden, daß sich der Steuerdruck mit Sicherheit noch erhöhen wird.**

## Direkte Bereicherung der Finanzbourgeoisie mittels der Staatsverschuldung

Um die verschiedenen Tätigkeiten des Staatsapparates bezahlen zu können, hat der Staat im laufenden Jahr für weitere 34 Milliarden Kredite aufgenommen.

Die Gesamtschulden der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden sowie Sondergesellschaften des Bundes) werden sich heuer auf über 215 Milliarden Schilling belaufen.

134 Milliarden davon sind Schulden des Bundes. Für das Jahr 1977 wurden im Budget allein für die Finanzschulden des Bundes an die 166 Milliarden aufgenommen. Das ist viermal soviel, wie

# ...nung der Staatsschuld folgt die verstärkte Steuerausplünderung

·die für dasselbe Jahr vorgesehenen Lohnsteuereinnahmen. Laut "Pressedient der Industrie" vom 2.9.1976 wird die Finanzschuld nur des Bundes binnen dreier Jahre um weitere rund 100 Milliarden Schilling wachsen. Sie soll dann so hoch sein, wie die Gesamtausgaben des Staates heute.

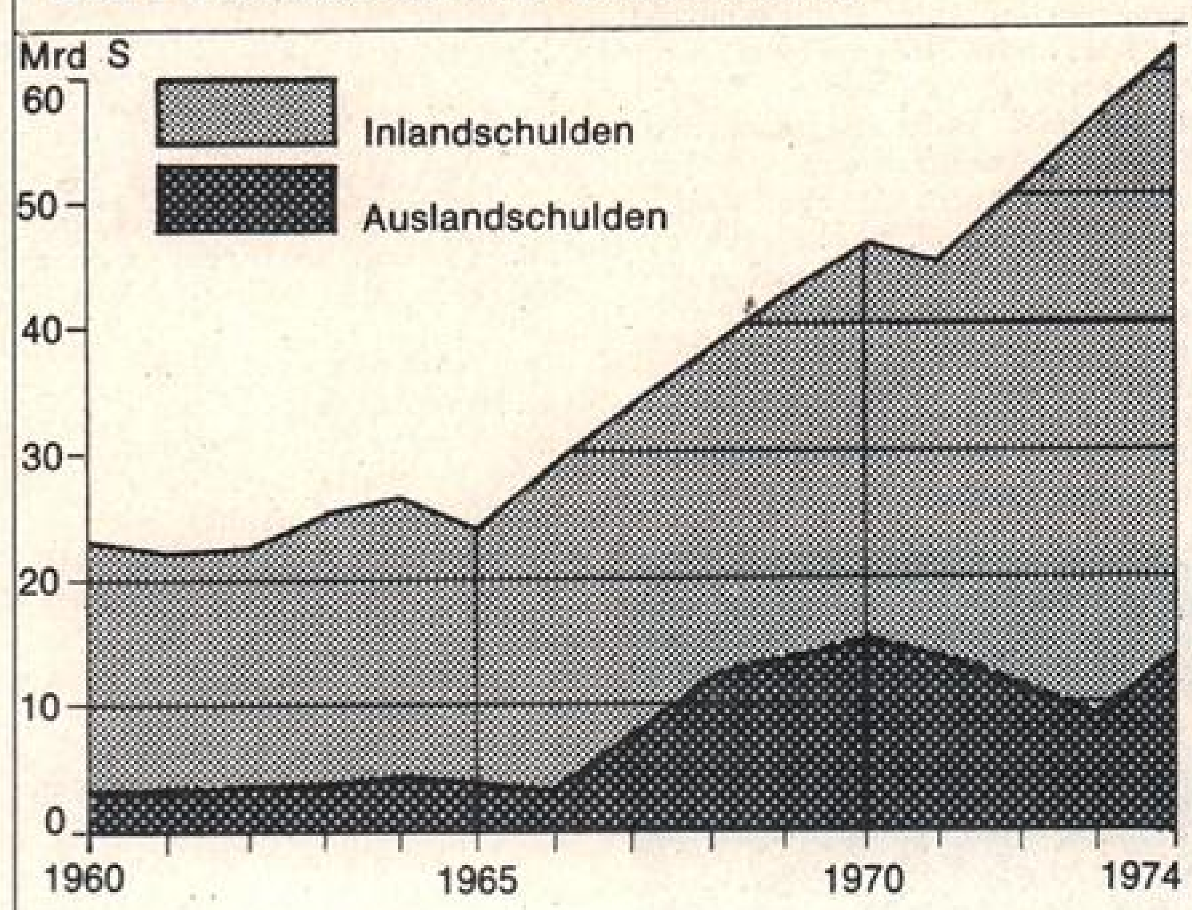
Diese Staatsschuld ist verzinst und muß getilgt werden: "Um heuer die laufenden Zahlungen für alle Schulden des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie der Sondergesellschaften leisten zu können, reichen alle Einkommen- und Vermögenssteuern des halben Jahres 1976 nicht aus. Zu diesem Ergebnis kommt man, wenn man den Zinsendienst und die Tilgungen für das heurige Jahr den Steuereinnahmen des Bundes für das erste Halbjahr 1976 gegenüberstellt.

Zinsendienst und Schuldentilgung des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie der Sondergesellschaften des Bundes belaufen sich für das heurige Jahr auf rund 34 Milliarden Schilling." Das schreibt der Pressedienst der Industrie unter dem Titel "Schuldenlast mit Steuerfolgen" am 1.Oktober. Aus diesen Worten spricht nicht die Sorge der Finanzbourgeoisie um die Schulden des Staates, sondem die Sorge der Finanzbourgeoisie darüber, ob es der Regierung auch gelingt, Zinsen und Tilgungsgelder über die Steuern einzutreiben. Denn für die Gelder, die sie dem Staat vorgeschossen hat, hat sie Staatspapiere und Anleihen bekommen mit garantiertem Zinssatz und Rendite.

Kein Kapitalist aber leiht Geld her, wenn er nicht weiß, daß er es vermehrt zurückbekommt und wenn ihm nicht Sicherheiten dafür eingeräumt werden. Die Deckung der Staatsschuld sind die Steuern, deren Eintreibung die Regierung garantieren muß. Die Staatspapiere sind nichts anderes, als Anweisungen auf Steuergelder. Je mehr die Schuld des bürgerlichen Staates bei den Banken und den Geld besitzenden Kapitalisten wächst (jemand anders kann dem Staat nicht kreditieren und die Staatspapiere kaufen), umso mehr wächst in Wirklichkeit die Steuer"schuld" der arbeitenden Massen beim Staatsapparat und der Finanzoligarchie, die das Geld im wesentlichen verliehen hat, umso sicherer können die Massen mit verstärktem Steuerdruck rechnen. Das Raffinierte an diesem Finanzierungssystem ist aber, daß sich das Finanzkapital über den Staat an den Zinsen direkt bereichert, daß die Milliarden Steuergelder, die an Zinsen und Rendite in seine Taschen fließen, "geschenktes" Kapital sind.

*"Die Staatsgläubiger geben in Wirklichkeit nichts, denn die geliehene Summe wird in öffentlich leicht übertragbare Schuldscheine verwandelt, die in ihren Händen fortfungieren,*

## Die Finanzschulden Österreichs




Das Schaubild zeigt die ständig wachsende Verschuldung des Staatsapparats vor allem bei der inländischen Finanzbourgeoisie. 1975 stieg die Inlandsverschuldung des Bundes auf 99,6 Milliarden, die Auslandsverschuldung auf 30,9 Milliarden. Zinsen und Tilgungen des Bundes betrugen 1975 12,1 Milliarden Schilling, 1976 22,3 Mrd. und werden 1977 auf 24 Mrd. ansteigen. (Schaubild aus "Blick in die österreichische Wirtschaft", 1975; Zahlen aus "Arbeits (Amts)behelf zum Bundesfinanzgesetz).

*ganz als wären sie ebensoviel Bargeld.*"(Marx, Kapital Bd.I, S.783)

Der Staat gibt nämlich die geliehene Summe in derselben Art und Weise aus, wie er die Steuergelder ausgibt: in Normalfall für unproduktive Ausgaben, - für Zahlung von Personal, für Rüstungsausgaben, für Ausgaben des produktiven Konsums (Bereitstellung von Straßen, Brücken usw.), für die Finanzierung seiner bürokratischen Unterdrückungstätigkeiten. Zum Unterschied also von einem Kapitalisten, der sich Geld borgt und es als Kapital verwendet für die Produktion von Mehrwert, wird die Masse der Steuergelder nicht auf Wertproduktion verwandt. Das Geld ist nach seiner Verausgabung weg. Trotzdem halten die Finanzbourgeois Papiere in den Händen, die ihnen Zinsen auf dieses Geld garantieren. Auf der einen Seite haben sie faktisch nichts hergegeben, da sie mit diesen Papieren genauso handeln können, als wären sie bares Geld, auf der anderen Seite ist ihr Kapital, das sie verborgt haben, vom Staat bereits verausgabt, in Wirklichkeit nur noch fiktives Kapital, auf das sie aber trotzdem regelmäßig Zinsen beziehen. Gerade in einer Zeit allgemeiner Zahlungsschwierigkeiten kommt dieser über den Staat eingetriebene Zinstribut aus Steuergeldern den Finanzbourgeois gerade recht.

### Durch die Staatsschuld verstärkt die Finanzbourgeoisie ihre Kontrolle über den Staatsapparat

Der bürgerliche Staatsapparat ist "unproduktiver, schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft (Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, S.12.). Aus sich heraus kann er nicht leben, er muß ständig mit Geld versorgt werden. Die Finanzierung des kapitalistischen Staatsapparats bürdet die Finanzbourgeoisie in erster Linie den werktätigen Massen auf.Lohnsteuer, Mehrwert- und Verbrauchssteuern werden im kommenden Jahr gewaltig steigen, die Kapitalistensteuern werden sinken. 1977 wird etwa der Anteil der Lohnsteuer an der gesamten Lohnsumme von heuer 9,5% auf 11% 1977 steigen. Das ist der höchste Wert seit 10 Jahren. Zur ständigen Finanzierung aus Steuern werden die Schulden aufgenommen, denen verstärkter Steuerdruck folgen muß. Dazu verschafft die Staatsschuld der Finanzbourgeoisie verstärkte Kontrolle über den Staatsapparat. Ob der Staat flüssig ist, ob er Kredite bekommt oder nicht, entscheiden in erster Linie die grossen Banken, in denen das Geldkapital der Gesellschaft konzentriert ist und deren leitende Funktionäre die Sprecher des Finanzkapitals sind. Wie eng der Staat von seinen Kreditgebern an die Leine genommen wird, kann man sich vorstellen, wenn man die wachsende Inlandsverschuldung betrachtet. Indem die Finanzoligarchie über die Staatspapiere die Staatsschulden "kauft" und damit das Recht auf einen Teil der zukünftigen Steuergelder, kauft sie auch das Gewaltmonopol des Staates, übt sie direkt Druck aus auf den Staat, die Steuerausplünderung zu verschärfen. Der Ausweitung der Staatsschulden folgen Steuererhöhungen auf den Fuß. Der Staat verbürgt sich dafür. Ihre Grenze wird diese Politik im wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der Volksmassen haben, die kein Interesse daran haben können, sich für den verfaulten imperialistischen Staatsapparat auspressen zu lassen.

H.H.

Feldkirch/Vorarlberg

# Neuerliche Niederlage der AKW-Propagandisten

*Nach Wien, Linz und Innsbruck stand am 24.11. Feldkirch auf der Liste der fahrenden Atom-Propagandisten der Bundesregierung. Sie sollten nicht umsonst die weite Reise gewagt haben. Die Vorarlberger Bevölkerung, die seit Jahren gegen ein geplantes Atomkraftwerk an der österreichisch-schweizerischen Grenze in Rüthi kämpft - im Mai 1975 z.B. beteiligten sich ca.5ooo Vorarlberger und Schweizer an einem "Anti-Rüthi-Marsch" -, brannte darauf, ihrer Ansicht über Atomkraftwerke im allgemeinen und über diese saubere "Informations-Kampagne" im besonderen kräftigen Ausdruck zu verleihen.*

Eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung schon zog ein 6ooköpfiger Demonstrationszug mit Fackeln und Transparenten, begleitet von 3 Musikkapellen, durch die Feldkircher Innenstadt zur Stadthalle. Dort wurde auf einer kurzen Kundgebung in verschiedenen Beiträgen gegen die üble Atom-Propaganda der Regierung Stellung genommen. Von Vorarlberger Sympathisanten des Kommunistischen Bundes Österreichs verteilte Flugblätter stießen auf großes Interesse.



**1.3oo Menschen füllten die Feldkircher Stadthalle bei der Regierungsveranstaltung. Als die AKW-Gegner ihre Resolution abstimmen ließen, gab es ganze 8 Gegenstimmen.**

Im großen Saal der Stadthalle versammelten sich schließlich rund 13oo Menschen, einschließlich einer Schweizer Abordnung von AKW-Gegnern und einer Delegation aus Wyhl. Die Galerie war rundherum mit Transparenten geschmückt: "Kein AKW in Österreich", "Rüthi nie", "Welche Partei schützt uns vor AKW" , konnte man da lesen.

Die Herren Veranstalter haben sich für Feldkirch etwas besonderes ausgedacht, einen Plan, mit dem sie die AKW-Gegner in Schach zu halten versuchten. Ihr ursprüngliches Thema, irgendwelche "energiewirtschaftlichen Fragen", wollten sie in aller Kürze absolvieren, anschließend sollten in 5 Themenkreisen jene Fragen, die bereits in den beiden Wochen vor der Veranstaltung von den beiden Vorarlberger Zeitungen gesammelt worden waren, sowie Publikumsfragen aus dem Saal behandelt werden. Diese Themen (Alternativen zu AKW, Atommüll, AKW-Sicherheit, radioaktive Strahlung und ihre Auswirkung, politische Konsequenzen) wurden vom sehr geschickt operierenden Diskussionsleiter so gereiht, daß das entscheidende politische Thema an den Schluß gestellt wurde. Warum wird die "Informations"-Kampagne überhaupt durchgeführt, wenn sich doch die Bundesregierung bereits eindeutig <u>für</u> Atomkraftwerke entschieden hat? Aus welchen Gründen wird der Bau von AKW so forciert, wer steht dahinter, welchen Interessen soll damit zum Durchbruch verholfen werden?

Tatsächlich konnten die Veranstalter mit dieser Taktik einen gewissen Erfolg erzielen, sie schafften es durch geschickte Verzögerung, daß diese Fragen nicht mehr zum Zug kamen.

Trotzdem wurde die AKW-Veranstaltung in Feldkirch zu einer neuerlichen schweren Niederlage für die Regierung. Gleich zu Beginn wurde der unentwegt auf Abwiegelung bedachte Diskussionsleiter, Professor Stimmer aus Wien, aus seinen süßen Schalmeienklängen gerissen: Auf die Frage, ob es sich hier vielleicht um jene "psychologische Vorbereitung der Bevölkerung" handle, von der beim Treffen des Bayrischen Ministerpräsidenten Göppel mit Bundeskanzler Kreisky am Beginn der Woche die Rede war, als sich die beiden für den Bau von Atomkraftwerken im Grenzgebiet aussprachen, reagierte er reichlich verdutzt. Unter wütendem Protest, Pfiffen und Buh-Rufen stotterte er eine hilflose Beschwichtigungsphrase ab.

Sodann gaben uns die Herren am Podium in einer gerade 3o-minütigen Kurzeinlage einen kleinen Einblick in das Repertoire "wissenschaftlichen" Geschwätzes, das sie uns serviert hätten, wäre ihnen nicht von vornherein ein Strich durch diese Rechnung gemacht worden. Zweimal unterbrach tosender Applaus diese Schmierenkomödie, als Transparente auf die Bühne getragen wurden, die deutlich machten, was das Volk entgegen allen "Experten"-meinungen und Regierungsmachenschaften von Atomkraftwerken hält.

Die mehr als dreistündige Diskussion, die nach einer kurzen Pause begann, zeigte, daß die Befürworter den AKW-Gegnern nichts entgegenzusetzen hatten. Für sie gab es im besten Fall Hohngelächter, so als Prof. Musil (Vorsitzender des "Energiespar-Beirates" der österr. Bundesregierung) das Abdichten von Fenstern als wichtigen Beitrag zum Energiesparen anpries! Übrig blieb das in mehreren Variationen vorgebrachte sattsam bekannte Sprüchlein: "Die Wirtschaft braucht mehr Energie, sonst bricht sie zusammen!" Aber bei immer mehr Menschen zieht dieser Spruch nicht mehr, das zeigt gerade die Debatte darüber in Feldkirch. Das bewies auch die Resolution gegen Atomkraftwerke, die verabschiedet wurde: ganze 8 Gegenstimmen bei weit über 1ooo Pro-Stimmen.

W.S.
Bregenz

# Kein Atomkraftwerk

## Veranstaltung der AKW

"Das AKW Bogenhofen wird nicht gebaut." "Bogenhofen völlig unaktuell"..... so lauteten die Pressemeldungen über das geplante dritte Atomkraftwerk in Bogenhofen.

Die Bürgerinitiative, die sich gegen den Bau eines Atomkraftwerkes im Raum Braunau einsetzt, ließ sich durch diese Hinhaltetaktik der Bundesregierung nicht beirren und verteilte weiter Informationsblätter, sammelte Unterschriften und verkaufte Broschüren.

Um den Widerstand gegen diese Pläne der Bundesregierung zusammenzufassen, veranstaltete sie am 2.12. eine Protestversammlung in der Arbeiterkammer in Braunau. Die Veranstaltung zeigte, daß trotz massiver Winkelzüge von Seiten des oberösterr. Landeshauptmanns Wenzel und der Bundesregierung, es nicht gelungen ist, die Bevölkerung hinters Licht zu führen und den Widerstand zu brechen. Die knapp 4oo Menschen aus Braunau und Umgebung, die auf diese Versammlung kamen, zeigten, daß sie nicht viel von den Versprechungen der "Volksvertreter" halten.

Die meisten der weiteren Wortmeldungen drückten klar aus, wie die Menschen hier über die AKW-Ausbaupläne der Regierung denken: Wir wollen kein Atomkraftwerk, das unsere Gesundheit und Umwelt gefährdet!

Sie vertrauen den Beteuerungen des Bundeskanzlers nicht, daß Atomkraftwerke erst dann gebaut werden, wenn die Lagerung des Atommülls gesichert ist, denn die Tatsachen strafen diese schönen Worte Lügen:

# Anti AKW Resolution von Vorarlberger Schülern

**In einer Resolution fordern Lehrer und Schüler zweier Vorarlberger Schulen von der Bundesregierung die Verhinderung der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf, das Fallenlassen aller weiteren Atomkraftwerkspläne und protestieren gegen die"Aufklärungskampagne". (Abdruck aus "Vorarlberger Nachrichten")**

An die Österreichische Bundesregierung
An Herrn Bundeskanzler
Dr. Bruno Kreisky
An Frau Gesundheitsminister
Dr. Ingrid Leodolter
An Herrn Handelsminister
Dr. Josef Staribacher

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!
Sehr geehrte Frau Gesundheitsminister!
Sehr geehrter Herr Handelsminister!

Die österreichische Bundesregierung hat sich bereits für den Bau von Atomkraftwerken entschieden — der Energieplan sowie diverse Aussagen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Handelsministers weisen eindeutig darauf hin. Wir halten diese Entscheidung für höchst undemokratisch, weil sie gegen die Interessen der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung gerichtet ist.

Atomkraftwerke bringen, wie auch in Studien, die im Auftrag des Bundeskanzleramtes erstellt wurden, nachgewiesen wird, eine enorme gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung mit sich,

- weil diese Kraftwerke sowie ihre Ver- und Entsorgungsanlagen ständig radioaktive Strahlen und radioaktive Stoffe an die Umwelt abgeben,
- weil ein Unfall in einem Atomkraftwerk unabsehbare Folgen hätte,
- weil das Problem der Atommüll-Lagerung noch völlig ungelöst ist.

Deshalb fordern wir die österreichische Bundesregierung auf zu verhindern, daß das Atomkraftwerk Zwentendorf in Betrieb genommen wird, und weiters zu verhindern, daß weitere Atomkraftwerke geplant bzw. gebaut werden

## in Bogenhofen!
### -Gegner in Braunau/OÖ

+ Es wurden bereits Vermessungsarbeiten in Bogenhofen durchgeführt.
+ Das Umspannwerk von St.Peter wird bereits um 16 ha vergrößert.
+ Pläne für ein Atomkraftwerk Bogenhofen gibt es mindestens seit 4 Jahren.

Von staatlicher Seite her wird das Projekt jetzt totgeschwiegen, um die Bürgerinitiative zu verunsichern.

Einige Leute ziehen daraus die falschen Konsequenzen: Sie meinen, daß man ein Abbröckeln des Widerstandes nur dadurch verhindern kann, indem man jetzt auf Sparflamme schaltet und die Kräfte für spätere Angriffe der Bundesregierung schont.

Gerade jetzt, während der "Aufklärungskampagne" der Bundesregierung ist aber das geschlossene Auftreten aller, die gegen die Zerstörung ihrer Umwelt und gegen die Gefährdung ihrer Gesundheit kämpfen, wichtig!

Die meisten Mitglieder der Bürgerinitiative erkannten dies. Auf der Veranstaltung in Braunau wurde festgehalten: Vertreter der Bürgerinitiative werden am 9.12. in Salzburg an der Kundgebung der AKW-Gegner kurz vor der Regierungsveranstaltung teilnehmen. Die Braunauer Bürgerinitiative wird gemeinsam mit der Bewegung in Salzburg auf der Regierungsveranstaltung ihre Ablehnung der AKW-Pläne der Regierung zum Ausdruck bringen. Das Betrugsmanöver der Regierung mit dieser Veranstaltungsreihe wird auch in Salzburg nicht gelingen.

M.P.
Ortsgruppe Salzburg

## und Lehrern:

**Außerdem protestieren wir gegen die derzeit laufende Informationskampagne der österreichischen Bundesregierung. Es wird uns vorgemacht, daß die Ergebnisse dieser Informationskampagne zur Entscheidungsfindung herangezogen würden. In Wirklichkeit hat sich die Bundesregierung bereits für Atomkraftwerke entschieden. Offensichtlich hat daher die Informationskampagne nur den einzigen Zweck, die Bevölkerung allen bestehenden Gefahren zum Trotz mit allen Mitteln für den Bau von Atomkraftwerken einzunehmen.**

**Willi Sieber**
**BRG Lauterach**
**mit**
**14 Unterschriften von Lehrern des BGfM Bregenz und des BRG Lauterach**
**134 Unterschriften von Schülern der 7. und 8. Klasse des BGfM Bregenz sowie der 6., 7. und 8. Klasse des BRG Lauterach**

# Welche Interessen verfolgt die Bourgeoisie mit dem Bau von Atomkraftwerken?

Die ersten Erfolge dürfen nicht dazu führen, daß man sich auf den Lorbeeren ausruhen will. Im Gegenteil: Die entscheidenden Kämpfe stehen erst bevor. Um sich darauf zu rüsten ist es zweckmäßig, daß man sich die Interessen der herrschenden Klasse, die hinter der Atomkraftwerks-Politik der Regierung stehen, klarmacht. Die Regierung handelt ja weder aus Unkenntnis, noch aus "Rücksichtslosigkeit" so, wie sie es tut. Sie verfolgt zielstrebig ihre reaktionären Pläne. Diese Pläne auf dem Gebiet der Atomkraftwerke muß man im Rahmen der gesamten Energiepolitik sehen. Sie zielt nicht nur darauf hin, sich "billige" Energie zu verschaffen. Sie zielt vielmehr in erster Linie darauf hin, in der Energieversorgung "unabhängig von der Dritten Welt" zu werden. Den Imperialisten sitzt noch immer die Ölkrise in den Knochen, als die arabischen Länder nicht nur eine massive Maßnahme gegen ihre jahrzehntelange wirtschaftliche Ausplünderung gesetzt haben sondern das Öl auch als eine politische Waffe in ihrem gerechten Kampf gegen den Imperialismus eingesetzt haben. Das war ein großartiger Sieg der Dritten Welt und ein schwerer Schlag für den Imperialismus.

Er erfolgte in einer Situation des zunehmenden Niedergangs, der zunehmenden Einengung des Spielraums und schwerer Niederlagen des Imperialismus, insbesondere der beiden Supermächte, durch den sich immer machtvoller erhebenden Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt, vor allem der Dritten Welt. Seither sind die Völker weiter erstarkt und mit dem Imperialismus ist es weiter bergab gegangen. Aber die Imperialisten, insbesondere die beiden Supermächte, lassen nicht tatenlos ihr Schicksal über sich ergehen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten haben sie die Reaktion nach innen und nach außen verstärkt. Dazu gehören auch Maßnahmen auf dem Gebiet der Energiepolitik. Die westlichen Imperialisten haben in Gestalt der Internationalen Energieagentur, in der Österreich Mitglied ist, eine reaktionäre Front gegen die Dritte Welt formiert, ein imperialistisches Räuber- und Erpresserkartell unter Führung der USA. Zugleich dient die IEA den Kriegsvorbereitungen der USA und der NATO. Sie soll die Verletzlichkeit des "Westens" im Kriegsfall durch die Unterbrechung der Ölversorgung durch den Sozialimperialismus vermindern. Durch geschlossenes Auftreten, sowie Krisen- und Kriegsvorsorge wollen die westlichen Imperialisten stärker und sollen die Länder der Dritten Welt geschwächt werden. Die "Unabhängigkeit", die die Imperialisten wieder zu erlangen wünschen, ist nichts anderes, als eine stärkere Position und ein größerer Spielraum gegenüber der Dritten Welt mit dem Ziel, sie in Abhängigkeit zu halten und sie auszubeuten. Ein Mittel, um eine solche größere "Unabhängigkeit" zu erreichen, ist auch das Forcieren der Atomkraftwerke. Der Bau von AKW dient somit dem Zweck, die Position des überkommenen und und unaufhaltsam untergehenden Imperialismus auf der Welt zu verteidigen, sie zu verteidigen gegen die gerechten Bestrebungen der Staaten nach Unabhängigkeit, der Nationen nach Befreiung und der Völker nach Revolution und den Kriegsvorbereitungen der USA und der NATO. Nicht umsonst schrieb die "Presse" am 24.11.: "Die Entscheidung (ob in Österreich AKW gebaut werden sollen) ist nicht weniger hochpolitisch als jede außenpolitische Entscheidung, die ein neutrales Land in der geopolitischen Lage Österreichs zu treffen hat... Es handelt sich da nämlich um ein Stück - nicht bloß wirtschaftlicher - Landesverteidigung."

Es ist daher auch verständlich, daß sie die AKW-Pläne rasch und rücksichtslos vorantreiben.

Zu diesen allgemeinen Interessen der Bourgeoisie und der Regierung kommt das Profitinteresse bestimmter Monopolgruppen und der Elektrizitätswirtschaft. So die Verstaatlichte Industrie, die vor allem in den Sektoren Edelstahl, Stahl- und Maschinenbau am Reaktorbau profitieren. Dabei ziehen sie nicht nur aus dem Inlands-, sondern auch aus dem Auslandsgeschäft Profit. So ist die Vöest-Alpine AG gemeinsam mit westdeutschem Kapital (Kraftwerksunion AG, Gute-Hoffnungshütte Sterkrade AG) am Bau von AKW in Brasilien beteiligt. Die Vöest hat in diesem Jahr auch den Reaktortank für das KKW Kalkar am Niederrhein, einen besonders gefährlichen "schnellen Brüter" fertiggestellt - sie ist also bereits bei "der Entwicklung der nächsten Reaktorgeneration dabei" (Vöest-Alpine-Information 1.76).

Die Elektrizitätswirtschaft erhofft sich mehr Profit durch die Erzeugung von Atomstrom und vermehrten sehr profitträchtigen Stromexport (gegenwärtig beträgt der Ausfuhrüberschuß über den Inlandsverbrauch 15%).

Entscheidend dafür ist die durch die riesige Blockgrösse der AKW (zwei bis vier Mal so groß als ein konventionelles Kraftwerk) mögliche Ersparnis an Personal-Umspann- und laufenden Betriebskosten, sowie die Tatsache, daß viele Kosten vom Staat getragen werden (Forschung, Aufschließung, Sicherung, Müllbeseitigung, usw.)

Nimmt man das alles zusammen, versteht man das gewaltige Interesse der herrschenden Klasse und der bürgerlichen Regierung an den AKW. Die Regierung wird alle Hebel in Bewegung setzen, um mit ihren Plänen durchzukommen: "Daher wird niemand in der Welt den Vormarsch der Kernenergie in der Elektrizitätswirtschaft aufhalten können. Auch verbleibende Sicherheits- und Ökologiezweifel nicht." (Presse 24.11.) "Zweifel" sicher nicht, aber der wachsende Widerstand des Volkes hat den "unaufhaltsamen Vormarsch" bereits in ernste Schwierigkeiten gebracht.

W.L./P.K.

**Die weiteren Aufklärungsveranstaltungen der Regierung**

Donnerstag 9.Dezember in Salzburg

Donnerstag 13.Jänner in Graz

Donnerstag 27.Jänner in Wien

Donnerstag 17.Februar in Leoben

Donnerstag 10.März in Klagenfurt

Donnerstag 24.März in Wien

# Streik bei Wertheim/Wien

## » Wir streiken bis unsere Forderungen erfüllt

### 500.- S bzw 5% Lohnerhöhung!

*Fortsetzung von Seite 1*

Einen ersten Erfolg gegen die Kapitalisten konnte die Belegschaft erreichen, als sie im Kampf im Juni die gleiche Regelung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wie bei den Angestellten bei Wertheim durchsetzte. Im Sommer begannen die Kollegen in den einzelnen Abteilungen immer öfter über die Notwendigkeit einer ausreichenden Lohnerhöhung zu sprechen.

Zugleich stand aber auch die Forderung, dieses Jahr wieder die übliche Jahresprämie auszubezahlen. Bisher hatten die Kapitalisten nämlich jedes Jahr eine Sonderprämie auszahlen müssen. 1975 hatten sie sich geweigert. Aufgrund schlechter Kampfbedingungen - 150 Entlassungen, insgesamt drohende Arbeitslosigkeit - hatte die Belegschaft keinen Kampf dagegen führen können. Jetzt ging es aber darum, sich diese einmalige Prämie wieder zu holen.

Diese Situation - Forderung nach Lohnerhöhung, Forderung, die Prämie wieder auszubezahlen - meinte die Firmenleitung nutzen zu können. Sie bot 1.300,- und hoffte damit die Belegschaft abspeisen zu können und die Innerbetriebliche in den Hintergrund drängen zu können. Die Betriebsräte nahmen das Angebot an. Dieses magere Ergebnis konnte zustandekommen, weil von den Betriebsräten eine falsche Vorgangsweise eingeschlagen worden war: Statt auf einer Betriebsversammlung eine Forderung gemeinsam mit der Belegschaft festzulegen und mit dieser in die Verhandlungen einzutreten, begannen sie diese ohne Forderung. So war es für die Betriebsleitung natürlich ein Leichtes, die Initiative an sich zu reißen. Statt zu einer Forderung Stellung beziehen zu müssen, konnten sie selbst bieten. So kamen die 1.300,- zustande. Besser als nichts, aber nicht das, was erreicht hätte werden können, dachte sich ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten.

Wenn es den Kapitalisten auch gelungen war, die Jahresprämie niedrig zu halten, das was sie angestrebt hatten, gelang nicht: Die Forderung nach einer Lohnerhöhung wurde immer entschiedener gestellt. Die niedrige Jahresprämie hatte die Notwendigkeit einer ordentlichen Lohnerhöhung nur noch deutlicher gemacht.

### Eine Lohnerhöhung muß her!

Die Betriebsräte wurden beauftragt, Verhandlungen mit der Firmenleitung aufzunehmen. Ein Teil der Belegschaft meinte, daß 1.000 bis 2.000,- das wären, was sie bräuchten. In zwei Betriebsversammlungen wurde festgelegt, daß bis Ende des Jahres eine innerbetriebliche Lohnerhöhung unter Dach und Fach sein muß. Das Vertrauensleutegremium wurde in ein Aktionskomitee umgewandelt, eine Streikkasse eingerichtet, in Erwartung möglicher Kampfschritte. Allerdings wurde auf beiden Versammlungen keine Forderung aufgestellt. Damit wurde derselbe Fehler wie bei der Jahresprämie gemacht: den Betriebsräten wurde kein klarer Auftrag für die Verhandlungen mitgegeben. Damit war die Gefahr gegeben, daß die Betriebsräte selbständig eine Forderung formulieren würden, die die Möglichkeiten nicht voll ausschöpft und zu niedrig angesetzt ist. Das trat auch ein.

### Betriebsräte fordern 500.- S bzw 5%

In einem Schreiben an den Vorstand legte sich der Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat auf eine Forderung von S 500.- bzw. 5 % ab einem Verdienst von S 10.000.- fest. Viel weniger als das, was ein großer Teil der Kollegen erwartet hatte. Schon Wochen vorher hatte ein Kollege auf einer Vertrauensleutesitzung erklärt:"Um 200 oder 300 Schilling streiken wir nicht, das zahlt sich nicht aus". Die 500 Schilling - bzw. 5 %-Forderung bringt netto geradesoviel. Nicht gerade eine Forderung, die die Kampfbereitschaft der Belegschaft erhöhte. Stattdessen schlug der Betriebsrat dem Vorstand vor, er könne ja die Preise der Rolltreppen erhöhen, und außerdem könne er rationalisieren,da würde er das Geld schon wieder hereinkriegen. Man muß sich das vorstellen: Unsere Vertreter schlagen dem Vorstand vor, zu rationalisieren, d.h. die Auspressung zu verbessern und zu steigern.

Ob die Forderung für die Kollegen tatsächlich ausreichend ist und ob sie eine geeignete Grundlage für einen einheitlichen Kampf abgibt,wurde erst gar nicht in die Überlegungen miteinbezogen.

Die 500-Schilling-Forderung stand da, daran konnte die Belegschaft nicht mehr rütteln. Jetzt konnte es nur noch darum gehen, zu verhindern, daß bei den Verhandlungen noch tiefer hinuntergegangen wird.

Dazu war allerdings die Entschlossenheit groß.

Aber vorerst kommt es ganz anders.

Der Vorstand will von einer Verhandlung überhaupt nichts wissen und lehnt die Forderung am 30.11. schroff ab. Damit hat keiner gerechnet. Wahrscheinlich auch nicht die Betriebsräte. Sie wenden sich an die Belegschaft und besprechen Kampfaktionen.

### 1. 12.: Der Streik beginnt

Auf die Nachricht von der Haltung der Kapitalisten beginnt es im Betrieb zu kochen. "Jetzt reicht's!", ist die einhellige Meinung. Betriebsrat und Aktionsausschuß beschließen, einzelne Abteilungen in den Streik treten <del>zu lassen</del>.

Einzelne Kollegen fordern den Vollstreik. Das wird abgelehnt mit dem Argument, gerade das würde der Vorstand bezwecken und wir müßten unbedingt Disziplin und Ruhe halten. Das hat Erfolg.

Es steht: Die Galvanisiererei, das Archiv, die Pauserei, die Gravierabteilung und das Expedit. Die Be- und Anlieferung wird lahmgelegt. Weiters werden ab sofort alle Überstunden verweigert. Die Arbeiter beschließen, mit der würdelosen Stempelei aufzuhören und nicht mehr zu stempeln. Der Vorstand ergreift Gegenmaßnahmen: In einem Brief wird der Belegschaft vorgerechnet, daß ohnehin kein Geld da sei, der Betrieb verschuldet und der Konzern, zu dem das Werk gehört, schon überlege, ob man nicht die Produktion in die Schweiz verlagern solle. Das plumpe Stück Papier hat die gegenteilige Wirkung: Die Entschlossenheit, hart zu bleiben, wird nur noch größer. Vorteilhaft ist, daß von Anfang an Arbeiter und Angestellte um den gleichen Betrag kämpfen und auch beim Streik gleichermaßen beteiligt sind.

### 2. 12.: Der Streik geht weiter der Vorstand beginnt zu drohen

In der Früh dieselbe Situation wie am Vortag. Um 10.45 Uhr Durchsage des Vorstands: Wenn die Arbeiter nicht stempeln verstoßen sie gegen Artikel 9, Absatz 4 der Arbeitsordnung, die Firmenleitung kann daher die Anwesenheit nicht überprüfen und wird keinen Lohn ausbezahlen. Das macht sie drei mal. Es ändert nichts daran, daß die Stempelkarten weiß bleiben.

Auf der Vollversammlung um 14.00 Uhr am Hof wird verlautbart, daß die Vorarbeiter Anwesenheitslisten führen sollen anstatt der Stempelkarten. Der Betriebsrat berichtet über den bisherigen Verlauf. Am Vormittag war eine Delegation des Betriebsrates im Parlament bei Sekanina, Wille und Dallinger, um die Gewerkschaft aufzufordern, die Aktionen der Wertheimer zu unterstützen. Sekanina läßt sich gar nicht blicken, Wille und Dallinger versprechen, zu unterstützen und zu vermitteln. Für Freitag, 3.12. wird ein neuer Termin zwischen Betriebsrat und Gewerkschaftsführung fixiert.

### 3. 12.: Über 100 Arbeiter marschieren in die Direktion

Auf der um 7.30 Uhr früh abgehaltenen Sitzung des Aktionsausschusses wird bekannt, daß der Vorstand an alle streikenden Kollegen ein Schreiben geschickt hat, in dem ihnen mit der Entlassung gedroht wird, sollten sie nicht sofort wieder die Arbeit aufnehmen. Der Betriebsrat schlägt vor, daß er zum Vorstand geht und die Schreiben dort wieder abgibt. "Die lassen euch ja gar nicht hinein", sagen darauf ein paar Kollegen, und schließlich beschliessen die Arbeiter: Wir gehen alle! Zu diesem Zeitpunkt waren circa 100 bis 150 Kollegen auf der Sitzung des Aktionsausschusses. Wir gehen in die Direktion hinauf, dürfen aber nicht hinein, weil der Vorstand gerade eine "Besprechung" hat. "Die sind sicher Frühstücken", sagt ein Kollege und ein anderer: "Offensichtlich können die es sich leisten, in der Arbeitszeit spazieren zu gehen." Nach 10 Minuten ist der Ofen aus. "Wir lassen uns nicht pflanzen" und "Wir sind schließlich die, die hier arbeiten!". Wir gehen an der verduzten Sekretärin vorbei ins Verhandlungszimmer.

Nun sind circa 30 Kollegen im Zimmer, von außen drängen immer neue nach. Der Betriebsrat gibt die Drohungsschreiben zurück. Der Vorstand erklärt, er sei im Recht und sähe keinen Grund, irgendetwas zurückzunehmen. Der Betriebsrat hält eine lähmende Ansprache, in der er ständig von "Verantwortung" gegenüber dem Betrieb und "Sie dürfen die Situ-

# sind!« »Wir lassen uns nicht das Kreuz brechen!«

## Rücknahme aller Entlassungen!

tion nicht verschärfen, im Interesse der Ruhe und des Friedens" usw. schwätzt. Er tut so, als müßten wir beim Vorstand um Verständnis für unsere Kampfaktion betteln. Trotzdem: Die Drohschreiben sind dort, wo sie hingehören. Wir gehen wieder an die Arbeit. Die eingeteilten Abteilungen streiken weiter. Als der Vormittag vorbeigeht und der Vorstand keinen Rührer tut, kommt es zu Solidaritätsaktionen anderer Abteilungen mit den Streikenden. "Wenn ihr die entlaßt, könnt ihr uns auch gleich entlassen, dann könnt ihr euren Krempel selber machen". Ein Schild wurde im Hof aufgehängt, wo sich alle Abteilungen eintragen. Zu Mittag stehen ca. 10 Abteilungen droben.

Das Wochenende steht vor der Tür. Die Kampfbereitschaft ist ungebrochen. Ein einziger Fall von Streikbruch. Der Name dieses Direktionsagenten wird ebenfalls auf einem Schild im Hof bekanntgegeben. Die Kollegen sind weiterhin fest entschlossen, nicht aufzugeben und den Kampf weiterzuführen.

### 4. 12.: (Samstag): Der Vorstand entläßt die Streikenden

Wir gehen ins Wochenende. Das nützt der Vorstand aus. Samstag flattert bei allen Streikenden die Entlassung ins Haus. 31 Arbeiter und 6 Angestellte sollen rausfliegen. Der Vorstand will hart durchgreifen und bis zum letzten gehen. Das wollen wir auch.

### 6. 12.: Der Streik weitet sich aus

Als wir am Montag früh von den Entlassungen hören, ist es mit der vom Betriebsrat ständig posaunten Disziplin aus. Spontan treten weitere Abteilungen, durchwegs aus der Produktion, in den Streik. Der Rolltreppenbau steht. Die Spritzlackierung steht. Die Montage der Aufzugskästen steht. Weitere Abteilungen folgen. Auf der Aktionsausschußsitzung um 7.30 Uhr kann der Betriebsrat nur noch zustimmen. Die Entlassenen sind im Werk. Die Zelle Wertheim hatte in einem Flugblatt, das vor Arbeitsbeginn verteilt wurde geschrieben: "Worum es jetzt geht, ist den Druck auf die Direktion zu verstärken. Die beste Antwort auf ihr Vorgehen wäre eine Ausweitung der Streikaktionen, vor allem auf jene Abteilungen, die besonders wichtig für die Aufrechterhaltung der Produktion sind, wie zum Beispiel der Rolltreppenbau. Darüber müßte man ebenfalls auf der Versammlung reden."

Um 8.30 Uhr ist Betriebsversammlung. Der Betriebsrat tritt "kämpferisch" auf. Er beschuldigt den Vorstand, den Betrieb zu ruinieren. Deshalb habe er, der Betriebsrat, sich an CA-General Treichl (Aufsichtsratsvorsitzender) gewandt und die Einberufung einer Aufsichtsratssitzung gefordert mit der Tagesordnung Fehlverhalten und Fehlentscheidungen des Vorstands. Als ob für die Kapitalisten die Abwehr von Lohnforderungen ein "Fehlverhalten" wäre. Die Betriebsversammlung hat nicht viel Neues gebracht. Ein Kollege hat zwei Anträge eingebracht: 1. sollte man die Gewerkschaft auffordern, den Streik finanziell zu unterstützen und 2. sollte man durch die Betriebsversammlung bestätigen lassen, daß der Kampf so lange weitergeht, bis die 500,- bzw. 5% durchgesetzt sind.

Vor allem der erste Vorschlag stößt bei vielen auf Zustimmung. Der Kollege hat recht. Unsere Streikkassa hält einen längerdauernden Streik schwer aus. Bisher wurden von allen chon zwischen 80.- und 100.-S gezahlt. Für die Kollegen, die keine Familie haben, ist das nicht schlimm. Für diejenigen Kollegen aber, die ohnehin mit ihrem Lohn nicht auskommen, die regelmäßig Überstunden gemacht haben usw., kann die Streikkassa eine große Belastung werden. Das kann zur Spaltung ausgenutzt werden. Andererseits zahlt jeder von uns regelmäßig seinen Gewerkschaftsbeitrag und es hat die Gewerkschaft ja eine Streikkasse, die für solche Aktionen wie unsere eingerichtet ist. Es stimmt nicht, wie der BR schon öfter erklärt hat, daß die Gewerkschaft nur solche Streiks finanziert, die über einen Betrieb hinausgehen. Sobald die Gewerkschaft einen Streik anerkennt, zahlt sie auch. Darum muß man aber kämpfen, denn die derzeitigen Gewerkschaftsführer haben den Daumen dick auf unserem Geld und heben ihn nur ungern, wie man im letzten Jahr beim Streik der Engel-Arbeiter in Schwertberg gesehen hat.

BRO Urban hat dem Antrag des Kollegen entgegengehalten, daß die Gewerkschaft überhaupt nur neun Monatsbeiträge Streikunterstützung pro Woche auszahlt. Das ist wenig. Aber besser als nichts. Darum muß man sich bemühen. Der Betriebsrat sagt, die Gewerkschaft hat immer "etwas" gegeben, man braucht keine Angst haben. "Etwas" ist zuwenig und hilft den Kollegen, für die die Streikkasse schon jetzt eine Belastung ist, nichts. Die beiden Anträge wurden nicht zur Abstimmung gestellt. Wir gehen wieder arbeiten. Die entlassenen und streikenden Kollegen gehen in den Speisesaal zurück.

### Wir bleiben hart

Noch immer sind die Entlassungen aufrecht. Noch immer streiken die Abteilungen. Es geht das Gerücht, das auch die jetzt im Streik Stehenden entlassen werden sollen. Das macht uns keine Angst, dann streiken eben andere weiter. So kann man uns nicht mehr kommen. Der BR hat ein Schreiben an den Bundeskanzler gerichtet. Heute nachmittag beginnt die Gewerkschaftsführung mit dem Vorstand. Von mehreren Wiener Betrieben wurden Solidaritätsschreiben abgegeben. Sie wollen uns auch finanziell unterstützen. Der BR lehnt ab. Er will noch versuchen, das Ganze "innerbetrieblich" zu regeln. Lieber auf den Bundeskanzler hoffen, als auf die Solidarität der Kollegen aus anderen Betrieben. So ist seine Devise. Wir stehen weiter geschlossen im Kampf. Allerdings zeigt sich mit Fortdauer des Kampfes, wie schädlich die niedrige Forderung ist. "Mit den 500.- S wird es eh nichts werden.", sagen viele Kollegen. Und es gibt auch welche, die sagen, daß sie beim nächsten Mal für ein solches Geld nicht mehr kämpfen werden.

### 7. 12. Wie geht es weiter

Morgen ist Feiertag. Der Vorstand wird die Zeit nutzen für neuerliche Schweinereien. Vielleicht schlägt er vor, daß er die Entlassungen zurücknimmt, wenn wir bei der Lohnforderung heruntergehen. Darauf dürfen wir uns nicht einlassen. Wir dürfen auch keinen anderen Kompromiß annehmen, der etwas an der Lohnforderung ändert. Ganz egal, von welcher Seite er kommt.

Der bisherige Verlauf des Streiks zeigt einmal mehr: Die Kapitalisten, die uns als der Vorstand gegenüberstehen, sind die geschworenen Feinde der Arbeiter, die nur solange von Partnerschaft schwätzen, solange es in ihr Konzept paßt, und die, wenn die Arbeiter sich gegen die Ausbeutung zur Wehr setzen, alles daransetzen, den Arbeitern das Kreuz zu brechen. Der bisherige Verlauf macht auch klar, daß wir nicht durch Versöhnungspolitik das erreichen, was wir brauchen, sondern nur durch den entschlossenen und einheitlichen Kampf der ganzen Belegschaft.

7.12.76 Zelle Wertheim·

## Gespräch mit einem Kollegen

Frage: Wie war die Reaktion auf die Entlassungen durch die Firmenleitung?

Antw.: Große Empörung! Am liebsten wären wir stehengeblieben. In der Abteilung wurde über Unterstützungsmaßnahmen für die entlassenen Kollegen beraten. Alle sind für die volle Unterstützung der Streikenden.

Frage: Was glaubst du, bezweckt die Firmenleitung mit den Entlassungen?

Antw.: Einerseits will sie uns von unserer Lohnforderung abbringen, andererseits versucht sie auf diese Art die Belegschaft zu spalten, indem sie die streikenden Kollegen entläßt, um so dem Rest der Belegschaft die Kampfmoral zu nehmen.

Frage: Wie stellst du dir das weitere Vorgehen vor?

Antw.: Weiter streiken, bis unsere gesamten Forderungen erfüllt sind. Das heißt, Zurücknahme der Entlassungen und 500,- Schilling, bzw. 5 % für alle.

Frage: Wie könnte das jetzt am besten erreicht werden?

Antw.: Mit einer weiteren Ausdehnung der Kampfmaßnahmen, der vollen Unterstützung durch die Gewerkschaft, Auszahlung des Streikgeldes.

## An der Milchpreiserhöhung verdienen der Staat und die Genossenschaften

Mit 1.1.1977 wird der Milchpreis auf 8,- S erhöht. Die Regierung versucht den Unmut darüber damit abzubremsen, daß sie auf der einen Seite die fast 20%-ige Erhöhung den Bauern in die Schuhe zu schieben versucht, indem sie auf die unmäßigen Forderungen der "randalierenden Bauern" verweist. Auf der anderen Seite soll das "Trostpflaster" der Kinderbeihilfenerhöhung (30,- pro Kind und Monat mehr) den Unwillen eindämmen.

In Wirklichkeit bekommen die Bauern mit 1.1.77 20 Groschen mehr Milchpreis und ihnen werden 10 Groschen des "Milchkrisengroschens" erlassen.

Dadurch, daß die Regierung alle Bauern in einen Topf wirft und immer wieder betont, wie gut es "den Bauern" ginge, will sie verwischen, daß sie die kapitalistischen Großbauern nach Kräften fördert, während die Kleinbauern zunehmend in Abhängigkeit der Agrarkonzerne, Genossenschaften und Banken geraten und sich ihre soziale Lage ständig verschlechtert. Man braucht da nur an die Schacherei mit den bäuerlichen Zuschußrentnern zu denken, bei denen jetzt drei Wochen vor Weihnachten noch immer nicht klar ist, ob sie überhaupt etwas, wieviele von ihnen und welchen Betrag bekommen werden.

Was die Erhöhung der Kinderbeihilfen betrifft, so ist die Höhe eine Augenauswischerei. Die Regierung gibt vor, daß mit den 30 Schilling die gestiegenen Kosten für die Kindererhaltung und Erziehung gedeckt werden könnten. Schaut man sich allein die Erhöhung der Milch- und Milchprodukte an (1,20 S pro Liter), dann sieht man gleich, daß die 30 Schilling nicht einmal ausreichen, um den gestiegenen Milchpreis zu decken.

Hepu.

## Geretsberg: Erfolgreicher Streik der Autobuschauffeure

In der Nr. 4/76 berichteten wir von einem Streik der Bediensteten des Autobusbetriebes Scharinger. Dieser richtete sich gegen die mangelhafte Straßenräumung und -streuung auf oberösterreichischen Straßen.

Durch den Streik wurde dazu beigetragen, daß das Land Oberösterreich für 1977 den Gemeinden für diese Zwecke 30 Millionen Schilling stellen wird, wodurch sich die Sicherheit der Autobuschauffeure und ihrer Fahrgäste verbessern wird.

r.b./nach "Zeitrad", Organ der Gewerkschaft HTV 12/76

## KV-Abschluß bei den Handelsangestellten:

# Trotz Kampfbereitschaft der Handelsangestellten

*Nach einer langen Auseinandersetzung wurde am 23. November folgendes Ergebnis erzielt (wirksam mit 1.1.77): Das Kollektivvertragsgehalt wird um 8 % erhöht, im ersten und zweiten Berufsjahr um 8,5%, im 3. und 4. Berufsjahr um 8,25 %. Überzahlungen über die KV-Sätze bleiben in ihrer bisherigen Höhe aufrecht. Die Lehrlingsentschädigung wird im 1. und 2. Lehrjahr um 8 % (von 1.519,- auf 1.640,- bzw. von 1.953,- auf 2.108,-); im 3. Lehrjahr wird sie von 60 auf 65% des Mindestkollektivvertragsgehaltes der Beschäftigungsgruppe 2, 1. Berufsjahr, erhöht (von 2.604,- auf 3.042,-). Rahmenrechtliche Verbesserungen: Anspruch auf Abfertigung besteht bei Antritt der Frühpension jetzt nach 10-jähriger Firmenzugehörigkeit (bisher 15 Jahre). Lebensgefährten gelten in Zukunft gleich Ehegatten. Der Überstundenzuschlag für die vier verkaufsoffenen Samstage vor Weihnachten ab 13 Uhr beträgt nun 85% (bisher 75%). Die Weihnachtsremuneration muß schon am 1. Dezember (bisher 5. Dezember) ausbezahlt werden. Statt 2 Tagen Heiratsurlaub bekommt man 3 Tage.*

### Gehaltsabschluß bedeutet weiteren Reallohnabbau

Die Ausgangsforderung des Verhandlungskomitees der Sektion Handel war 200,- S plus 8 %. War die Aufstellung eines 200-Schilling-Sockelbetrags gegenüber reinen Prozentforderungen neuartig und stellte sie ein Zugeständnis an die Stimmung und wachsende Unzufriedenheit unter den Handelsangestellten dar, so ging die Gewerkschaftsführung nach Beginn der Verhandlungen auch gerade hier als erstes in die Knie und reduzierte anfangs die Sockelforderung auf 135,-.

Bis zum endgültigen Abschluß gelang es den Kapitalisten sogar, jeden einheitlichen Sockelbetrag aus dem neuen Kollektivvertrag zu eliminieren. Für sie sind Prozentforderungen ideal, weil sie dadurch der Masse der Angestellten nur eine relativ geringe Lohnerhöhung geben müssen und weil durch reine Prozentforderungen ein einheitliches Vorgehen der Angestellten erschwert wird.

### Von den Rahmenrechtlichen Forderungen blieb fast nichts übrig

Man einigte sich hauptsächlich auf solche Forderungen, die in den anderen Branchen schon längst verwirklicht sind. Zum Beispiel ist der 3-tägige Heiratsurlaub eine Angleichung an den Kollektivvertrag der Industrieangestellten. Daß der "Lebensgefährte" im Kollektivvertrag Berücksichtigung findet, ist eine längst überfällige Anpassung an die Tatsache, daß viele Menschen aus verschiedenen Gründen nicht heiraten können, bzw. wollen. Bisher war die Inanspruchnahme bestimmter Rechte (bezahlte Dienstfreistellung z.B. bei Geburt eines Kindes) an eine Heiratsurkunde gebunden. Auf die Durchsetzung einer der wichtigsten Forderungen, nämlich der Forderung nach einem freien Samstag alle 4 Wochen (bisher alle 6 Wochen, - aber nur in Betrieben ab 5 Angestellten) hat das Verhandlungskomitee gänzlich verzichtet. Diese Forderung ist schon einmal aufgestellt und wieder fallengelassen worden. Gerade jetzt, wo durch eine mögliche Änderung der Ladenschlußzeiten die ohnehin spärlichen Einschränkungen in Bezug auf die Arbeitszeit der Handelsangestellten wieder beseitigt werden könnten, wäre ein entschlossener Kampfschritt der Gewerkschaft in Richtung 5-Tage-Woche dringend notwendig gewesen.

Die Erhöhung des Überstundenzuschlags von 75% auf 85% an den vier verkaufsoffenen Samstagen vor Weihnachten ist keine wesentliche Verbesserung, sondern höchstens dazu geeignet, den Unmut der Handelsangestellten über die ganztägige Samstagarbeit etwas zu dämpfen. Ein Überstundenzuschlag von 100% (wie die ursprüngliche Forderung war), und zusätzlich die Möglichkeit von Zeitausgleich im Verhältnis 1:2 hätte den Interessen der Angestellten besser entsprochen.

In den wesentlichen Punkten, Samstagarbeit und Überstunden, ist also der Abschluß eine völlige Kapitulation vor den Handelskapitalisten, die von Anfang an frontal gegen rahmenkollektivvertragliche Verbesserungen aufgetreten sind.

### Die Kampfbereitschaft der Handelsangestellten wurde nicht genützt, um das Forderungsprogramm durchzusetzen

Als gleich zu Beginn der Verhandlungen die Lebensmittelkapitalisten Preiserhöhungen für einige amtlich geregelte Waren forderten, ansonsten sie nicht über Gehaltserhöhungen verhandeln wollten, und versuchten, die Angestellten ihrer Betriebe aus der gemeinsamen Front der Handelsangestellten herauszubrechen, nahm die Gewerkschaft gegen dieses Manöver klar Stellung. Gleichzeitig verurteilte sie den Versuch der Kapitalisten einen Zusammenhang zwischen Gehaltsforderungen und Preiserhöhungen vorzutäuschen und den Angestellten die Schuld für die Preiserhöhungen in die Schuhe zu schieben. Während dieser Auseinandersetzung kam es zu einer breiten gewerkschaftlichen Bewegung der Handelsangestellten: Auf einer gesamtösterreichischen Betriebsrätekonferenz wurde ein Streik am ersten verkaufsoffenen Samstag gegen die Erpresser- und Spaltertaktik der Kapitalisten vorgeschlagen und beschlossen, in allen Betrieben Betriebsversammlungen einzuberufen, die darüber abstimmen sollten. In Wien

---

Die folgenden Beispiele sollen zeigen, wie unzureichend die Gehaltserhöhung ist (im 1. Beispiel wird eine Überzahlung über das KV-Gehalt von ca. 20% angenommen, im 2. Beispiel ca. 30%).

**3. Berufsjahr**

**(z. B. Verkäufer, Telefonistin)**

| | bisher | %-Erhöh.d.KV-Geh. | Betrag | %Ist-Geh. | ab 1.1.77 |
|---|---|---|---|---|---|
| KV Gehalt brutto | 4.476,- | 8,25% | 369,- | | 4.845,- |
| Ist-Geh. | 5.300,- | | 369,- | 6,9% | 5.669,- |

**Beschäftigungsgruppe 5: 7. Berufsjahr**

**(z. B. Bilanzbuchhalter, Selbständiger Einkäufer)**

| | bisher | %-Erhöh.d.KV-Geh. | Betrag | %Ist.Geh. | ab 1.1.77 |
|---|---|---|---|---|---|
| KV Gehalt brutto | 8.713,- | 8% | 697,- | | 9.410,- |
| Ist-Geh. | 11.000,- | | 697,- | 6,3% | 11.697,- |

Brutto-Erhöhungen von 369,- bzw. 697,- (6,9 bzw. 6,3%) auf den tatsächlichen Gehalt) reichen niemals aus, um die gestiegenen Lebenskosten abzudecken (der offizielle Teuerungs betrug in den letzten 12 Monaten seit dem letzten Abschluß 7,5%).

# ellten kapitulierte die Gewerkschaftsführung auf allen Linien



*Die verschärfte Konkurrenz der Warenhäuser und Supermärkte hat sich in den letzten Jahren in einer großen Rationalisierungswelle auf die Handelsangestellten ausgewirkt. War es noch vor einiger Zeit normal, daß ein Angestellter eines Supermarktes etwa 15-25m² Verkaufsfläche betreute, so ist dies bereits allgemein auf etwa 50m² hinaufgeschnellt. Doch auch dabei blieb es nicht und es gibt bereits Diskontmärkte wo ein Angestellter bis zu 150m² betreuen muß. (Auf unserem Bild: Eine Kassenhalle des neuerbauten SCS-Großmarktes am Stadtrand von Wien)*

z.B. fand eine Protestveranstaltung von circa 300 Lebensmittelangestellten statt, auf der auch Solidaritätserklärungen der übrigen Handelsangestellten und der Handelsarbeiter abgegeben wurden. Auch in Innsbruck fand eine gut besuchte Ortsgruppenversammlung der Privatangestellten statt, auf der sich in einer hitzigen Debatte Kollegen von verschiedenen Sektionen solidarisierten. Ebenso stürmisch verlief eine Protestveranstaltung von etwa 300 Handelsangestellten in Innsbruck (Berichte darüber im Klassenkampf 7/76)

Die Solidarität der Handelsangestellten und der Handelsarbeiter mit den Lebensmittelangestellten zeigte die wachsende Einsicht in die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Die gewerkschaftliche Einheit wurde als einzige Möglichkeit gesehen, den Kapitalisten erfolgreich entgegenzutreten. Der Kollektivvertrag wurde als Mittel gesehen, die Konkurrenz einzuschränken und auch Gruppen mit schlechten Kampfbedingungen mitzuziehen.

Diese günstigen Bedingungen - einerseits die Kampfbereitschaft der Handelsangestellten und andererseits der günstige Termin, ein Streik hätte den Kapitalisten Millionen Verluste gebracht - hätte genutzt werden müssen, um den Kampf für die volle Durchsetzung des Forderungsprogramms einzuleiten. Eine solche Auffassung vertraten sehr viele Angestellte. Stattdessen hat die Gewerkschaftsführung den Streik sofort wieder abgeblasen, als die Regierung die Lebensmittelkapitalisten durch Zugeständnisse an den Verhandlungstisch zurückholte und damit den Kampfwillen der Handelsangestellten wieder einmal abblockte.

Eine solche Taktik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung ist keine Neuentwicklung in der Sektion Handel:

--- *Bei den KV-Verhandlungen 1974, als diese von den Kapitalisten monatelang verschleppt wurden, berief die Gewerkschaftsführung am 22.11.1974 eine Betriebsrätekonferenz ein, auf der eine derartige Kampfstimmung herrschte, die den damaligen Gewerkschaftssekretär Skritek zwang, den Unternehmern Kampfmaßnahmen anzudrohen und zur Beteiligung der Angestellten daran aufzurufen. - Kurz darauf wurde schnell und heimlich der Abschluß ausgehandelt.*

--- *Ebenso 1975: Auch damals sollten auf einer Betriebsrätekonferenz Kampfschritte gegen die üblen Verzögerungsmanöver der Kapitalistenvertreter in der Paritätischen Kommission besprochen werden. Als die Betriebsräte zur Konferenz kamen, wurden sie wieder nach Hause geschickt. - - Am nächsten Tag erfuhr man das Ergebnis: 8,5% Gehaltserhöhunge, gefordert waren 17%.*

Diese Taktik, die die Gewerkschaftsführung der Privatangestellten Sektion Handel verfolgt, wendet sie an, um ihren Einfluß nicht zu verlieren, und so die Unzufriedenheit der Angestellten leerlaufen lassen zu können.

Den Angestellten hat diese Taktik nichts gebracht. Deshalb wird es in Zukunft nicht mehr genügen, den radikalen Reden der Gewerkschaftsführer Beifall zu klatschen und sich auf sie zu verlassen. Die Initiative muß in Zukunft von unten her kommen. Sie muß sich auf Forderungen stützen, die keine Zugeständnisse an die Kapitalisten auf Kosten der Interessen der Angestellten machen. Sie muß auf die Festlegung der leitenden Organe und des Verhandlungskomitees, durch klare und eindeutige Forderungen ausgerichtet sein.

Das ist die wichtigste Lehre für die nächsten gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen der Handelsangestellten, aber auch für andere Kollektivvertragsverhandlungen im Bereich der Sektion Handel, wo eine ähnliche Taktik der Gewerkschaftsführung zu erwarten ist.

E.Rei.

## Berichtigung:

*In der Nr.7 ist bei dem Artikel zu den KV-Verhandlungen der Handelsangestellten in der zweiten Tabelle auf S.13 ein Tippfehler unterlaufen. Der Betrag der Erhöhung ist nicht 458,- sondern er beträgt richtig 547,-. Wir bitten für diesen Fehler um Entschuldigung.*
*Die Redaktion*

## KV-Abschluß in der Tiroler Bekleidungsindustrie

Vergangene Woche kam es nach längeren Verhandlungen zwischen den Tiroler Bekleidungskapitalisten und der Gewerkschaft - über die bis zum Abschluß strenges Stillschweigen gewahrt wurde - zum Kollektivvertragsabschluß. Dieser tritt mit dem 1. Jänner 77 in Kraft und hat eine Laufzeit bis November 1977.

Die Ergebnisse waren: 2,70 pro Stunde auf die kollektivvertraglichen Mindestlöhne und 3,00 pro Stunde auf die Ist-Löhne.

## Abschluß bei den Austria Tabak-Werken AG

Mitte November wurden die Gehaltsverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten rückwirkend mit 1. November mit 9,8 % Erhöhung abgeschlossen. Für die niederen Lohn- bzw. Gehaltsgruppen wurden noch extra 3 % vereinbart.

Im Zusammenhang mit den jetzt abgelaufenen Gehaltsverhandlungen wurde unter den Kollegen die Frage einer ausreichenden Schillingforderung für alle gleich, diskutiert. In den Diskussionen kam heraus, daß die Mehrheit der Kollegen eine Schillingbetragserhöhung wesentlich gerechter und besser finden als eine prozentuelle Lohnerhöhung.

## KV-Verhandlungen Druck und Papier: Kurze Streiks in einigen Großdruckereien

Im Zusammenhang mit den derzeit laufenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen zwischen den Druckkapitalisten und der Gewerkschaft kam es in ganz Österreich am 3. Dezember zu kurzen Proteststreiks oder Betriebsversammlungen in den meisten Großdruckereien. Dadurch wurde der Druck einiger Samstagszeitungen verzögert und diese erschienen verspätet.

## HTV schloß mit 8 Prozent ab

Die Abschlüsse im Bereich Handel, Transport und Verkehr ergaben für Jänner des kommenden Jahres folgendes Ergebnis: Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne für Männer werden um 8 %, und für Frauen um 8,5 % erhöht. Das entspricht im wesentlichen der Linie des Abschlusses der Handelsangestellten, und ist auf jeden Fall zu wenig um einerseits die Verschlechterung des Lebensniveaus abzufangen und andrerseits, trotz der kleinen Differenz zwischen der Erhöhung bei den Männdern und den Frauen, dient er nicht dazu, den Lohnunterschied zwischen den verschiedenen Lohngruppen zu verringern.

## Fachgruppe Buchhändler: 2,5% über dem Abschluß der Handelsangestellten

Auf einer Betriebsrätekonferenz der Fachgruppe Buchhandel der Handelsangestellten wurden die Ergebnisse der Verhandlungen bekannt. In einer Zusatzvereinbarung erreichte die Fachgruppe um 2,5 % Erhöhung mehr auf den kollektivvertraglichen Mindestlohn als die übrigen Handelsangestellten. Allerdings kann diese Erhöhung bei den Ist-Gehältern wieder weniger werden, und wurde mit einer Empfehlung auf mindestens 1 % festgelegt. Voll gelten die 2,5 % mehr auf jeden Fall bei der Erhöhung der Lehrlinge.

## Einarbeiten - Gewinn nur für den Chef

Jedes Jahr wird bei uns die Zeit vom 23.12. bis 7.1. eingearbeitet. Für uns heißt das, daß wir uns in den 2 Monaten vor Weihnachten noch mehr abplagen müssen.

Dies hat heuer wieder große Empörung unter den Kollegen ausgelöst. Die Empörung ist dieses Jahr umso heftiger, weil die Zahl der einzubringenden Stunden (67,5) viel höher ist, als in den letzten Jahren und weil die Arbeit, die wir zu erledigen haben, auch um einiges mehr geworden ist.

Einige Kollegen, die gefragt haben, wie und warum man denn diese Stundenzahl einbringen soll, bekamen zur Antwort, daß sie eben die restlichen Stunden während der Betriebssperre abarbeiten können, Arbeit gäbe es ja immer genug.

Daß das natürlich keiner will, ist klar, da arbeitet man jetzt lieber bis spät in die Nacht, wenn es sein muß auch Samstag und Sonntag, um ja nicht im "Urlaub" arbeiten zu müssen.

Als ich in die Firma eintrat und davon hörte, daß hier der Weihnachtsurlaub eingearbeitet wird, war ich über diesen zusätzlichen Urlaub froh. Meinen Kollegen ging es nicht anders. Inzwischen ist aber vielen von uns klar geworden, daß diese Regelung mit dem Einarbeiten eigentlich nur unserem Chef etwas bringt.

Er hat ja seinen größten Gewinn in der Weihnachtszeit (Handel mit Werbegeschenken) und gäbe es diese Regelung mit dem Einarbeiten nicht, müßte er Unsummen von Überstunden bezahlen, weil dieser Arbeitsanfall in der Normalarbeitszeit mit dem vorhandenen Personal nicht gemeistert werden kann. Und nach Weihnachten gibt es außer der Inventur kaum eine Arbeit.

Das haben inzwischen viele von uns erkannt, daß der Wunsch nach mehr Urlaub von unserem Chef schamlos für seine Profitinteressen ausgenützt wird.

R.R.

### Lehrlingswerkstätte Knittelfeld der ÖBB:

## Lehrlinge kämpfen um eine Woche Zusatzurlaub

Bisher war es bei den ÖBB üblich, daß die Lehrlinge in der Zeit zwischen Weihnachten und Silvester frei hatten. Bis vor einem Jahr mußte dafür ein Teil der Zeit hereingearbeitet werden. Voriges Jahr wurde dieses "Hereinarbeiten" abgeschafft. Die Lehrlinge hatten trotzdem einige Tage frei. Nun, heuer verhandelten der Zentralausschuß der Jugendvertrauensräte und die Verwaltung der ÖBB drei ganze Tage. Jeweils die drei Freitage (an Freitagen wird sowieso nur bis 12 Uhr 45 gearbeitet): 24.12., 31.12., und 7.1. sind arbeitsfrei.

War der Unmut der Lehrlinge schon groß als sie erfuhren, daß der Jugendvertrauensrat (JVR) ohne Wissen der Lehrlinge Verhandlungen geführt hatte, so wurde er noch größer als sie erfuhren, welches Ergebnis dabei erzielt worden war.

In der darauf folgenden Zeit haben sich etliche Lehrlinge der ÖBB-Lehrwerkstätte im Gewerkschaftsjugendheim getroffen und dort diskutiert, welche Maßnahmen man treffen könne. Es wurde beschlossen, mit Hilfe von Gewerkschaftsjugendfunktionären eine Resolution zu verfassen. In dieser Resolution wird gefordert, daß alle Lehrlinge einschließlich des Ausbildungspersonals mindestens 1 Woche arbeitsfrei haben sollen.

Diese Resolution sollte am 24. November 1976 auf der Dienststellen-Jugendjahreshauptversammlung beschlossen werden. Vor der Versammlung schon wurde sie an die Lehrlinge verteilt. Auf der Versammlung selbst an den JVR mit dem Hinweis, man solle sie auf der Sitzung verlesen und zur Abstimmung vorbringen.

Bevor die Resolution überhaupt verlesen wurde, sagte der JVR schon: "Wer hat das geschrieben?" Entschlossen standen 12 Lehrlinge auf und "gestanden", diese Resolution geschrieben zu haben. Danach konnte die Verlesung der Resolution endlich beginnen und zur Abstimmung gebracht werden.

Alle Lehrlinge (ca. 150) waren mit der Resolution einverstanden. Einige zeigten gleich mit beiden Händen auf, andere standen auf.

Gegenprobe - keine Stimme.

Der JVR, allen voran der Vertreter des ZA und der Obmann der JVR Knittelfeld fingen nun an, den Lehrlingen Angst einzujagen, sie unter Druck zu setzen.

"Diese Resolution ist eine Erpressung. Wir können nicht fordern - nur bitten. Wollt ihr den Kommunismus?"

Man rechnete den Lehrlingen vor, was da an Arbeitsstunden den ÖBB verloren ginge, wenn alle Lehrlinge und ihr Ausbildungspersonal eine Woche lang nicht arbeiten würden. "Belehrte" sie, ob sie nicht wissen, daß sie sich damit eine Verwaltungsstrafe aufhalsen können.

Trotz der Angst der Lehrlinge und vor allem die Ungewißheit, ob sie, wenn sie ausgelernt haben, nicht von den ÖBB entlassen werden (seit einiger Zeit konnte man aus Gesprächen mit den verschiedensten Verwaltungsbeamten der ÖBB hören, daß sie wahrscheinlich schon heuer nicht mehr alle Lehrlinge ins Werk übernehmen können), konnte ihre Entschlossenheit nicht gebrochen werden. Immer wieder traten Lehrlinge auf und zeigten das schädliche Verhalten des Jugendvertrauensrates, insbesondere des Obmannes, nicht nur in dieser Sache, sondern in vielen Angelegenheiten richtig auf. Immer wieder widerlegten die Lehrlinge die Argumente des JVR. Immer wieder gab es längeren Applaus für diese Lehrkollegen und Pfui-Rufe bzw. Beschimpfungen oder Zwischenrufe, wie "Kommt herunter da von der Bühne, und wir zeigen euch, was wir wollen und wie stark wir sind", für den JVR.

Erst nachdem der JVR die Aussage brachte, daß man besser versuchen soll, in der Woche nach Silvester, wenn wahrscheinlich die Toiletten in der Lehrwerkstätte repariert werden, frei zu bekommen, wurde es für die sogenannten "Lehrlingsvertreter" etwas ruhiger im Saal.

Nun wagten sie es, noch einmal über die Resolution abstimmen zu lassen. Ergebnis: 12 Stimmen für die Resolution, keine Gegenstimmen, der Rest Stimmenthaltungen.

"Tut uns leid, die 12 sind nicht die Mehrheit. Die Resolution ist somit abgelehnt." Daraufhin verließen einige Lehrlinge die Dienststellen-Jugendjahreshauptversammlung.

Zum Schluß der Sitzung kein Applaus für den JVR und seinen Gast aus dem ZA. Daran konnte auch der letzte Satz des ZA-JVR-Vertreters: "Übrigens, ihr wißt ja hoffentlich alle, daß nur die SP euch immer den Fortschritt bringt. Alle JVR auf der 'Bahn' sind auf der Liste der SP gewählt", nichts ändern.

Vor dem Volkshaus, in dem die Versammlung war, bildete sich gleich eine große Menschentraube. Und immer wieder konnte man hören: "Der Grasser (JVR-Obmann) ist wie eine Wetterfahne. Weht der Wind aus dem Osten, dreht er sich. Weht der Wind aus dem Westen, dreht er sich."

Auch der Vorschlag aus der Menge, die Jugenvertrauensräte nur mehr auf Grundlage eines Programms zu wählen, wurde begeistert aufgenommen. Vielen Lehrlingen ist auch klar, daß dieser Kampf um arbeitsfreie Tage zwischen Weihnachen und Neujahr, obwohl im ersten Anlauf gescheitert, ein großer Erfolg war. Ob ihr Kampf ein voller Erfolg wird, hängt nur davon ab, ob es ihnen gelingt, ihre Einheit noch mehr zu festigen und den JVR zu zwingen, daß er das, was er so "stolz" auf der Versammlung verkündet hat, auch wirklich durchführt. Dazu muß man auch klare Forderungen aufstellen. Sonst kann es passieren, daß sie einfach sagen: "Nun ist es schon zu spät" oder "die Verwaltung repariert die Toiletten später einmal".

Dazu muß man Forderungen aufstellen, wie z.B. sie schon von einigen Lehrlingen vertreten wird: "Die Woche vom Montag, 3.1. bis einschließlich Freitag, 7.1.1977 muß für alle Lehrlinge und das gesamte Ausbildungspersonal arbeitsfrei sein! Die Verwaltung kann die Gelegenheit dazu nutzen, um in dieser Zeit die Toilettenanlagen in der Lehrwerkstätte wieder in Ordnung zu bringen!"

M.G.
Knittelfeld

### Resolution der Lehrlinge der ÖBB -Lehrwerkstätte in Knittelfeld

Betrifft : die geplante Regelung der arbeitsfreien Tage zwischen Weihnachten und Silvester.

Auf der heute stattgefundenen Dienststellenjugendjahreshauptversammlung der Lehrlinge der LW der ÖBB Knittelfeld wurde beschlossen, daß der ZA der JVR mit der Verwaltung der ÖBB sofortige Neuverhandlungen aufnehmen soll, um über eine neue Regelung bezüglich der arbeitsfreien Tage zwischen Weihnacht und Silvester zu verhandeln.
Wir fordern mindestens die Woche vom 27.12. bis 31.12.1976 arbeitsfrei. Diese Freistellung von der Arbeit muß auch das gesamte Ausbildungspersonal der LW Knittelfeld beinhalten.

Wir begründen unsere Forderung aus folgenden Gesichtspunkten:

- mit der zunehmenden Technisierung unserer Arbeitswelt und der daraus resultierenden Anforderungen reichen die 20Tage Urlaub im Jahr nicht mehr aus, um eine ausreichende Erholung besonders der Jugendlichen zu gewährleisten.
- dadurch, daß es bei den ÖBB seit einiger Zeit üblich war, daß die Lehrlinge in der Weihnachts- und Neujahrszeit frei hatten, haben sich etliche Familien derart darauf eingestellt daß sie für diese Zeit Urlaube bzw. Reisen geplant haben.
- die Freistellung fordern wir deshalb nicht nur für uns Lehrlinge, sondern auch für das Ausbildungspersonal, weil unsere moderne Wirtschaft nicht nur an die Lehrlinge stets neue Anforderungen stellt, sondern an alle die arbeiten.

Als Beweiß, wie richtig und wichtig unsere Forderung ist, führen wir an : den Antrag des Landesjugendvorstandes der PAJ Wien an den 15. Jugendgewerkschaftstag der Gewerkschaft der PAJ. Dort heißt es u.a.:
Durch die Leistungsanforderungen die die heutige Zeit an den einzelnen Menschen..stellt, erwächst dem einzelnen eine enorme Streßsituation. Diese Tatsache wird von der Ärzteschaft voll anerkannt. Der 15. Jugendgewerkschaftstag der GPJ fordert daher die zuständigen Stellen auf, den Mindesturlaub von 24 auf 30Werktage zu erhöhen.
sowie Auszüge der Gebietskrankenkassenstatistik Niederösterreich.
"Bei 75% aller Jugendlichen werden krankhafte Veränderungen festgestellt. 17,3% werden nach den ohnehin strengen Gesichtspunkten als erholungsbedürftig eingestuft. Von diesen 5562 Erholungsbedürftigten haben 1975 ganze 1424, das sind 25,5% tatsächlich einen Erholungsurlaub konsumieren können.
Ähnlich verhält es sich in den übrigen Bundesländern.

Zum Abschluß fordern wir die zuständigen Stellen nochmals auf, alles nur Mögliche zu tun um unseren Wünsche nachzukommen.

der JVR,
die Lehrlinge der LW Knittelfeld

ergeht an: die JVR aller LW der ÖBB, an den ZA der JVR, an den VRA der HW Knittelfeld und an die Verwaltung der HW Knittelfeld, ebenso an die Zeitungen "Hallo" und "der Eisenbahner".

## Textilfirma Rytex in Gleisdorf/Steiermark
# 24-stündiger Streik gegen die Gefahr des Verlustes des Arbeitsplatzes

Von Montag, 29. November, 14 Uhr bis Dienstag, 3o. November, 13,3o Uhr dauerte der Streik von 6o Frauen der Textilfirma Rytex in Gleisdorf. Sie streikten gegen die Beteiligung eines südsteirischen Unternehmers, der als rücksichtsloser Bankrotteur bekannt ist, an der Firma Rytex, wodurch sie ihre Arbeitsplätze noch mehr gefährdet sehen.

Monatelang schon plagte die Rytex-Frauen die Angst um ihren Arbeitsplatz. Rytex ist eine Tochterfirma der Vorarlberger Textilfabrik Fenkart. Anfang dieses Jahres kam der Gleisdorfer Zweig der Firma in Schwierigkeiten. Spätestens seit der Anmeldung des Ausgleiches durch den Eigentümer Fenkart sind die Arbeiterinnen mit der Möglichkeit konfrontiert, daß sie entlassen werden. Das änderte sich auch nicht, als im August dieses Jahres der Ausgleich positiv abgeschlossen wurde; der Kapitalist nützte weiter die Drohung der Entlassung, um die Konkurrenz unter den Kollegen zu schüren und das Arbeitstempo zu erhöhen. Aber seine Rechnung kehrte sich in ihr Gegenteil um.

Als die Arbeiterinnen nun am Montag vormittag vom Betriebsleiter erfuhren, daß der Vertragsabschluß mit dem südsteirischen Unternehmer unmittelbar bevorsteht, der sich in der Firma einkaufen will, war das Maß voll. Schon wenige Stunden später waren sich alle einig: "Wir streiken!"

Eiligst kam am Dienstag vormittag der Firmeneigentümer G. Fenkart nach Gleisdorf, "um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen". Er zitierte zwei Frauen des Betriebsrates zu sich und verlangte, daß der Streik sofort abgebrochen wird. Die Betriebsrätin Elisbath Reiter erzählte darüber: "Ich erklärte darauf, das müßten alle entscheiden. Es entstand eine Pause, wonach der Chef erklärte, daß wir fristlos entlassen seien."

Aber der Kapitalist hatte sich ein zweites Mal verrechnet. Die Maschinen blieben weiter still. Wenig später kam der Gewerkschaftssekretär Steinhöfler. Auch als er erklärte, die Gewerkschaft würde den Streik finanziell nicht unterstützen, ließen sich die Arbeiterinnen dadurch nicht von ihrem Kampf abbringen. Eine Frau sagte: "Lieber verzichten wir jetzt auf etwas Geld, als später überhaupt keines zu bekommen." Durch diese klare Haltung gelang es, den Rytex-Kapitalisten zur Rücknahme der ausgesprochenen Entlassungen zu zwingen.

Aber erst, als der abgelehnte südsteirische Unternehmer und zukünftige Rytex-Teilhaber der Belegschaft eine schriftliche Zusicherung gab, daß niemand entlassen wird und alle Löhne pünktlich bezahlt werden, beschlossen die Frauen, den Streik abzubrechen und "vorläufig" die Arbeit wieder aufzunehmen.

K.W.
Ortsgruppe Graz



*Die streikenden Frauen von Rytex (unser Bild), liessen sich von dem Kapitalisten, der mit der Kündigung drohte, nicht einschüchtern. Genau so wenig verzagten sie, als die Gewerkschaftsführung ihnen jede finanzielle Unterstützung verweigerte. "Lieber verzichten wir jetzt auf etwas Geld, als später überhaupt keines zu bekommen", war die Meinung einer streikenden Kollegin, welche von allen anderen voll unterstützt wurde.*

## Kapsch/Wien
# Spaltungsmanöver der Firmenleitung gelungen

Der erste Versuch der Firmenleitung, am 3., 4. und 5. Jänner zuzusperren und die Belegschaft dazu zu bringen, diese 3 Tage vom Urlaub abzuzwacken, ist am Widerstand der Kollegen gescheitert (s. Nr. 6/76). Die Mehrheit der Belegschaft hat es abgelehnt, von ihrem ohnehin zu kurzen Urlaub 3 Tage abzuzwacken.

Deshalb mußte die Firma ein zweites Angebot machen. Sie schlug vor, entweder Urlaub zu nehmen oder einzuarbeiten, bzw. (bei den Angestellten) entsprechend zu gleiten, oder zu arbeiten. Auch dieses Angebot war dadurch gekennzeichnet, daß die Kapsch-Kapitalisten gewillt waren, keinerlei Zugeständnisse an die Arbeiter und Angestellten zu machen, sondern zu ihren Bedingungen an diesen 3 Tagen zuzusperren. Durch dieses Angebot gelang es der Firmenleitung, die Kollegen zu spalten und sie zur Entscheidung für eine dieser drei Möglichkeiten zu veranlassen.

Auf der Betriebsversammlung der Arbeiter am 16.11. gab es zwar große Empörung über das Vorgehen der Firmenleitung, es kam aber nicht dazu, einen Beschluß gegen die Vorschläge der Kapsch-Kapitalisten zu fassen. Der Firmenleitung ist es zwar gelungen, im zweiten Anlauf ihre Vorstellungen durchzusetzen; der starke Widerstand gegen den ersten Vorschlag und die geschlossene Ablehnung von ihm in mehreren Abteilungen haben jedoch gezeigt, daß es bei Kapsch möglich ist, etwas gegen die Maßnahmen der Kapitalisten zu erreichen.

r.b.
Zelle Kapsch/Wien

# Kritik am Artikel »Transportkapitalisten gefährden Leben der Chauffeure« in der Nr. 7/76

Mit diesem Artikel fängt man nicht viel an.

Zuerst zitiert J.S. eine Untersuchung, aus der hervorgeht, daß bei einer Überprüfung von LKWs in Niederösterreich mehr als die Hälfte technische Mängel aufwies, die zum Teil lebensgefährlich waren. Die Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr fordert gegen diese Mißstände die Einführung eines Wagenbuches, in dem der Fahrer vor Antritt der Fahrt den Wagen nach einer Checkliste überprüfen und vom Chef bestätigen lassen muß. Damit wäre nach Meinung der Gewerkschaft die Verantwortung vom Fahrer auf den Chef übergegangen.

Weiter heißt es: "Die Durchsetzung dieser Forderung der Gewerkschaft wäre sicherlich eine Erleichterung für die Berufschauffeure, da sie dann ohne Angst um ihren Arbeitsplatz den Wagen, den sie lenken sollen, beanstanden könnten. Allerdings ist es letztlich egal, ob man mit oder ohne Unterschrift in einem verkehrsuntüchtigen Wagen fahren muß."

Das ist alles, war zur Frage konkret gesagt wird - darauf aufgepfropft folgt die allgemeine Phrase, daß es solche Mißstände im Sozialismus nicht geben wird, weil der Mensch im Mittelpunkt steht.

Das ist alles? Sollen die LKW-Fahrer so lange in lebensgefährlichen Fahrzeugen fahren müssen, bis der Sozialismus kommt - und inzwischen das Risiko schwerer Unfälle mit entsprechenden finanziellen, juridischen und vor allem gesundheitlichen Folgen in Kauf nehmen?

Man muß sich doch überlegen, wodurch jetzt die Arbeitsbedingungen der LKW-Chauffeure verbessert werden können. Dazu reicht das Wagenbuch der Gewerkschaft HTV sicher nicht aus. Denn die Verantwortung für einen Unfall mit einem schadhaften Fahrzeug trägt in erster Linie der Lenker, da nützen ihm auch 1oo Unterschriften seines Chefs nichts.

Es muß verhindert werden, daß Kollegen in die Zwangslage kommen, mit schadhaften Fahrzeugen fahren zu müssen, weil sie sonst Schwierigkeiten bis hin zur Kündigung bekommen. Das ist Aufgabe der Betriebsräte. "Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft durch den Betriebsrat, wo dies nicht möglich ist, durch die Gewerkschaft" (Programm des KB Österreichs). Auf dieser Linie muß der Kampf gegen die Praktiken der Unternehmer, für die Sicherheit der Arbeiter möglichst wenig Geld auszugeben, geführt werden. Das gilt genauso für die Sicherheit der Fahrer.

Wo klassenbewußte Betriebsräte die Kontrolle über den Zustand der Fahrzeuge haben, wird es den Kapitalisten nicht mehr möglich sein, die Fahrer zu zwingen, schadhafte Fahrzeuge zu lenken.

r.b.
(LKW-Fahrer)

## TRM-Hall/Tirol
# Unmut gegen die Nachtschicht in der Gießerei

Mit 23 Millionen getätigter Investitionen und offiziell zugegebenen 8 Millionen S Reingewinn hatte TRM-Chef Seykora stolz die Bilanz 1975 der Tiroler Röhren- und Metallwerke präsentiert. Und andeutungsvoll hatte er hinzugefügt: "Die Produktivität je Arbeitskraft kann noch gesteigert werden". In der Sprache der Arbeiter heißt das: Die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft soll verschärft werden.

Gegenwärtig bekommen dies die Arbeiter in der Gießerei zu spüren, wo eine zusätzliche Nachtschicht für 3o bis 4o Kollegen eingeführt wird, von der abwechselndim 3-Schicht-Betrieb ca. 1oo Kollegen betroffen sind. Nur mit Unmut und Widerwillen haben sich die betroffenen Kollegen gefügt. Die meisten haben Schlafschwierigkeiten und können sich kaum dem unnatürlichen Rhythmus anpassen. "Die Nachtschicht wirkt sich auch schlecht auf mein Familienleben aus", sagte ein Arbeiter, der Frau und Kinder hat. "Wozu hat man denn da eine Familie?" Und zur Nachtarbeitszulage meinte er: "Die paar Hundert Schilling können das alles nicht ersetzen."

Der 3-Schicht-Betrieb wird nach den Aussagen der Firmenleitung nur bis März 1977 geführt. Und nur wegen dieser Begründung ist die Einführung der Nachtschicht so reibungslos gelungen. Manche Kollegen sind aber bereits skeptisch geworden und trauen der ganzen Sache nicht recht.

Das meiste Mißtrauen haben die Kollegen aber wegen der Hintergründe der neueingeführten Nachtschicht: Diese wurde unter anderem auch deshalb eingeführt, weil ein Teil der Gießerei umgebaut und modernisiert wird und deshalb derzeit außer Betrieb ist. Manche Kollegen fürchten nun, daß der ganze Umbau nur den Zweck hat, aus weniger Arbeitern mehr Arbeit herauszuholen, also einen Teil von ihnen wegzurationalisieren - sei es nun mit oder ohne Nachtschicht.

Die Pläne der TRM-Kapitalisten stoßen bei den Arbeitern auf zunehmendes Mißtrauen. Zumal sie ja erlebt haben, wie schon 1975 aus einer um 5,1 % verringerten Belegschaft eine um über 5 % höhere Produktion herausgeholt wurde. Gegenwärtig treten die Arbeiter dafür ein, daß die Nachtschicht nicht weiter verlängert und ausgebaut wird, sondern umgekehrt sobald wie möglich wieder abgeschafft wird. Zelle TRM/Hall

Ortsgruppe Innsbruck

## Pädagogische Akademie Linz:
# Erste Schritte zu einem gemeinsamen Auftreten der Angestellten

Seit längerer Zeit gibt es unter den Angestellten der bischöflichen Pädagogischen Akademie in Linz große Unruhe.

Im Laufe des letzten Jahres gab es drei Kündigungen, mehrere Versetzungen, eine ständige Ungewißheit, wo man arbeiten muß, ein ständiges Hin- und Herschieben. Einer Kollegin, die sich beschwerte, wurde mit Kündigung gedroht.

Vor kurzem ging der Personalchef besondern unverschämt gegen eine Kollegin vor. Während sie im Krankenhaus lag, zog er ihr vom Gehalt 2.500,- Schilling ab, mit dem Hinweis, sie habe dieses Geld im Frühjahr beim Einkassieren von Studiengeldern verschlampt.

Als die Kollegin vom Krankenhaus zurückkam, wurde ihr erklärt, sie käme nun vom Büro- bzw.Telefondienst in das Buffet. Als sie sich weigerte, wurde ihr geraten, sofort zu gehen.

Damit war der Punkt erreicht, an dem die Belegschaft in Bewegung kam. In kleineren Gruppen wurde den ganzen Tag diskutiert, daß man etwas machen müsse, daß es so nicht weitergehe, zumal auch noch einige andere Fragen anstanden.

Während unter den Angestellten ein Teil überlegte, eine Betriebsversammlung einzuberufen, übernahm der Personalchef selbst die Initiative und berief eine Versammlung aller Angestellten ein. Jeder sollte sagen, was ihm am Personalchef und an der Pädagogischen Akademie nicht passe.

Von uns kam gleich der Gegenvorschlag, über die dringendsten Probleme zu reden: Über die Schikanen gegen die eine Kollegin, über die ständigen Versetzungen, über die Einteilung des Journaldienstes am Freitagnachmittag und die miserablen Arbeitsbedingungen beim Fotokopieren.

Zuerst schaute die Sache nicht gut aus. Der Betriebsrat und eine andere Kollegin redeten zuerst für den Personalchef.
Ein Drittel der Belegschaft stand relativ fest am Standpunkt der Interessen der Belegschaft, der sich nach längerer Diskussion durchsetzte:

- Die Versetzung der Kollegin ins Buffet soll rückgängig gemacht werden. Ebenso der Abzug vom Gehalt.
- Mit den Versetzungen kann es nicht so weitergehen, die Arbeitseinteilung muß geändert werden. Es muß verhindert werden, daß die Arbeit so aufgeteilt wird, daß die Neukommenden die Idiotenarbeit machen müssen, wodurch in der Belegschaft ständig Streit und Uneinigkeit entsteht.
- Das stundenlange Fotokopieren in einem kleinen, muffigen Kellerraum ohne Fenster ist unzumutbar.

Zum Teil gab der Personalchef von sich aus nach. Zweimal ließ er nach längerer Diskussion abstimmen. Bei den Abstimmungen war er der Einzige, der für seine Vorschläge stimmte.

Schlecht war, daß wir unseren Standpunkt nicht in eindeutigen Forderungen formuliert haben, daß wir nicht festgelegt haben, was passiert, wenn unseren Wünschen nicht nachgegeben wird.

Die Hauptsache aber ist, daß die Belegschaft zum ersten Mal überhaupt mit einer einheitlichen Haltung ihren Widerstand zum Ausdruck gebracht hat.

O.M. Ortsgruppe Linz

### Lebensgefährliche Rationalisierung bei Seilbahnen

Auf der HTV-Tagung der Betriebsräte von Seibahnunternehmungen wurde festgestellt, daß in den letzten Jahren von einigen Seilbahnunternehmungen der Personalstand auf das Minimum reduziert wurde.

| | | |
|---|---|---|
| 1973 | 49,6 Millionen Fahrgäste ............... | 3.361 Beschäftigte |
| 1974 | 56,3 Millionen Fahrgäste + 14 Seilbahnen | 3.284 -"- |
| 1975 | 66,8 Millionen Fahrgäste wieder + 14 SB | 3.602 -"- |

Das bedeutet 1973 : 14.757 beförderte Personen pro Beschäftigtem
1975 : 18.545 -"-
das heißt + 25,6%. Von 1972 auf 1975 (13.058 beförderte Personen pro Beschäftigten) wurde die Förderung sogar um + 42% gesteigert.

Die Betriebsräte der Seilbahnen Österreichs weisen darauf hin, daß der intensive Einsatz des Personals zu einer Überforderung führen kann und dadurch die Konzentrationsfähigkeit beeinträchtigt wird. Sie fordern die Gewerkschaft HTV auf, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, damit dieser Entwicklung Einhalt geboten wird.

r.b./ nach "Zeitrad" Organ der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr; Nr.11/76

## POST
# Gegen die Rationalisi

Gegenwärtig kommen alle Kollegen bei Post und Telegraf unter scharfen Druck der Regierung und der Generaldirektion. Umfassende Sparmaßnahmen, vor allem in Form von Personalabbau, werden derzeit vorbereitet. Fadenscheinige Begründung dafür ist der Leistungsrückgang in einigen Sparten, der heuer auf Grund der massiven Tariferhöhungen eingetreten ist. Eine Begründung, die die Generaldirektion in ihrem "Unternehmensplan 1975 - 79" selbst widerlegt.

Denn in diesem Unternehmensplan sind beträchtliche Ausweitungen der Leistungen festgesetzt, wobei die letzte, sowie kommende Tariferhöhungen bereits einkalkuliert sind. Folgende Steigerungen sind bis 1979 vorgesehen:

*+ 33% mehr Telefonanschlüsse - damit verbunden sind erhöhte Leistungen im Leitungsbau und Service.*
*+ Jährliche Zuwachsrate im Postzeitungsdienst um 7 - 9%, bei der Briefpost 4 - 5% (Inland) und 3 - 4%(Ausland), bei den Paketen um 3 - 4%. Beim Postanweisungsdienst sowie bei Ein- und Auszahlungen der Postsparkasse jährlich um 2%, ebenso im Postautodienst um 2%.*
*+ Rationalisierung des Zustelldienstes auf dem Land. Die Kollegen Landbriefträger sollen zu "fahrbaren Postämtern" werden, was für sie eine beträchtliche Mehrarbeit bedeutet.*

Außerdem sind aus dem Geschäftsbericht über 1975 beträchtliche Leistungssteige-

## Post/Innsbruck
# Weg mit der Zeitkont

Trotz der Drohung von Seiten der Gewerkschaft werden die Rationalisierungsmaßnahmen in Tirol von den Verwaltungsbehörden vorangetrieben. Die Paketwagenfahrer aus dem Paketlager in der Völserstraße, die für das Einsammeln und Befördern der Pakete von den Postämtern zur Paketumleitung eingesetzt sind ("Kurse"), müssen seit einigen Wochen einen Vordruck über Ankunfts- und Abfahrtszeiten bei den Postämtern auf die Minute genau ausfüllen. Diese Angaben müssen vom jeweiligen Postamt überprüft und bestätigt werden. Aufgrund der Listen wird dann festgestellt, ob Überstunden gestrichen und Arbeitsplätze eingezogen werden. Die Kontrolle durch die Kollegen auf den Ämtern ist ein geschicktes Spaltungsmanöver. Dazu kommt, daß etwa die Verkehrssituation in der Zeit-

# erungen zu Lasten der Kollegen

rungen ersichtlich:
*beim Postautodienst:*

*+ 3,5% beförderte Fahrgäste*

*beim Fernmeldedienst unter anderem:*

*49 neue Wählämter mit 22.518 Hauptanschlüssen*
*361 Wählämter erweitert*
*45 transportable Wählämter*
*+ 8,26% Fernsprechhauptanschlüsse*
*Abschluß der Einbeziehung Österreichs in den Europa-Wählverkehr (Anschluß an 25 europäische Länder im Selbstwählverkehr)*
*95% Auslandsgespräche im Selbstwählverkehr*
*+ 7,9% Telexanschlüsse.*
*So unter anderem beim Postdienst:*

*+ 9,3% Inlandsbriefsendungen (1136 Mill. Stk)*
*+ 2,1% Pakete (36,8 Mill.Stk)*
*- 7,9% Zeitungen*
*+ 4,2% Postanweisungen (11 Mill. Stk)*
*+2o,9% Spareinlagen*
*+ 3,4% Einzahlungen*
*+11,3% Auszahlungen*
*+ 2,1% Auslandspostverkehr*
*+ 5,8% Flugpost*
*+ o,3% Briefsendungen auf dem Erdweg.*

Auf Grund des breiten Widerstandes unter den Kollegen gegen die von der Regierung ins Auge gefaßte 2%-Einsparung und eine dementsprechende Dienstanweisung der Generaldirektion hatte am 28.September 1976 der Gewerkschaftsvorstand beschlossen:

o Keine Personalsenkung
o Keine Kündigungen
o Keine Gefährdung des Urlaubs
o Keine Betriebseinschränkungen (Reprivatisierung)
o Zurücknahme der Dienstanweisung vom 21.September 76 oder gewerkschaftliche Maßnahmen (Verweigerung von Dienstzusammenziehungen und Mehrdienstleistungen, Arbeit nach Vorschrift).

Die Generaldirektion hat ihre Dienstanweisung vom 21.September 76 zurückgenommen und am 4.Oktober 76 festgelegt, daß auf Grund eines Ministerratsbeschlusses vom 28.September eine Kürzung des Personalstandes von einem Prozent vorzunehmen ist. Mit dem Personalausschuß sei zusammenzuarbeiten, Härtefälle zu vermeiden.

Aber ob 2% oder 1% Personaleinsparung, beides muß abgelehnt werden. Genauso müssen der Aufnahmestopp aufgehoben und alle Personalabgänge ersetzt werden.

## Gegen die Sparmaßnahmen der Regierung den Protest organisieren

Von der Gewerkschaftsführung wurde bisher nicht viel getan, diese klare Absage an die Politik der SP-Regierung bei den Mitgliedern zu verbreiten. Die Entschließung wurde in vielen Dienststellen nicht einmal ausgehängt. Eine breite Mobilisierung wurde bisher nicht angestrebt, obwohl das das einzige Mittel ist, von der Regierung echte Zugeständnisse zu erreichen. Deshalb kommt es jetzt darauf an, von unten her einen Druck zu erzeugen, wie es zum Beispiel Tiroler Kollegen begonnen haben, die unter die Tiroler Gewerkschaftsprotestresolution sehr erfolgreich Unterschriften gesammelt haben.

H.Wö./Red.
Ortsgruppe Wien

## Resolution der Bezirksgruppe Mürzzuschlag/Stmk

In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung der Bezirksgruppe Mürzzuschlag der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten wurde eine Resolution verabschiedet, in der es unter anderem heißt:

Die Bezirksgruppe der Gewerkschaft der Post- und Telegraphendienststellen Mürzzuschlag sieht sich auf Grund der bereits durch Presse, Rundfunk und Fernsehen angekündigten, den Postdienst betreffenden Meldungen veranlaßt, die Bestürzung der Kollegenschaft zum Ausdruck zu bringen.

Die Kollegenschaft billigt vorerst die Entschließung vom 15. September 1976 sowie den Beschluß vom 28. September 1976 des Vorstandes der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten betreffend die zweiprozentige Kürzung des Personalstandes, Wiedereinführung der Samstagdienste und Kommerzialisierung der PTV.

Die Kollegenschaft ist jedoch in großer Sorge über die für das Jahr 1977 angekündigten Preis- und Tariferhöhungen, da die letzten Lohnverhandlungen keineswegs für uns befriedigend ausgegangen sind; Vergleiche mit der Privatwirtschaft zeigen, daß wir um mindestens 2000 Schilling zurückgeblieben sind.

Wir fordern daher:
o Die Durchsetzung der bereits genannten Entschließung beziehungsweise des Beschlusses des Gewerkschaftsvorstandes;
o Die Aufnahme von Gehaltsverhandlungen, da die letzten mit Ende 1977 auslaufen (Teuerungsabgeltung, Reallohnerhöhung);
o eine eheste Steuerreform, und
o bis zur Steuerreform eine abzugsfreie monatliche Abgeltung von mindestens 700 Schilling.

Die Resolution erging an: Zentralausschuß Wien, Landesleitung Graz, alle Bezirksgruppen von der Steiermark und alle Mitglieder der Bezirksgruppe.

## Unhaltbare Praktiken zur Durchsetzung des Dienstpostenplans auf Kosten der Kollegen



*Zu welchen absurden und für die Kollgen völlig untragbaren Maßnahmen der Dienstpostenplan führen kann, zeigt die in Oberösterreich und Salzburg in manchen Postämtern geübte Praxis, am Monatsende einem Teil der Kollegen zu kündigen, um sie dann am Monatsanfang gleich wieder aufzunehmen. Damit der mittlere Personalstand von 8.541 Arbeitskräften nicht überzogen wird. Urlaubsanspruch entsteht für diese Kollegen nie! Allein beim Bahnhofspostamt Linz (Bild) sind davon 62 Personen betroffen. "Auch krank zu werden empfiehlt sich nicht, denn Kranke werden nicht in den befristeten Postdienst aufgenommen", schreibt die Kronen-Zeitung (4/76)*

# rolle bei Paketwagenfahrern

aufstellung nicht berücksichtigst wird. Daß man von einem Ende der Stadt zu anderen mit dem großen Paketwagen einmal 15 und ein andermal 30 Minuten brauchen kann, können sich die Bürokraten in der Direktion offensichtlich nicht vorstellen. Auf den meisten Postämtern wird diese Maßnahme durch Solidarität und gegenseitige Absprache zwischen "Kurslern" und Amtsbelegschaften nichtig gemacht. Das kann aber nur eine Notlösung sein: das Ziel ist notwendigerweise, im Zuge des Kampfes gegen alle Rationalisierungsmaßnahmen auch die sofortige Rückziehung dieser Zeitkontrolle durchzusetzen.

Die Enttäuschung über die Vorgangsweise der Gewerkschaftsführung bei den letzten Gehaltsverhandlungen läßt bei einigen Kollegen die Stimmung aufkommen, daß auch diesmal wieder hinter verschlossenen Türen gegen unsere Interessen verhandelt werden soll.

Aber nicht die Resignation, sondern die Einheit und Kampfentschlossenheit der Belegschaften sind der richtige Weg. Schreibt Resolutionen, sprecht mit den Gewerkschaftsführern oder ruft sie an und zwingt sie dazu, euch zu informieren.

Wir fordern von der Gewerkschaftsführung, uns über den Stand der Auseinandersetzungen zu informieren und die breite Masse der in der Gewerkschaft organisierten Kollegen in den Kampf einzubeziehen!

Nicht zuletzt liegt es jetzt an den Belegschaften, ob faule Kompromisse hinter verschlossenen Türen verhindert werden können!

HWA
Ortsgruppe Innsbruck

## Kilometergeld: ohne Einheit war nichts zu erreichen

Im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung ist das Kilometergeld für Dienstfahrten mit dem privaten PKW bis 1500 ccm mit 2,40,- und über 1500 ccm mit 3,00,- Schilling festgelegt worden. Eine Anhebung im Bundes-, Landes- und Gemeindebereich steht noch aus.

Es ist also vorerst gelungen, einen großen Teil der Kilometergeldbezieher mit geringen Zugeständnissen vom Kampf um die Erhöhung des Kilometergeldes abzuhalten. Gerade beim Telegraphendienst fährt z.B. der Entstördienst vorwiegend mit privaten PKWs. Bekamen jetzt alle 2,40,-pro Kilometer und forderten alle eine Erhöhung, ist jetzt die Teilung da.

Als die mit höherer Kubikanzahl eine Erhöhung forderten, gaben sich Teile der anderen Gruppe zufrieden. Jetzt ist das umgekehrt. **Abgesehen von dem geringen Betrag ist vor allem das Gerangel untereinander schädlich.**

Wenn wir es nicht lernen, auf Maßnahmen der Verwaltung mit unserer Einheit zu antworten, werden wir mehr verlieren als 60 Groschen.

H.Wö. Ortsgruppe Wien

# Antwort auf eine Stellungnahme der VRA zur Gründung

Die VRA hat in der "Volksmacht" Nr. 122 vier Monate nach der Gründung des KB Österreichs zu diesem Schritt Stellung genommen. Wir behalten uns vor, unsere Auffassungen zum Parteiaufbau in umfassender Weise positiv darzulegen, hier soll nur den wichtigsten Geschichtsfälschungen, Entstellungen, Lügen und falschen Auffassungen, wie sie in der "Volksmacht" Nr. 122 zum Ausdruck kommen, entgegengetreten werden.

**1.** Der KB Österreichs ist heute die bei weitem stärkste Kraft in der marxistisch-leninistischen Bewegung Österreichs. Er ist zugleich eine politisch sehr junge Organisation. Nicht nur, daß er selbst erst im August 1976 gegründet wurde. Seine Vorläuferorganisationen, die KBs und KGs in sechs Städten Österreichs, waren ebenfalls erst vor wenigen Jahren entstanden. Der KB Wien wurde Ende 1972 gegründet. Die Genossen, darunter einige Arbeiter und kleine Angestellte, die damals den KB Wien gründeten und aufbauten, hatten seit Ende 197o die MLS (Marxistisch-leninistische Studentenorganisation) aufgebaut. Zu dem Zeitpunkt, als sich diese Genossen, die teils aus der revisionistischen KPÖ, großteils aber aus der damaligen demokratischen Jugend- und Studentenbewegung kamen, dem Marxismus-Leninismus zuwandten und damit begannen, sich den Marxismus-Leninismus anzueignen, - zu diesem Zeitpunkt existierten bereits seit einigen Jahren MLPÖ und VRA, die aus Genossen bestanden, die sich 1963 von der KPÖ getrennt hatten. Man hätte erwarten können, daß diese Genossen mit langjähriger Erfahrung in der revolutionären Arbeit die Entwicklung der MLS und dann des KB Wien nachhaltig beeinflussen würden. Leider war das nicht der Fall. Ohne auf die Gründe im einzelnen einzugehen, muß man festhalten, daß weder MLPÖ noch VRA - trotz der bestehenden Kontakte - zu irgendeinem Zeitpunkt seit 197o einen ernsten Einfluß auf die Entwicklung des Teils der marxistisch-leninistischen Bewegung, der heute den KB Österreichs bildet, auszuüben vermochte. Hätte es damals eine Organisation gegeben, die auf der Höhe der Aufgaben der marxistisch-leninistischen Bewegung gestanden wäre, hätte sie zweifellos einen richtunggebenden Einfluß auf uns ausgeübt. Vieles an Fehlern und Umwegen wäre vermeidbar gewesen. Die marxistisch-leninistische Bewegung wäre heute schon ein beträchtliches Stück weiter. Aber MLPÖ und VRA waren dazu politisch nicht in der Lage.

**2.** So mußte sich der junge Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung, der heute den KB Österreichs bildet, seinen Weg allein bahnen. Es ist verständlich, daß wir unter diesen Umständen die Frage des Kampfes um die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung geringschätzten und von MLPÖ und VRA nichts hielten und sie "links liegen" liessen. Das war ein schwerer Fehler. Ende 1974 wurde dieser Fehler korrigiert. Was die VRA über diese Zeit schreibt ist eine schamlose Fälschung der Tatsache, um sich selbst als stets treibende Kraft in der richtigen Richtung und "die Führer" des heutigen KB Österreichs als damals bereits abgefeimte "Initiatoren einer Strömung gegen die Einheit" darzustellen, als Spalter, die "den Marxismus-Leninismus noch niemals praktiziert haben". "Aufgrund unseres Kampfes", heißt es in der 'Volksmacht', "ist es dazu gekommen, daß der Gedanke der Einheit zum bestimmenden Faktor geworden ist."

Im Sommer 1974 hatte die VRA den "Gedanken der Einheit" erstmals in ihrer Zeitung ausdrücklich propagiert. Dieser Gedanke sah so aus, daß die MLPÖ von vornherein ausgeschlossen sein sollte und daß sich die KBs und KGs der VRA unterordnen müßten. Stets wurde von der VRA betont, daß sich die Studenten im Klassenkampf der Arbeiterklasse unterordnen müßten - was richtig ist -, und daß dies konkret bedeute, daß wir uns "den revolutionären Arbeitern", der VRA, unterordnen müßten - was eine Anmaßung und falsch ist. Schon damals wurden die Beziehungen zu den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen von der VRA nicht korrekt betrachtet und behandelt. Nicht um den Kampf um die Einheit durch gleichberechtigte marxistisch-leninistische Organisationen ging es ihr, sondern bloß darum, in bornierter Weise für die eigene Organisation Nutzen zu ziehen. Um den jahrelangen Niedergang aufzuhalten setzte sie nicht auf eine richtige ideologische und politische Linie, auf den ideologischen Aufbau als Hauptkettenglied und die eigene politische Massenarbeit, sondern darauf, sich Teile der KBs und KGs "unter den Nagel zu reissen". Mit Gerede über die "Einheit" wurde das nur bemäntelt.

Natürlich konnte die VRA unter diesen Umständen kein Interesse an der Gründung und am Aufbau des KB Wien haben und hielt diesen Schritt für "unnütz". Ebenso mußte sie in der Folge größtes Interesse an der Aufrechterhaltung der Zersplitterung der KBs und KGs in sechs lokale Organisation haben. Allen Bestrebungen, diese Zersplitterung zu überwinden, und besonders den Vorbereitungen der Gründung des KB Österreichs ist sie entgegengetreten.

**3.** Obwohl wir mit dieser Politik konfrontiert waren, haben wir seit Herbst 1974 den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten entschieden geführt, dabei aber, - weil wir den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten ernst nehmen -, stets die Prinzipien "Klarheit geht vor Einheit" und "Einheit ist nur auf dem Boden von Klarheit möglich" befolgt. Wir haben die falschen Auffassungen der VRA dazu zurückgewiesen, uns aber nicht dadurch beirren lassen. Eine Initiative des KB Wien im Herbst 1974 hat die Verhältnisse in der marxistisch-leninistischen Bewegung in Fluß gebracht. Im Februar 1975 fand die "Salzburger Konferenz" statt. Gegenstand, Verlauf und Ergebnisse dieser Konferenz werden von der VRA verfälscht: "Auf der Salzburger Konferenz sind Beschlüsse gefaßt worden, die der Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten dienlich sein konnten. Nämlich solche Beschlüsse, durch gemeinsame Praxis und Diskussion der Meinungsverschiedenheiten den Boden zu schaffen für die Einheit. Wobei sich die damaligen offenen Meinungsverschiedenheiten vor allem auf die Frage der Gewerkschaft bezogen.

Es hat sich aber herausgestellt, daß aus den Meinungsverschiedenheiten, die wir als taktische bezeichnet haben, prinzipielle geworden sind. Wir betrachten es heute als feststehend, daß bereits in Salzburg mit der plötzlichen Auftischung einer Unmenge von 'Meinungsverschiedenheiten' die Strömung gegen die Einheit initiiert wurde." (Aus "Volksmacht" Nr. 122/76).

Im Gegensatz zur Wahrheit wird hier der Eindruck erweckt, wir hätten nur widerwillig an der "Salzburger Konferenz" teilgenommen und dort alles getan, um sie zu sabotieren. Die Wahrheit ist, daß diese Konferenz von uns - nicht von der VRA - initiiert und betrieben und daß nach der Konferenz ein hartnäckiger Kampf geführt wurde, um zu einem gemeinsamen Kommuniqué zu kommen. Die Wahrheit ist, daß von uns in einer schriftlichen Diskussionsgrundlage bereits vor der Konferenz die wichtigsten politischen Differenzen zur VRA festgehalten und dargelegt wurden, Differenzen, die nicht "plötzlich aufgetischt" wurden, sondern bereits seit längerem debattiert worden waren, Differenzen, deren Bestehen damals von der VRA anerkannt wurde. So heißt es im Kommuniqué: "2. Die Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten in einer demokratisch-zentralistischen Kampforganisation ist nur möglich auf dem Boden einer gemeinsamen Grundlage und einer gemeinsamen politischen Linie, einer gemeinsamen Strategie und Taktik.

Diesbezüglich wurde festgestellt, daß alle genannten Organisationen sich zu den Prinzipien des Marxismus, des Leninismus, der Maotsetungideen bekennen und diese auf die konkreten Verhältnisse in unserem Land anwenden wollen.

3. Als nächster Tagesordnungspunkt wurden einige wesentliche Meinungsverschiedenheiten über die politische Linie und über taktische Fragen angeschnitten: Z.B. über die Frage, welchen Platz der Kampf um die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit Österreichs im Klassenkampf des österreichischen Proletariats einnimmt; über die Gewerkschaftsfrage; über die Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den kleinen Bauern; über die Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten.

Es wurde von den Vertretern aller Gruppen die Dringlichkeit der Aufgabe anerkannt, diese und alle anderen Meinungsverschiedenheiten in ideologischen und politischen Fragen vor den Augen aller Interessierten öffentlich und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu behandeln."

**4.** Im Gefolge der "Salzburger Konferenz" hatte sich bis Ende 1975 die Situation geändert. Als Ergebnis einer Konferenz der KBs und KGs im Dezember 1975 wurde festgehalten, daß die "bedeutenden politisch-ideologischen Differenzen" zur VRA seit der "Salzburger Konferenz" klarer zutage getreten waren. Es heißt: "Die Überwindung der politisch-ideologischen Spaltung der Bewegung ist ein längerer komplizierterProzeß, im Verlauf dessen die richtige politisch-ideologische Linie herausgearbeitet und immer besser entwickelt wird und die Probe der Praxis besteht, in dem sich die Spreu vom Weizen trennen wird und alle wirklichen Marxisten-Leninisten ihre Meinungsverschiedenheiten überwinden können."

# des KB Österreichs

Im Aufbau der Partei besteht das nächste Ziel aller Marxisten-Leninisten unseres Landes. Es ist die Aufgabe und das Bestreben jedes Marxisten-Leninisten, nach Kräften dazu beizutragen. Daran werden die KBs gegenwärtig v.a. durch ihre Zirkelzersplitterung gehindert.

Die unmittelbare Orientierung auf die Auflösung der KBs in einer gesamtnationalen, demokratisch-zentralistischen kommunistischen Kampforganisation ist für uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt zum Hauptkettenglied geworden, um bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, am Parteiaufbau und an der Überwindung der politisch-ideologischen Spaltung arbeiten zu können. Immer drückender werden die Schranken der Zirkelverhältnisse für die KBs als Hemmnis und Beschränkung der Politik spürbar. Die Entwicklung des letzten Jahres und vor allem der letzten Monate haben zu einem stärkeren Zusammenrücken der KBs geführt, während die Differenzen zur VRA deutlicher hervorgetreten sind. Ideologische und politische Fortschritte, die nicht zuletzt auch Ergebnis einer trotz aller Unzulänglichkeiten fruchtbaren Debatte und Auseinandersetzung mit der VRA sind, haben günstigere Bedingungen für den Zusammenschluß der heute in den KBs organisierten Kräfte geschaffen. In dieser Situation gibt es keinen Grund mehr, nicht sofort auf die Gründung einer nationalen Organisation Kurs zu nehmen.

Die KBs beschließen daher, gemeinsam unverzüglich und zielstrebig auf die Gründung dieser Organisation Kurs zu nehmen...

Die zukünftige nationale Organisation wird jederzeit bereit sein, sich in eine umfassendere Einheit der Marxisten-Leninisten auf klarer und richtiger Grundlage aufzulösen. Insbesondere das Programm wird als Vorschlag an alle Marxisten-Leninisten gerichtet und bleibt auch nach der Gründung der nationalen Organisation als solcher aufrecht."

Auch im ersten Halbjahr 1976, in dem die Gründung des KB Österreichs vorbereitet wurde, wurde von unserer Seite der Kampf um die Einheit der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung auf richtiger politischer und ideologischer Grundlage fortgesetzt. Die VRA dagegen nahm eine immer feindseligere, sektiererischere und borniertere Haltung ein, intrigierte gegen uns und ging zugleich jeder offenen politisch-ideologischen Auseinandersetzung aus dem Weg.

**5.** Inzwischen ist die VRA vollends auf das Niveau prinzipien- und würdeloser Wühlarbeit gegen unsere Organisation herabgesunken (siehe "Kommunist" Nr. 2/November 76, S. 73 f.). Diese Politik findet in dem Artikel in der "Volksmacht" ihre Rechtfertigung. Die Gründung des KB Österreichs wird als "vollzogene Spaltung der revolutionären Bewegung" verleumdet.

Es ist lächerlich, die Gründung unserer Organisation als "Spaltung" zu bezeichnen und damit vertuschen zu wollen, daß die marxistisch-leninistische Bewegung vorher wie heute vor allem in politisch-ideologischer Hinsicht in verschiedene Richtungen gespalten ist.

Angesichts dieser Tatsache ist es in Wahrheit so, daß die Gründung des KB Österreichs bessere Bedingungen für den Kampf um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der Arbeiterklasse schafft, weil sie bessere Bedingungen für die Entwicklung der politisch-ideologischen Linie der Marxisten-Leninisten in Österreich, für die Verbindung mit den Massen und für den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten auf der Grundlage von Klarheit schafft.

Wir gehen davon aus, "daß die marxistisch-leninistische Bewegung in Österreich heute in drei Organisationen gespalten ist, in MLPÖ, VRA und den KB Österreichs. Wir betrachten die MLPÖ und die VRA als marxistisch-leninistische Organisationen. Wir kämpfen für die Einheit aller Marxisten-Leninisten auf richtiger Grundlage. Wir sind der Meinung, daß dieser Kampf eine wichtige Seite im Kampf um den Aufbau der Partei ist - ebenso wie der Aufbau unserer eigenen Organisation. Natürlich gibt es Tendenzen der Organisationsborniertheit bei uns. Man sieht nur die eigene Organisation. Man stellt sich den Parteiaufbau bloß als Aufbau der eigenen Organisation vor. Man ignoriert MLPÖ und VRA. Man 'vergißt' oder vernachlässigt den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten. Solche Tendenzen werden in unserer Organisation bekämpft. Wir treten dafür ein, daß alle drei marxistisch-leninistischen Organisationen sich gegenseitig als solche und damit die Existenz der marxistisch-leninistischen Bewegung anzuerkennen. Wir treten für offene und ehrliche Beziehungen ein. Wir meinen, daß sich die Marxisten-Leninisten in Österreich unbedingt an die Worte des Genossen Mao Tsetung halten sollten: 'Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen'. Wir suchen nicht 'Konfrontation', wir streben nicht die 'Entlarvung' anderer marxistisch-leninistischer Organisationen an, wir halten nichts von organisationsegoistischer Selbstgefälligkeit, Überheblichkeit und Abkapselung. Wir meinen, daß jeder, der so handelt, nicht nur der Sache des Kommunismus Schaden zufügt, sondern auch sich selbst." ("Kommunist" Nr. 2/November 76, S. 38 f.)

Die "Volksmacht" spricht eine ganz andere Sprache: "In diesem Kampf zwischen der richtigen marxistisch-leninistischen Linie und der falschen bürgerlich-revisionistischen Linie haben wir festgestellt, daß auf der Seite der KBs eine große Zahl von Genossen ehrlich den Marxismus-Leninismus praktizieren will, daß aber diese Genossen ... Leuten folgen, die zwar revolutionäre Worte im Mund führen, den Marxismus-Leninismus aber noch niemals praktiziert haben. Dementsprechend unmarxistisch und durch und durch bürgerlich-revisionistisch sind die jetzt beschlossenen 'Programme' und 'Richtlinien'.

Es geht jetzt um die Weiterführung des Kampfes um die Einheit der wirklichen Marxisten-Leninisten. Die Richtlinie Mao Tsetungs 'Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren' weist dafür den Weg. Den Weg des Kampfes aller jener, die den Marxismus praktizieren wollen gegen die Kräfte, welche bis zur letzten Konsequenz den Weg des Revisionismus und Opportunismus zu Ende gehen werden."

Diese Passage wirft ein bezeichnendes Licht auf die Politik der VRA. Kein Wort einer konkreten Kritik an unserem Programm und an den Gründungsdokumenten hat die VRA noch über die Lippen gebracht. Mit allen Mitteln geht sie vielmehr jeder ideologischen Auseinandersetzung aus dem Weg. An die Stelle einer solchen Auseinandersetzung zwischen den Marxisten-Leninisten tritt die bürgerliche Methode der Wühlarbeit, der Verschwörungen und Ränke, des Versuchs der Aufwiegelung der Mitglieder gegen die führenden Organe unserer Organisation. Es ist kein Wunder, daß die VRA das Wort Mao Tsetungs - früher von ihr selbst oft im Mund geführt - verkürzen muß, damit es ihr nicht die Schamröte ins Gesicht treibt.

Was uns betrifft, werden wir uns durch die schädliche Politik der VRA nicht davon abhalten lassen, den folgenden Satz unseres Programms zu unserem Leitsatz zu machen: "Die Kommunisten stehen vor der Aufgabe, ihre Spaltung zu überwinden, sich mit den Massen zu verbinden und eine neue kommunistische Partei der Arbeiterklasse aufzubauen." (S. 5) W.L.

## »Eumig Prozess« gegen Martin Auer

# Berufung zurückgewiesen - Urteil bestätigt
# Spendet gegen die Klassenjustiz!

Montag, den 6.12.1976 fand mit der Berufungsverhandlung im Wiener Oberlandesgericht ein Prozeß seinen Abschluß, der in seinem Verlauf mit aller Deutlichkeit die Rolle der bürgerlichen Justiz als direkter Diener der Kapitalistenklasse offenlegte. Schon der Richter des Erstgerichts hatte das in seiner mündlichen Urteilsbegründung durch folgenden Satz zum Ausdruck gebracht: "Es ist die Absicht dieses Urteils den Arbeitskampf einzuschränken."

Bei der Berufungsverhandlung wurde das Urteil des Erstgerichts bestätigt. Mit der Begründung: "Auch der freien Meinungsäußerung sind Grenzen gesetzt."

Der Angeklagte, Martin Auer, wurde zu einer Geldstrafe von 60 Tagessätzen zu 50,- verurteilt sowie zu 3.000,- Geldbuße an die beiden Besitzer der Firma Eumig und zur Bezahlung der Prozeßkosten und der Honorare des Kapitalistenanwalts (ungefähr 15.000,- S.).

Der Grund: Martin Auer hätte die Ehre der Eumig-Kapitalisten verletzt (§111 StGB - "Üble Nachrede"). Wodurch? Er zeichnete verantwortlich für den Abdruck eines Artikels aus der Eumig-Betriebszeitung des ehemaligen Kommunistischen Bundes Wien, "die rote lupe", im Theaterprogramm der "Komödianten". Der Artikel griff Akkord- und Schichtarbeit als Methoden der Ausbeutung an, die bei Eumig wie in vielen anderen Betrieben auch verwendet werden. Er zeigte die gesundheitlichen Auswirkungen der Arbeitshetze, sowie der gesamten Arbeitsbedingungen auf und er forderte die Arbeiter auf, den Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und "für ein Gesundheitswesen in die Hände der Arbeiter" aufzunehmen.

Wie richtig all das ist, haben die Eumig-Arbeiter gerade in den letzten Wochen erfahren: Im Werk Wien wurde mit einer Welle von Neustoppungen begonnen, die Arbeitshetze weiter gesteigert. Die Frauen kommen vielfach nicht einmal mehr auf die Vorgaben im Akkord hin, wer noch Prozente machen will, kann nicht einmal mehr aufs Klo gehen. Zwei schwere Arbeitsunfälle im letzten Monat im Werk Wien; Kündigung aller, die nicht mehr imstande sind, die geforderte Leistung zu erbringen. Das sind die Tatsachen. Die Tatsachen hatte Martin Auer durch eine Beweisschrift und zwei Zeugen unumstößlich festgehalten. Das Gericht zimmerte sich ein eigenes Beweisthema zurecht: Es gehe darum nachzuweisen, daß die Eumig-Kapitalisten "bewußt und vorsätzlich" die Gesundheit der Arbeiter ruiniert hätten, daß sie als besonder "asoziale" Kapitalisten wären. Der Artikel bezog sich aber gerade auf die kapitalistische Gesellschaft als ganzes und ihre Praktiken und die Eumig-Kapitalisten wurden gerade als typische Vertreter ihrer Klasse dargestellt. Im weiteren vernahm das Gericht einen der Zeugen von M.Auer nicht vollständig ein und erklärte die andere Zeugin als ideologisch befangen und daher nicht maßgebend.

Die Berufungsverhandlung ein Jahr nach dem Urteil des Erstgerichts war nur noch Farce. Das Urteil war den drei Richtern offensichtlich längst klar. Es mußte bestätigen: Martin Auer ist schuldig, der Kapitalismus besteht zurecht. Es mußte so lauten, sonst hätte sich jedes bürgerliche Gericht von vorneherein ad absurdum geführt.

Man hatte während der Verhandlung den Eindruck, die drei Richter hätten am liebsten den Nachmittagsschlaf schon um elf Uhr vormittags begonnen. Der Verteidiger M. Auers, der übrigens den Prozeß kostenlos führte, wurde nur mit langweiligen Gesichtern bedacht. Dann sprach der Anwalt der Kapitalisten: "Es handelt sich um eine Beleidigung schwerster Art".."Noch haben wir eine Rechtsordnung und wir werden uns bemühen, sie aufrecht zu erhalten.".. Zuletzt kommt Martin Auer selbst zu Wort: In seiner Schlußrede verurteilt er Kapitalismus und bürgerliches Gericht:

*"Den Kapitalismus allgemein anzuprangern, dazu besteht das Recht. Solange alles nur Theorie bleibt, solange kann die bürgerliche Demokratie Kritik zulassen. Dort wo aber diese Theorie in die Praxis umgesetzt wird - indem Arbeiter zum Beispiel 'ihre eigenen' Kapitalisten anprangern - dort sagt die bürgerliche Demokratie halt: 'Hier beginnt die uneingeschränkte Privatsphäre des Kapitals'.* Weiter sagte M. Auer: *"Es ergibt sich: dieses Urteil ist ein Urteil der politischen Klassenjustiz, dieses Urteil dient keinem anderen Zweck, als die Interessen der Kapitalisten zu verteidigen und die Interessen der Arbeiterklasse zu bekämpfen."*

Der Urteilsspruch des Zweitgerichts, den dieses nachdem es sich 10 Minuten zurückgezogen hatte, fällte, war eine volle Bestätigung der Rede M. Auers.

M.Auer muß nun ungefähr 20.000 Schilling aufbringen. Er wird sich in einer Erklärung an die Öffentlichkeit wenden und die Bevölkerung auffordern, ihn mit einer Spendensammlung zu unterstützen. Der Kommunistische Bund Österreichs unterstützt diese Spendensammlung. Damit soll nicht nur das nötige Geld aufgebracht werden, sondern es soll auch durch jeden Schilling, der gegen dieses Urteil gespendet wird, die Feindschaft mit der bürgerlichen Justiz, die durch solche Urteile die Ausbeuterordnung schützt, zum Ausdruck gebracht und gefördert werden.

b.b. Zelle Eumig
Ortsgruppe Wien

## Pädagogische Akademie, Wien:

# Abfuhr für Stadtschulratspräsident Schnell

Am 25.11. kam Stadtschulratpräsident Schnell an die Pädagogische Akademie, um zum Thema Lehrerstop Stellung zu nehmen.

Der Hörsaal war zum Bersten voll, es hatten sich ca.5oo Studenten eingefunden.

Schnell versuchte zuerst, die Studenten zu verwirren, indem er sie mit Zahlenmaterial bombardierte und beteuerte, er tue sein möglichstes, aber es gehe halt nicht anders und so schlecht sei es gar nicht im Schulwesen.

Das Komitee gegen den Lehrerstop richtete folgende 4 Forderungen an Schnell und verlangte eine Stellungnahme zu ihnen.

1. Einstellung aller Lehrer,
2. Keine Studienverschärfungen,
3. Keine Diskriminierung der Frau im Schulwesen,
4. Weg mit dem Sparerlaß im Bildungswesen.

Schnell sagte ganz offen: "Derzeit sieht es mit Anstellungen schlecht aus, günstiger ist es nach 198o, da gehen mehr Lehrer in Pension."

Er brachte viel Zahlenmaterial über Schülerzahlen und eingestellte Lehrer, aber gegen die Tatsache, daß die Klassenschülerzahlen in nächster Zeit ansteigen würden, konnte er nichts einwenden.

Auch dagegen nicht, daß an 6% aller Volksschulen und 7% der Hauptschulen die Klassenschülerhöchstzahl von 36 überschritten wird, daß die Lehrer bis zum Geht-nicht-mehr Überstunden machen müssen, daß es viel zu wenig Supplierreserven gibt. Noch viel Faktenmaterial über die katastrophale Situation wurde von den Studenten aufgeworfen.

Das Komitee gegen den Lehrerstop hatte in den 2 Monaten seiner Existenz breite Aufklärungsarbeit unter den Studenten durchgeführt, so daß es keinen Studenten im Sall gab, der sich durch Schnell verwirren ließ.

Schnell sah sich so in die Enge getrieben, daß er schließlich versuchte, die berechtigten Forderungen der Lehrer als gar nicht so wichtig hinzustellen, und gegen die Forderungen der Fohnsdorfer Bergarbeiter auszuspielen. "Die haben mehr Anspruch auf einen Arbeitsplatz, weil sie schon 25 Jahre lang in die Grube fahren."

Empört wiesen die Studenten diesen Spaltungsversuch zurück: "Es ist im Interesse der Fohnsdorfer Bergarbeiter, daß sich die Ausbildungssituation ihrer Kinder nicht verschlechtert, indem keine Lehrer eingestellt werden!"

Ein Kollege zeigte deutlich, daß weder im Fall der Auflassung des Bergwerkes Fohnsdorf Interessen der Arbeiter und des Volkes im Vordergrund stehen, noch bei den Einsparungsmaßnahmen in der Bildungspolitik. Die Kollegen applaudierten begeistert. Schnell blieb nichts mehr übrig, als zu sagen: "Ja, wir leben eben in einem kapitalistischen Staat, und da ist es nicht anders!" Was ihm empörte Buhrufe vieler Studenten eintrug.

Eines ist sicher: Schnell gelang es in diesen 2 Stunden sehr wirkungsvoll, vielen Studenten Illusionen darüber auszutreiben, daß er bereit ist, die Forderung nach Einstellung aller Lehrer und die anderen Forderungen zu unterstützen.

Nein, die Erfüllung unserer Forderungen müssen wir uns selber erkämpfen.

E.B.
Marx.Leninist.Studenten/Wien

## Wien-Landstraße

# Staribacher erhält eine Abfuhr

"Nur so erfahren wir, was das Volk wirklich denkt", damit begründete Minister Staribacher, warum er am 9.11. in der Halle des Bahnhofs Landstraße eine "Fragestunde" abhielt. Die Meinung des Volkes bekam er zu hören, aber anders als er dachte. Ca. 150 Menschen hatten sich versammelt, und etliche von ihnen ergriffen die Gelegenheit, ihrer Empörung über die massiven Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates auf die Werktätigen Ausdruck zu verleihen. Als wir dazu kamen, schilderten gerade einige, wie sie selbst vom Reallohnabbau betroffen sind und entlarvten so das Gerede von Regierung und Gewerkschaftsspitze, daß es uns allen immer besser geht. Staribacher versuchte in penetranter Weise, jeden dieser Menschen als Einzelfall, sozusagen als Fall für die Sozialfürsorge hinzustellen. Einem Genossen gelang es, nachzuweisen, daß der Reallohnabbau allgemein ist und nicht nur einzelne trifft, daß es nur eine Taktik der Regierung ist, die Dinge so darzustellen, um damit zu verhindern, daß sich die Werktätigen zusammenschließen und gemeinsam für ihre Interessen eintreten.

Je länger debattiert wurde, umso wütender und aggressiver wurden die anwesenden Menschen auf die Regierung. Staribacher kam mit seinen Behauptungen zunehmend in Beweisnotstand. So meinte zum Beispiel ein Arbeiter: "Ich mache 15 Überstunden in der Woche. Davon nimmt mir der Staat einen Großteil über die Lohnsteuer wieder ab". Darauf Staribacher, um von der Steuerpolitik der Regierung abzulenken: "Sind wir doch froh, daß wir wieder Überstunden machen können". Der Arbeiter antwortete empört: "Ich muß doch nur deshalb Überstunden machen, weil der Lohn sonst nicht ausreicht!" Ein Genosse ging dann auf die Steuerpolitik der Regierung ein. Anhand des Budgetvorschlages deckte er auf, daß die werktätigen Massen zunehmend mehr für die Ausgaben des Staates aufkommen müssen, während die Kapitalisten immer weniger zahlen. Insbesondere wies der Genosse darauf hin, daß die Einnahmen aus der Lohnsteuer gegenüber 1976 um 27,3 % steigen, während die Steuern, die die Kapitalisten zahlen, um 12 % sinken werden. Um sich bei diesen Zahlen nicht zu irren, zitierte der Genosse aus dem "Klassenkampf".

Diesen Tatsachen hatte Staribacher nichts entgegenzusetzen, statt dessen startete er den Versuch, uns von den Massen zu isolieren, indem er geringschätzig sagte: "Aha, aus dem 'Klassenkampf' beziehen sie Ihre Weisheiten." Damit fiel er aber kläglich auf die Nase, denn die Leute setzten sich dafür ein, daß der Genosse weiterreden konnte und riefen: "Ausreden lassen!" "Weiter, sehr richtig!" "Zeig's ihm nur!"

Am Schluß der Ausführungen des Genossen gab es allgemeine Zustimmung zu den Enthüllungen und Pfiffe für Staribacher. Weiters konnten wir auch nachweisen, daß die Gelder, die den Unternehmern zur "Arbeitsplatzsicherung" in den Rachen geworfen werden, keineswegs diesem Zweck dienen, sondern im Gegenteil gerade dadurch eine Menge Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Schließlich griff jemand die Regierungspartei als Partei der Unternehmer heftig an: "Der SP gehören ja selbst die größten Betriebe, oder sie hat wenigstens ihre Finger drin!" Staribacher: "Der Regierungspartei gehört kein einziges Unternehmen." - Schallendes Gelächter. Darauf Staribacher gereizt: "Lachen Sie nicht, ich kann Ihnen das beweisen." Nochmals schallendes Gelächter. Staribacher verwirrt: "Aber bitte, meine Damen und Herren.... aber bitte.... bitte, bewahren wir doch einen sachlichen Diskussionsstil.... aber bitte.... (ca. 2 Minuten).... bitte meine Herren.... bitte...."

Nachdem also die SP als Unternehmerpartei feststand, konnte es nicht ausbleiben, daß die Rede auf die Einkommen der höheren SP-Funktionäre kam. "Wieviel Posten die gleichzeitig haben, von jedem -zig Tausender im Monat!" "Besonders der Gratz und der Sekanina!" Staribacher: "Als Präsident des Fußballverbandes bekommt der Sekanina nichts. Und Gratz bekommt nur sein Gehalt als Bürgermeister."

- "Glaub ich nicht, und ist auch das schon mehr als genug!" - Der Herr Minister: "Wir zahlen auch Steuern. Es stimmt, daß wir alle mehrere Ämter haben, aber Gehalt beziehen wir nur von einem. Alles andere führen wir ab." - "Das ist doch nicht wahr!". - Und wieder kam Staribacher auf den (für ihn recht unseligen) Einfall, das "beweisen" zu wollen: "Ich kann Ihnen meinen Lohnzettel zeigen." Diesen Anblick wollte sich niemand entgehen lassen, der Minister wurde stürmisch dazu aufgefordert. Dann konnte es jeder sehen: 76.000,- sein Ministergehalt. "Was, soviel verdiene ich nicht das ganze Jahr!" Die Stimmung der Versammelten war auf dem Siedepunkt.

Nach dieser Einlage hatte es der Herr Minister Staribacher plötzlich recht eilig. Mit der selbstkritischen Bemerkung, heute sei er bei der Debatte ziemlich eingefahren, machte er sich auf und davon. Wir diskutierten noch eineinhalb Stunden lang mit etlichen der Kundgebungsteilnehmer.

H.E,/P.H.
MLS- Wien/Zelle Architektur

## Koralpe-Steiermark
# Schweigepflicht für die Arbeiter des Großradarprojektes

Über die direkte Zusammenarbeit Österreichs mit der NATO wird in der Öffentlichkeit wenig geredet. Das hat seinen Grund. "Diese Anlagen werden nicht für Österreich, sondern für das westliche Europa gebaut", sagte mir kürzlich ein Arbeiter, der bei dem Projekt eine Zeit lang beschäftigt war. Daß auch ausländische "Experten" dabei sind, ließ er durchblicken. Aber auf meine Ansicht, man müsse dieses Zusammenspiel Österreichs mit der NATO aufdecken, denn es bringt Österreich in größere Abhängigkeit und bedeutet imperialistische Kriegsvorbereitung, winkte er ab: Ich hätte schon recht, aber er dürfe nichts Genaueres sagen, z.B. wer alles da oben auf der Koralm versammelt war, weil er sich mit einem Eid auf die Republik Österreich zum Schweigen habe verpflichten müssen.

Spionagegefahr sei der Grund. Nun, erstens kann aber ein einfacher Arbeiter sowieso nicht an diejenigen Sachen heran, die für die UdSSR-Spionage interessant wären; und daß es das Projekt gibt, ist schon längst bekannt.

Die Schweigepflicht hat also nur den Zweck, daß das Volk nicht so schnell dahinterkommt, was da gespielt wird. Die österreichische Kapitalistenklasse hat allen Grund, die Entlarvung ihrer Kriegsvorbereitungen und ihres Ausverkaufs der Souveränität des Landes unter Strafe zu stellen. Sie muß fürchten, daß sie ihre imperialistischen Pläne nicht ohne weiteres wird durchführen können, wenn diese offengelegt sind.

G.M.Ortsgruppe Graz

# Überall in der Steiermark überfüllte Klassen und Unterrichtsausfall

Vor ein paar Wochen veranstaltete die ÖVP-nahe Studentengruppe ÖSU in Graz eine Podiumsdiskussion zum Thema Lehrerstop, dabei kamen Tatsachen und Ansichten ans Licht, über die es wert ist, zu berichten:

+ An den AHS der Steiermark gibt es zur Zeit 111 Klassen, die die Klassenschülerhöchstzahl 36 übertreffen. Das gab der Direktor des Keplergymnasiums, Zimmermann, zugleich Mitglied des Zentralausschusses der Lehrerpersonalvertretung, im Laufe der Veranstaltung zu.
+ Der Sparerlaß des Unterrichtsministeriums führte an den meisten Schulen zur rigorosen Streichung von Freigegenständen und bei einer Reihe von Schulen zum Ausfall von Pflichtgegenständen - das konnte der Amtsdirektor des Landesschulrates für Steiermark, Scheiber (ÖVP) nicht widerlegen.
+ In der Steiermark wurden bekanntlich 160 Sondervertragslehrer gekündigt. Das aber, so Scheiber, habe mit dem Lehrerstop nichts zu tun, denn es wurden dafür ja sowieso 107 geprüfte Lehrer eingestellt.
+ Eine unerhörte Frechheit leistete sich der ÖVP- Mann Scheiber. Auf die Frage einer Kollegin, wie die Chancen für geprüfte Lehrer im nächsten Schuljahr sein werden, eine Anstellung zu bekommen, antwortete Landesschulrat-Amtsdirektor Scheiber: "Ach, da brauchen Sie sich wirklich keine Sorgen zu machen. Wir haben noch über 200 Sondervertragslehrer, die wir abbauen können."

Nach einem Bericht von K.W./Ortsgruppe Graz

# Mattersburg/Burgenland 100 im Turnsaal

Von der angeblichen Entspannung der Raumnot spürt das Bundesgymnasium Mattersburg/Bgld. nichts. Im Gebäude war früher die Lehrerbildungsanstalt mit 5 Klassen untergebracht. Jetzt suchen 33 Klassen mit 900 Schülern darin Platz. Eine Blüte der Zustände ist eine 5. Klasse mit 50 Schülern. Natürlich gibt es Wanderklassen, d.h. sie haben kein Klassenzimmer, sondern gehen jede Stunde in ein Zimmer, dessen Klasse gerade Turnen, Musik oder Physik hat. Im Turnsaal "turnen" bis zu 100 Schüler gleichzeitig. Sind einmal unglückseligerweise ein oder 2 Turnlehrer krank, wissen die Wanderklassen nicht, wohin. Der Pausenraum ist zu 2 Klassen gemacht worden. Die Trennwand hält nicht einmal das Geräusch einer fallenden Stecknadel ab. Lehrmittel stehen im Keller, die dafür vorgesehenen Kammerl sind Klassenzimmer. L.G.

## Die Spitäler dürfen nicht auf Kosten der Werktätigen saniert

# Weder Gesundheitssteuer

Seit über einem Jahr sind die Zeitungen voll von besorgniserregenden Artikeln über die "Kostenexplosion" bei den Spitälern.

"Untragbare Defizite in den Krankenanstalten", "Krankenanstalten stehen vor dem Finanzinfarkt", "Medizinisch Nötiges kann nicht mehr finanziert werden" usw. lauten die Überschriften.

Tatsächlich nimmt die defizitäre Entwicklung der Spitäler jährlich zu: Während die Krankenanstalten 1975 ein Defizit von 2,7 Mrd. S aufwiesen, werden für das heurige Jahr über 4 Mrd. erwartet, wovon alleine die Wiener Spitäler einen Betriebsabgang von 3,2 Mrd. aufweisen werden. ("Die Versicherungsrundschau" 3/76, "Weg und Ziel" 10/76, "Volksstimme", 24.10.76)

Die Statistiken der letzten Jahre zeigen klar, daß sich der Gesundheitszustand der Lohnabhängigen ständig verschlechtert.

Einerseits wird versucht, die Lohnabhängigen immer schneller und notdürftiger zusammenzuflicken, andererseits werden immer mehr und immer häufiger Patienten in Spitäler eingewiesen. Das zeigt der Bettenbericht der Krankenanstalten, der ausweist, daß zwar aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen die durchschnittliche Verweildauer pro Patient von 21,47 Tagen auf 20,90 Tage gedrückt werden konnte, jedoch die absolute Anzahl der Verpflegstage, das ist die Summe der Tage, die die Patienten insgesamt in den Spitälern verbringen, von 25 970 000 Tagen (1972) auf 26 810 000 Tage (1974) angestiegen ist.

Auch die Todesursachenstatistik zeigt, wie es um den Gesundheitszustand der Lohnabhängigen bestellt ist:

Der "normale Alterungstod" nimmt immer mehr ab, während der Tod verursacht durch Krankheiten, ständig zunimmt.

Österreich liegt bei der Häufigkeit des Todes, der durch Krankheiten des Herzens, des Kreislaufes, durch Neubildung von bösartigen Geschwüren und durch Magenkrebs verursacht wird, an erster Stelle, bei den Todesursachen Lungenkrebs, Leberzirrhose und Erkrankung der Verdauungsorgane an zweiter bzw. dritter Stelle in Westeuropa.

Trotz dem Ansteigen der schweren Krankheiten und der Verpflegstage nimmt aber die durchschnittliche Krankenstandsdauer pro Lohnabhängigen fortwährend ab. Von 21 Tagen im Jahr 1955 über 18,6 (1965) auf 17,3 im Jahr 1974 ("Kurier", 29.2.76 "Sind wir zu Strebern geworden?")

Wie dieses Absinken zu verstehen ist, drückt der "Kurier" im erwähnten Artikel auf zynische Weise so aus:

"Es ist ganz einfach so: Wenn in einer Firma ein Buchhalter allein arbeitet, dann wird er ins Geschäft kommen, wenn es ihm schlecht geht. Er weiß, die Arbeit wartet auf ihn, niemand nimmt sie ihm ab. Das geht natürlich auf Kosten der Gesundheit. Wenn dort schon zwei Buchhalter sitzen, dann ist es leichter. Dann wird der Kranke sich auskurieren, weil der andere einspringt". Es ist also der Druck auf ihrem Arbeitsplatz, der der Grund dafür ist, warum die Lohnabhängigen heute immer wieder Krankheiten zu unterdrücken versuchen, mit sich herumschleppen und es oft erst dann wagen, die Krankheit im Krankenstand auskurieren zu lassen, wenn ihnen gar nichts anderes mehr übrig bleibt, weil aus einer leichten eine schwere Krankheit geworden ist und sie bereits völlig arbeitsunfähig sind.

### Die kapitalistische Ausbeutung ist eine stetige Bedrohung der Gesundheit der Werktätigen!

So ist es kein Wunder, daß sich der Gesundheitszustand der Werktätigen ständig verschlechtert. Die wichtigsten Grundlagen dafür, wie Akkord-Nacht- und Schichtarbeit, sind ja keineswegs verschwunden, sondern werden von den Kapitalisten ständig ausgeweitet und in ganzen Produktionszweigen neu eingeführt. Der steigende Lohndruck zwingt die Arbeiterfamilien, sich weiter einzuschränken, schlechtere Lebensmittel zu kaufen, an teurer Kindernahrung zu sparen, was die Wiederherstellung der Arbeits-und Lebenskraft stört.

Der stetige Drang des Kapitals, den Anteil, den die unbezahlte Mehrarbeit für die Kapitalisten am Arbeitstag hat, ständig auszuweiten, muß notwendig zu einer Verelendung der Arbeiterklasse, zu ihrer körperlichen und geistigen Degeneration führen. Kein Wunder, daß die Spitalskosten "explodieren".

So gibt es also vermehrte Ansprüche an das Gesundheitswesen, die die Bourgeoisie nun dazu ausnutzen will, die Werktätigen für die Beseitigung der Spitalsdefizite aufkommen zu lassen. Seit über einem Jahr führen "Experten" eine Diskussion, wie man am besten neue Einnahmequellen aus den Taschen der Werktätigen erschließt.

### Die Lohnabhängigen blechen in zweifacher Weise für die Spitäler

Heute befinden sich rund 60 % der insgesamt etwa 75.000 systematisierten Spitalsbetten in der Rechtsträgerschaft der Bundesländer, 17 % in der von Gemeinden, bzw. Gemeindeverbänden, 13 % entfallen auf religiöse Orden. Der Rest (10 %) ist in der Hand von privaten Trägern, wozu vor allem die Sozialversicherung zählt.

Die Werktätigen blechen heute in zweifacher Weise für die Spitäler.

Den einen Teil durch Steuern an Bund, Länder und Gemeinden. Für die Finanzierung der Spitäler hat der Staat (entsprechend Art.12 der Verfassung und dem Krankenanstaltengesetz) die Bundesländer verantwortlich gemacht. Für einen Teil des Betriebsabganges (das ist der durch Einnahmen nicht gedeckte Rest von den Betriebs- und Erhaltungskosten der Spitäler) kommt der Bund auf.

Der andere Teil wird den Lohnabhängigen als Sozialversicherungsbeitrag direkt vom Lohn abgezogen, an die Krankenkassen überwiesen und von denen für die Bezahlung der Spitalsleistungen verwendet.

### Der Staat zahlt immer weniger, die Krankenkassen immer mehr

Während aber die Leistungen des Staates für das Gesundheitswesen ständig relativ abnehmen (die Zahlungen der Länder sind von 13,42 % ihres Gesamtbudgets (1965) auf 11,23 % (1974) gesunken, die Zweckzuschüsse des Bundes sind sogar absolut von 988 Mio. S. (1974) auf 250 Mio. (Voranschlag für 1976) gesunken), müssen die Sozialversicherungsträger von Jahr zu Jahr sowohl absolut als auch relativ höhere Beiträge für die Spitalspflege aufwenden. Während es 1960 noch 18 % ihrer Beitragseinnahmen waren, betrug der Anteil 1975 bereits 25 %. Derzeit tragen die Krankenkassen durchschnittlich schon an die 50 % der gesamten Spitalskosten. (Angaben aus "Soziale Sicherheit" 2,7/8, 9-76, AZ vom 14.11.75, Wiener Zeitung vom 24.10.76).

Das immer stärkere Engagement der Krankenkassen an den Spitälern führt dazu, daß für heuer ein Defizit der Krankenkassen von etwa 600 Mio. S erwartet wird. Insgesamt läßt sich also sagen, daß der bürgerliche Staat im Gesundheitswesen immer mehr Einschränkungen getroffen hat, während die Aufrechterhaltung des Spitalbetriebs bis jetzt nur durch eine immer stärkere Beteiligung der Krankenkassen überhaupt möglich war.

### Die SP-Regierung plant eine neue Gesundheitssteuer

Die SP-Regierung hat sich vorgenommen, das Finanzierungsproblem der Spitäler spätestens bis 1977 auf ihre Weise zu lösen. Sie nimmt dabei eindeutig Kurs auf eine Erhöhung der indirekten Steuern, da dies für den bürgerlichen Staat aus mehreren Gründen vorteilhafter ist, als die andere "im Gespräch befindliche" Möglichkeit der Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge. Warum?

1. Eine Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge führt zu einer direkten Senkung des Nettolohnes. Außerdem wäre es nötig, den Krankenkassenanteil an der Spitalsfinanzierung gewaltig zu erhöhen, um die durch Beitragserhöhung freiwerdenden Mittel direkt für die Spitäler verwenden zu können.

Aus beiden Gründen bahnen sich für den Fall einer Beitragserhöhung massive Proteste der organisierten Arbeiterschaft an, wie das ÖGB-Stellungnahmen bereits erkennen lassen und die SP-Regierung will Auseinandersetzungen mit den Arbeitern natürlich aus dem Wege gehen.

2. Eine Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge erhöht den steuerfreien Anteil der Löhne und Gehälter und führt so für den Staat zu Lohnsteuerverlusten.

3. Vor allem aber kann der Staat über die Sozialversicherungsbeiträge nicht so frei verfügen wie etwa seinerzeit beim berüchtigten "Gesundheitsschilling", von dem kein Groschen in die Spitalsfinanzierung geflossen sein soll.

Andere Maßnahmen sind jedoch schon so gut wie beschlossene Sache:

Weitere Rationalisierungen beim Spitalspersonal, Druck auf den Lohn der etwa 40.000 Beschäftigten im Spitalsdienst und Reduzierung der Zahl der Spitalsbetten.

## werden! Das Gesundheitswesen muß dem Staat entrissen werden!

# noch Beitragserhöhung!

Ausser Steuererhöhung und Beitragserhöhung sind natürlich auch noch andere Vorschläge gefallen, wie etwa der berüchtigte Selbstbehalt. Das wäre natürlich in vieler Hinsicht das Einfachste. Auch dagegen haben aber die Gewerkschaften bereits vehement Stellung genommen und diese Art der Konfrontation entspräche auch nicht der Reformpolitik der SP, die mit ihren reaktionären Reformen stets geschickt versucht an den berechtigten Wünschen und Bedürfnissen der Massen anzusetzen.

Ärztekammerpräsident Piaty drohte mit der Forderung nach Auflösung der Sozialversicherung, sollten diese Maßnahmen nicht durchgeführt und die Sozialversicherung verstärkt belastet werden: Wenn der Hauptverband nur für 30 bis 40 % der Krankenhausfinanzierung aufkommen will, dann ist es besser, wir lösen ihn auf". ("Kurier", 27.10.76)

In Niederösterreich hat der Landtag beschlossen, daß der Anteil an den Spitalskosten, für den die Sozialversicherung aufzukommen hat, von 60 auf 80 % erhöht wird, was für die Kassen nur durch eine Beitragserhöhung zu verkraften wäre. Sowohl die Organe der Sozialversicherung als auch die Niederösterreichische Betriebsrätekonferenz der Gewerkschaft Handel, Transport und Verkehr haben dagegen protestiert.

Dieses Klima der Hetze gegen die Sozialversicherung dient der SPÖ letztlich sehr gut dazu, eine Massensteuererhöhung ideologisch vorzubereiten.

Demagogisch sagt die SPÖ darum zu den Lohnabhängigen: "Ihr wollt doch statt einer Beitragserhöhung viel lieber eine Steuererhöhung. Das wäre doch viel gerechter. Denn während eine Beitragserhöhung nur die Arbeiter **trifft**, müssen bei einer Erhöhung der indirekten Steuern auch die Leute mit viel Geld, auch die Großverdiener, zahlen."

## Das Gesundheitswesen muß dem Staat entrissen werden

In einer Rede vor der Hauptversammlung des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger am 29.3.76 erklärte ÖGB-Präsident Benya: "Den Zustand, daß die Krankenversicherungsträger mehr als die Hälfte der Kosten der Spitäler tragen, ohne daß sie eine Möglichkeit haben, auf die wirtschaftliche Gestion der Krankenhäuser Einfluß zu nehmen, halte ich für untragbar!" (aus "Soziale Sicherheit" 5/76) Diese Erklärung enthält einen richtigen und überaus wichtigen Gedanken. Für die Arbeiterklasse sowie alle Lohnabhängigen ist es tatsächlich untragbar, daß das gesamte Gesundheitswesen unter der Fuchtel des Staates steht. Die Richtlinie des Staates der Kapitalistenklasse im Gesundheitswesen ist es, "so billig und so schnell als möglich so viele Patienten als möglich für die Kapitalisten wieder arbeitsfähig und ausbeutbar zu machen." Jedermann kann sehen, wozu das führt:

o durch Rationalisierungen wird die Verweildauer der Patienten in den Spitälern gedrückt, was die Heilung sehr erschwert
o durch die vielen Einsparungen hat das medizinische Personal immer weniger Möglichkeiten, sich um die Patienten zu kümmern
o so werden die Patienten bloß notdürftig, schlecht und recht zusammengeflickt.
o Menschen, auf die außerhalb des Spitals nicht schon wieder ein Ausbeuter wartet, wie etwa Pensionisten oder alte Menschen, bekommen in vielen Fällen zum Beispiel nach Brüchen, keine richtige Heilbehandlung mehr, sodaß sie die gebrochenen Glieder oder Gelenke nie wieder richtig verwenden können.

Für die Arbeiterklasse, deren einziges Besitztum im Kapitalismus ihre Arbeitskraft ist, von deren Verkauf sie einzig und allein leben kann, ist in ihrem Kampf zur Überwindung der kapitalistischen Ausbeuterordnung nichts wichtiger als Selbständigkeit, Einheit und Stärke. Diesen Zielen dient jedoch das staatliche Gesundheitswesen, das einzig und allein an den Interessen des Kapitals orientiert ist, keineswegs und kann es auch gar nicht.

Es ist daher für die Arbeiterklasse unerläßlich und notwendig, um der Zerstörung ihrer Gesundheit Schranken zu setzen, und um Kräfte für die Revolution zu sammeln, mit Hilfe einer einheitlichen und selbstverwalteten Sozialversicherung dem bürgerlichen Staat die Kontrolle überdie Spitäler wie über das gesamte Gesundheitswesen zu entreissen.

## In ihrem Kampf braucht die Arbeiterklasse eine einheitliche selbstverwaltete Sozialversicherung auf Kosten der Kapitalisten

Ein wichtiges Hindernis für die Übernahme der Spitäler durch die Sozialversicherung ist allerdings, daß sie heute gar nicht in der Lage wäre, ohne staatliche finanzielle Unterstützung die Aufrechterhaltung des Spitalsbetriebes zu gewährleisten. Dies wäre nur möglich, durch eine Umschichtung der Krankenversicherungsbeiträge auf Kosten der Kapitalisten. Das heißt, eine Beitragserhöhung muß voll auf Kosten der Kapitalisten gehen!

Ein anderes wichtiges Hindernis ist es jedoch, daß der Staat, der die Frage des Gesundheitswesens aus den Klassenkämpfen zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse "heraushalten" will, sich in seiner Verfassung im Artikel 12 das alleinige Recht zugesprochen hat, die Entscheidungen über das Spitalswesen zu treffen. Die Sozialversicherung darf nicht einmal ein einziges Bett ohne seine Genehmigung aufstellen. Die Arbeiterklasse hat in ihrem Kampf um das Gesundheitswesen einen mächtigen Gegner.

Die Kampfkraft der Lohnabhängigen wird heute dadurch geschwächt, daß das zersplitterte Versicherungssystem die versicherten Lohnabhängigen untereinander spaltet, dadurch, daß sie zum Teil selbst für die Versicherung aufkommen müssen und so untereinander uneinig sind, als auch dadurch, daß die versicherten Lohnabhängigen auf die Sozialversicherung so gut wie keinen Einfluß haben.

In der sogenannten "Selbst"-verwaltung der Versicherungsorgane gibt es keine Wahl, Rechenschaftspflicht und Abwählbarkeit der leitenden Organe. Außerdem ist die Zusammensetzung der leitenden Organe durch ein gesetzliches Entsendungsrecht der "Interessenverbände" festgelegt. Für die Versicherten bedeutet das, daß ihre schlimmsten Feinde, die Kapitalisten, in den leitenden Organen sitzen, während sie auf ihre eigenen "Vertreter" auf die - vom Staat eingerichteten Arbeiterkammern - nicht den geringsten Einfluß haben.

Es ist daher notwendig, die Kapitalistenvertreter hinauszuwerfen und die Arbeitervertreter hineinzuwählen, all die verschiedenen Versicherungszweige zu vereinheitlichen und durchzusetzen, daß allein die Kapitalisten die Sozialversicherung finanzieren. Denn erst in einer einheitlichen, von den Werktätigen selbst verwalteten und allein durch die Kapitalisten finanzierten Sozialversicherung können die Lohnabhängigen einen erfolgreichen Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat führen, eine gesetzliche Regelung erzwingen, die der Sozialversicherung das alleinige Einflußrecht auf das Gesundheitswesen zuspricht.

p.b. - G.F.

## 'Personalkostenexplosion'-eine Lüge

Immer wieder taucht das Argument auf, daß die Spitalskostenexplosion auf die hohen Gehälter, bzw. auf die "unverschämten" Gehaltserhöhungen der Gemeindebediensteten zurückzuführen ist. So hieß es z.B. in Zeit im Bild vom 18.11.:"70% der Ausgaben für die Spitäler gehen für Löhne und Gehälter der Bediensteten auf". Schauen wir uns die Sache näher an: Ein Pfleger bzw. eine Schwester verdient heute in den ersten 6 Dienstjahren 5.961,- Grundgehalt brutto. Mit regelmäßigen Überstunden bei 47 Stundenwoche, 5 Nachtdiensten und 2 Sonn- und Feiertagsdiensten ca. 10000 Schilling brutto. Die Gehaltserhöhung von 1975 betrug 11,8%. Wenn man diese Erhöhung vergleicht mit der Steigerung der Spitalskosten von 1975 auf 1976 so sieht man, daß nicht die Gehaltserhöhung die Steigerung ausmacht: die Gesamtausgaben für Spitäler sind von 1975 auf 76 von 12,3 Mrd. auf 15 Mrd. gestiegen, das sind 21,9%. Das ist also viel mehr als die Gehälter im gleichen Zeitraum gestiegen sind.

Es ist also keineswegs so, daß die Löhne und Gehälter der Spitalsbediensteten die Kostenexplosion bewirken. Es ist im Gegenteil so, daß die Gemeinde sich durch die vielen regelmäßigen Überstunden von Schwestern und Pflegern sehr viel erspart, und das sowohl auf Kosten des Personals selbst wie natürlich auch auf Kosten der Patienten, für deren Pflege gehetzte Schwestern wenig Zeit und Geduld aufbringen können.

L.M.
Zelle Allgemeines Krankenhaus Wien

*Fortsetzung von Seite 1*

# Hetzkampagne gegen die KVDR - Bestandteil der Kriegsvorbereitungen der USA in Korea

## Lügen - fabriziert vom CIA

Allen diesen Geschichten ist zweierlei gemeinsam: erstens sind sie von A bis Z erlogen und zweitens läßt sich ihr Ursprung ohne grosse Schwierigkeiten hin zum amerikanischen Geheimdienst CIA verfolgen. Die skandinavischen Regierungen waren nicht imstande, auch nur einen einzigen Beweis für ihre Anschuldigungen der Öffentlichkeit vorzulegen. Der Botschafter der KVDR in Schweden wurde von der norwegischen Regierung zur "unerwünschten Person" erklärt, da er auch in Norwegen akkreditiert gewesen sei. In Wahrheit war er dort nie akkreditiert und hat auch seit einem Jahr Norwegen nicht mehr betreten. Der Botschafter der KVDR in der VR China hätte angeblich die "gesetzwidrigen Handlungen" seiner Kollegen in Skandinavien zugegeben, wurde berichtet. Das ist ganz einfach erfunden. Schließlich wurde sogar berichtet, die "Beweise" bestünden in abgehörten Telefongesprächen der Botschaften der KVDR. Diese "Beweise" wurden allerdings nicht weiter breitgetreten, denn eine Regierung, die diplomatische Missionen anderer souveräner Staaten abhören läßt, stünde in den Augen der Weltöffentlichkeit wohl noch erbärmlicher da, als Nixon nach der "Watergate"-Affäre. Man sieht, viel wird von "Beweisen" geredet, aber nichts Konkretes liegt vor.

In den anderen Fällen ausserhalb Skandinaviens stellten die Regierungen der jeweiligen Länder eindeutig fest, daß nicht das geringste Anzeichen für gesetzwidrige Aktivitäten von Mitgliedern der Gesandtschaften der KVDR vorliege. Auch der "Kurier" hat sofort wieder den Mantel des Schweigens über die von ihm groß herausgestellte Affäre gebreitet.

So klar wie die Tatsache, daß alle Anschuldigungen gegen die Diplomaten der KVDR erfunden sind, so klar ist auch, wer hinter ihnen steckt. Die schwedische Zeitung "Dagens Nyheter" schrieb am 20. Oktober: "Der diplomatische Zwischenfall in Kopenhagen war bereits erwartet worden. Eine kleine Zahl von hohen Polizei- und Zollbeamten hielt eine Beratung ab, nachdem sie einige Monate zuvor vom US-CIA gewisse Informationen erhalten hatten". Die übrigen Berichte gehen entweder direkt auf "Meldungen" des CIA oder auf Berichte amerikanischer Nachrichtenagenturen aus Seoul - der Hauptstadt des von der USA besetzten Südkorea - zurück. Der "Kurier" stützt sich schließlich auf die japanische Nachrichtenagentur "Kyoto", die für ihre engen Beziehungen zum südkoreanischen Marionettenregime bekannt ist.

Offensichtlich liegt ein einheitlicher Operationsplan des CIA vor: die Aktion in Skandinavien beginnen und dann auf andere Länder Westeuropas, Asiens und Lateinamerikas ausweiten. Das Ziel dieser Kampagne ist, die KVDR in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren und eine Verschlechterung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten herbeizuführen. Daß dieses Ziel nicht erreicht wurde, liegt daran, daß die Politik der KVDR korrekt und gerecht ist; sie findet daher Unterstützung bei den fortschrittlichen Kräften der Welt und wird von sehr vielen Staaten, insbesondere der Dritten Welt, unterstützt. Die Politik der USA-Imperialisten dagegen ist verlogen und ungerecht; sie wird deshalb von den fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt und von einer großen Zahl von Ländern abgelehnt und bekämpft.

## Was ist der Grund für diese Hetzkampagne?

Die USA verstärken ihre Aufrüstung in Korea ständig. Sie haben in Südkorea 42.000 Mann stationiert, die tausende sogenannten "Militärberater" nicht eingerechnet. Sie bringen die modernsten Massenvernichtungswaffen in Südkorea in Stellung, einschließlich Atomwaffen. Sie bereiten sogar den Einsatz der scheußlichsten und hinterhältigsten aller Waffenarten vor: chemisch-bakteriologischer Kriegsmittel. Sie führen ständig militärische Provokationen gegen die KVDR durch und unterdrücken die südkoreanische Bevölkerung mit den grausamsten faschistischen Methoden.

Alles das ist Bestandteil der Kriegsvorbereitungen der USA in Korea, genauso wie die Hetzkampagne gegen die KVDR, die international Stimmung für einen neuen Korakrieg machen soll.

Die schweren Schläge, die die indochinesischen Völker den US-Imperialisten versetzten, haben eine tiefgreifende Veränderung der politischen Lage auf der Welt und insbesondere in Asien eingeleitet. So kam es, daß Nixon 1970 mit der weißen Fahne nach Peking reiste, wie Genosse Kim Ir Sen einmal sagte. Die endgültige Vertreibung der US-Imperialisten aus Indochina hat das Kräfteverhältnis weiter zugunsten der Völker der Welt und der Völker Asiens im Besonderen verschoben. Die revolutionäre Strömung - Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen die Befreiung, Völker die Revolution - hat den ganzen grossen asiatischen Kontinent erfaßt.

So ist es kein Wunder, daß sich die US-Imperialisten an Südkorea klammern wie der Ertrinkende an den Strohhalm. Ihr Einfluß in Ostasien droht von der Strömung vollständig hinweggerissen zu werden. Südkorea ist ihr letzter grosser Stützpunkt in diesem Teil der Welt, und er ist von entscheidender Bedeutung.

Nur ein schmaler Meeresstreifen trennt die koreanische Halbinsel geographisch von den japanischen Inseln. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Japan und Südkorea ist äußerst eng. Neben den US-Imperialisten kontrollieren die japanischen Monopole den größten Teil der südkoreanischen Industrie und des südkoreanischen Handels.

Diese Tatsache trägt entscheidend bei zur engen Kettung Japans an den US-Imperialismus. Solange der US-Imperialismus über Südkorea herrscht, können sich die japanischen Imperialisten nicht dem Einfluß der USA entziehen. Nur mit Hilfe der US-Herrschaft über Südkorea kann die Ausplünderung des Volks in Südkorea durch die japanischen Monopole gesichert werden.

Japan ist eines der am stärksten industrialisierten Länder der Welt. Es ist die größte wirtschaftliche Macht Ostasiens. Den Einfluß über Japan einbüßen, heißt für die US-Imperialisten, den Einfluß über Ostasien einbüßen. Die Kontrolle über Südkorea verlieren heißt für sie, die Kontrolle über Japan verlieren.

Deshalb spielt die Korea-Frage im Wettstreit der beiden Supermächte um die Welthegemonie eine wesentliche Rolle. Mit dem Verlust Südkoreas würden die USA in Ostasien eindeutig und unwiderruflich ins Hintertreffen geraten. Die russischen Sozialimperialisten können nicht die geringste Hoffnung hegen, über ein befreites und wiedervereinigtes Korea auch nur ein Fünkchen Einfluß auszuüben. Die Befreiung Koreas würde einen gewaltigen revolutionären Anstoß für die Völker Ostasiens mit sich bringen. Deshalb versuchen die russischen Sozialimperialisten hinter vorgehaltener Hand, mit dem südkoreanischen Regime ins Geschäft zu kommen. So haben sie etwa zu den letzten Weltjugendfestspielen nach Moskau eine Delegation des südkoreanischen Marionettenregimes eingeladen.

Der Präsident der KVDR, Genosse Kim Ir Sen, erklärte in einem Gespräch mit einem japanischen Journalisten Ende März dieses Jahres: "Nach aussen reden die US-Imperialisten groß von "Frieden" und "Abbau der Spannungen", aber in Wahrheit haben sie ihr wildes Streben nach Weltherrschaft nicht aufgegeben. Strategisch bereiten die US-Imperialisten gegenwärtig einen Weltkrieg vor."

Genosse Kim Ir Sen erklärte weiters: "Während sie die Kriegsvorbereitungen verstärken, arbeiten die US-Imperialisten jetzt darauf hin, darin eine Lösung zu finden, daß sie die Länder der Dritten Welt spalten und sie eines nach dem anderen vernichten. Auch die Koreafrage sollte im Zusammenhang solcher Aggressionsakte des US-Imperialismus betrachtet werden. Die US-Imperialisten wenden auf Korea dasselbe Muster der Aggression wie überall auf der Welt an. Sie betreiben die Spaltung unseres Landes und wollen Südkorea im Griff behalten."

Die Völker der Welt und auch das österreichische Volk stehen vor der Aufgabe, ihre internationalistische Solidarität mit dem koreanischen Volk zu verstärken und die Unterstützungsbewegung für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas zu entwickeln. Entscheidend jedoch für das Zurückschlagen jeder Aggression der US-Imperialisten in Korea ist und bleibt die Kraft des koreanischen Volks selbst. Genosse Kim Ir Sen stellte Mitte August fest: "Wir wollen keinen Krieg; unsere feste Position ist nach wie vor, unsere unermüdlichen Anstrengungen für eine friedliche Lösung der Koreafrage unter allen Umständen fortzusetzen. Wenn uns der Feind jedoch einen Krieg aufzwingt, werden wir entschieden mit einem Krieg antworten und die Aggressoren bis auf den letzten Mann vernichten."

H.W.

# Die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas unterstützen!

Die "österreichische Liga für die Vereinten Nationen" hat am 25.November einen Vortrag des "Botschafters" Südkoreas in Wien, Dr.Pyo-Wook Han, veranstaltet. Damit wurde einem Sprecher des faschistischen Marionettenregimes von Seoul die Möglichkeit gegeben, Propaganda für die US-Aggression in Korea, für die amerikanische Besetzung der südlichen Landeshälfte, für die Kriegsvorbereitungen der US-Imperialisten gegen die KVDR und für die "Zwei-Korea-Theorie" zu betreiben. Der Sprecher der Pak-Dschong-Hi-Clique stellte die Forderung auf, "beide Koreas" müßten in die UNO aufgenommen werden und auch die österreichische Bundesregierung solle diesen absurden Vorschlag unterstützen. in ihrem Entgegenkommen gingen die Veranstalter sogar so weit, trotz des äußerst eingeschränkten Zuhörerkreises offensichtlich auf Wunsch des "Botschafters" mit einem Vorwand jede Diskussion über die Koreafrage zu verbieten. Präsident der veranstaltenden "Liga für die Vereinten Nationen" ist der Großkapitalist Mayr-Gunthof. Die Tatsache, daß verschiedene österreichische Diplomaten und ein leitender Beamter des Aussenministeriums anwesend waren, zeigt, daß auch die österreichische Bundesregierung diese Propaganda unterstützt.

Die österreichische Monopolbourgeoisie hat alles Interesse an guten Beziehungen zum Pak Dschong-Hi-Regime in Seoul. Im September besuchte der Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Sallinger, Südkorea. Im Pressedienst der Bundeskammer wurde aus diesem Anlaß berichtet, daß die österreichischen Exporte in die "Republik Korea", wie sich das Marionettenregime nennt, im Jahr 1975 414 Millionen Schilling betrugen und daß sie gegenüber 1974 um 743% gestiegen seien. Damit hat das österreichische Exportvolumen nach Südkorea nahezu die Hälfte des Exportvolumens nach Japan erreicht, um nur ein Beispiel zu nennen.

Auf dieser Grundlage ist es nicht weiter verwunderlich, daß die österreichische Bundesregierung der US-Aggressionspolitik in Korea in die Hände spielt.

Die US-Imperialisten haben 1945 Südkorea widerrechtlich besetzt. Dabei berufen sie sich auf das Abkommen von Kairo der alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg, in dem ihnen die Aufgabe übertragen wurde, die japanischen Besatzungskräfte in Korea bis zum 38.Breitengrad zu entwaffnen und ihre Kapitulation entgegenzunehmen. Als die USA jedoch tatsächlich in Korea landeten, waren die japanischen Truppen durch das koreanische Volk selbst bereits bis zum letzten Mann entwaffnet und die Verwaltung im Land lag in den Händen der neugeschaffenen Machtorgane des koreanischen Volkes. Die erste Handlung der USA in Korea war, die Tätigkeit dieser Organe zu untersagen und zu verfolgen. Es dauerte bis zum Jahr 1948, bis die USA in Gestalt des berüchtigten Syngman Rhee ein geeignetes koreanisches Aushängeschild für ihre Besatzung gefunden hatten. Dennoch wurden in ganz Korea freie Wahlen durchgeführt - in der südlichen Landeshälfte unter illegalen Bedingungen -, an denen sich selbst im Süden mehr als 70 % der Bevölkerung beteiligten. Die so gewählte Oberste Volksversammlung rief die Koreanische Volksdemokratische Republik aus. Deshalb gibt es bis heute nur einen einzigen legitimen koreanischen Staat, die KVDR. Die KVDR vertritt zu Recht das gesamte koreanische Volk.

Die Teilung Koreas ist einzig und allein durch die US-Imperialisten verursacht. Das südkoreanische Regime hat keine reale Macht. Die südkoreanische Armee steht unter amerikanischem Oberkommando und wird von den USA ausgerüstet. Die südkoreanische Verwaltung wird von US-"Beratern" gelenkt. Mehr als 75 % des südkoreanischen Staatshaushalts wird durch US-"Hilfe" finanziert.

Die Vorschläge der Regierung der KVDR und ihres Präsidenten Kim Ir Sen für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas sind gerecht und vernünftig. Selbständige Wiedervereinigung, das heißt insbesondere, daß die Wiedervereinigung eine Sache des koreanischen Volkes selbst ist, daß sie ohne Einmischung von außen erfolgen soll, daß die US-Imperialisten vollständig aus Korea abziehen müssen. Die Teilung des Landes muß überwunden und kein Schritt darf getan werden, der sie verewigen würde. Deshalb ist die Theorie von den "zwei koreanischen Staaten" ebenso unannehmbar wie der durchsichtige Vorschlag, der auf dieser Theorie beruht, "beide Koreas" sollten in die UNO aufgenommen werden.

In letzter Zeit hat sich die österreichische Regierung in der UNO bei Abstimmungen über die Koreafrage der Stimme enthalten. Sie hat damit indirekt der US-Aggression Vorschub geleistet. Hand in Hand damit geht ein Verhalten gegenüber dem südkoreanischen Marionettenregime, wie es bei der jüngsten von der Regierung geförderten Propagandaveranstaltung für das Pak Dschong-Hi-Regime ans Tageslicht gekommen ist.

Die österreichische Bundesregierung muß die gegen die Interessen des koreanischen Volkes gerichtete Propagandatätigkeit der Pak-Dschong-Hi-Clique in Österreich unterbinden! Die Bundesregierung muß sämtliche Beziehungen, die diplomatischen wie die Handelsbeziehungen zum Pak-Dschong-Hi-Regime abbrechen! Die Bundesregierung muß auch international, insbesondere vor der UNO, die gerechten und vernünftigen Vorschläge der Regierung der KVDR für die selbständige und friedliche Wiedervereinigung Koreas unterstützen!

H.W.

## USA-Imperialismus: Isolierter Feind des vietnamesischen Volkes

Durch ihr Veto im UNO-Sicherheitsrat haben die USA-Imperialisten am 16.11. zum dritten Mal die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam in die UNO verhindert. Als Begründung für ihr Veto haben sie "keine befriedigenden Auskünfte über das Schicksal vermißter amerikanischer Vietnam-Soldaten" vorgeschoben. (Neue Zürcher Zeitung, 17.11.) Die USA waren die einzigen, die im Sicherheitsrat gegen die Aufnahme Vietnams in die UNO stimmten.

Am 28.11. hat die UNO-Vollversammlung das Veto der USA verurteilt und beschlossen, daß der Sicherheitsrat den Aufnahmeantrag Vietnams noch einmal behandeln und diesmal positiv erledigen soll. Über 90 Staaten, vor allem aus der Dritten Welt, sind es, die Vietnam auch in der UNO vehement unterstützen, genauso, wie sie den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes gegen den USA-Imperialismus unterstützt haben.

Die vietnamesische Regierung ist der Ansicht, daß das Vermißten-Problem ein in jeder Nachkriegsperiode auftretendes Problem ist, und daß dieses Problem im Rahmen der zwischenstaatlichen Beziehungen, in diesem Fall dem Pariser Vietnamabkommen, geregelt ist.

Inzwischen ist bekannt geworden, daß ein Teil der angeblich vermißten Soldaten mitsamt ihren Familien in Vietnam geblieben sind, und dort zum sozialistischen Aufbau des Landes und zur Behebung der Kriegsschäden, die ihre ehemaligen imperialistischen Befehlsgeber verursacht haben, beitragen. Ein Sprecher des US-Veteranenverbandes erklärte, daß zumindest 275 "Vermißte" gar nicht vermißt sind. "Sie arbeiten in Hanoi und anderen Städten nahe der chinesischen Grenze." (Oberösterreichische Nachrichten, 17.11.)

## Kommunistische Arbeiterpartei Dänemarks gegründet

Am 21. November fand der Gründungsparteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Dänemarks in Stockholm statt. Die neue Partei ist hauptsächlich aus der ehemaligen Kommunistischen Liga Dänemarks (m.l.) hervorgegangen.

Der Parteitag wählte ein Zentralkomitee und den Genossen Benito Scocozza zum Vorsitzenden der Partei. In dem vom Parteitag angenommenen Grundlagenprogramm heißt es, daß die Kommunistische Arbeiterpartei anstrebt, die Führung in den Kämpfen der Arbeiterklasse zu erlangen, diese Kämpfe auf die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats hinzuführen. Das Endziel der Partei ist die Verwirklichung des Kommunismus.

Der Parteitag verabschiedete Erklärungen über die Stärkung des Kampfes gegen die Krisenpolitik des Monopolkapitals und des Kampfes gegen die Supermächte. Die Erklärung über die Stärkung des Kampfes gegen die Supermächte stellt fest, daß Dänemark eines der strategisch wichtigen Länder Europas ist, die zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion liegen. Die Völker und die unterdrückten Nationen der Dritten Welt sind die Hauptkraft im Kampf gegen die Supermächte, wird in der Erklärung betont. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen der imperialistischen Länder müssen sich mit den Völkern der Dritten Welt zum gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Supermächte zusammenschließen.
(nach Hsinhua, 30.11.)

## Ungarn: Steuerbegünstigungen für Geschäftsleute

Die ungarische Regierung sichert neuerdings privaten Geschäften und Werkstätten, die in Gemeinden eingerichtet werden, in denen es keine entsprechenden staatlichen oder genossenschaftlichen Betriebe und Läden gibt, Steuerfreiheit bis zu 3 Jahren zu. Privaten, die mit wichtigen Versorgungsgütern ihre Geschäfte machen, wird mit einem besonders günstigen Steuerschlüssel unter die Arme gegriffen, ihre Einkommensgrenzen werden erhöht. (Presse, 20.11.)

Diese Maßnahmen werden die Entwicklung des kleinen Privatkapitals in Ungarn mächtig vorantreiben. Nachdem die Revisionisten in Ungarn den staatsmonopolistischen Kapitalismus eingerichtet haben, ist es nur logisch, daß sie angesichts der dadurch verursachten Versorgungsschwierigkeiten die Reprivatisierung und das kleine Privatkapital fördern.

VR China

# Eine Rotte von Übeltätern, die Land und Volk Unheil gebracht hat

Von Jen Ping, „Renmin Ribao"

Unser großer Führer und Lehrer Vorsitzender Mao hat auf der Grundlage der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus die Erfahrungen in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau zusammengefaßt und für unsere Partei die große Richtlinie "Die Revolution anpacken, die Produktion fördern" festgelegt. Sie spiegelt das dialektische Verhältnis von Revolution und Produktion, von Überbau und ökonomischer Basis, von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften wissenschaftlich wider. Sie zeigt den einzig korrekten Weg für eine sozialistisch orientierte rapide Entwicklung der Volkswirtschaft auf. Die parteifeindliche Clique um Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan verfälschte und bekämpfte mit allen Mitteln diese Richtlinie in der Absicht, Partei- und Staatsführung an sich zu reißen, die Diktatur des Proletariats zu stürzen und den Kapitalismus zu restaurieren. Diese Leute verbreiteten jede Menge Unsinn und verübten viele Untaten, auf diese Weise Revolution und Produktion sabotierend. Mit ihren himmelschreienden Verbrechen haben sie Land und Volk großen Schaden zugefügt.

Die "Viererbande" hatte keine Ahnung von der Arbeit in Industrie und Landwirtschaft und auch von Kriegführung verstand sie nichts. Sie hatte die Wahrheit nicht auf ihrer Seite und daher auch nicht die Massen. Ihre Politik läßt sich so beschreiben: Einen großen Knüppel schwingen und andern Etiketten anhängen - nur so konnte sie sich eine Zeitlang halten. Sie kümmerte sich nicht um die Produktion und bekämpfte alle, die sich damit befaßten. Sprach jemand von der Produktion oder tat etwas, um sie voranzubringen, dann schäumten die Leute der "Viererbande" vor Wut und verdammten ihn ohne jeden triftigen Grund als Verfechter der "Theorie vom Primat der Produktivkräfte" - unter dem Vorwand, der Betreffende würde nur von der Produktion und nicht von der Revolution reden.

Ist Bemühen um Vorantreiben der Produktion gleichbedeutend mit der Theorie vom Primat der Produktivkräfte? Nein! Um Verwirrung zu stiften, stellte die "Viererbande" auch in dieser Frage die Wahrheit auf den Kopf.

Die Theorie vom Primat der Produktivkräfte ist eine revisionistische Theorie, die einseitig die Rolle der Produktivkräfte als entscheidend überbetont und zugleich die bedeutende Rückwirkung der Produktionsverhältnisse auf die Produktivkräfte und des Überbaus auf die ökonomische Basis negiert; die negiert, daß der Klassenkampf als Hauptkettenglied angepackt werden muß, daß die Politik das Kommando haben muß; es ist eine Theorie, die die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats ablehnt. (......)

### „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern!"

In seiner Kritik an der konterrevolutionären revisionistischen Linie Liu Schao-tschis stellte der Vorsitzende Mao klar und eindeutig fest: "Die politische Arbeit ist der Lebensnerv jeder wirtschaftlichen Tätigkeit." Wir müssen der Revolution jederzeit Vorrang geben und die proletarische Politik an die erste Stelle setzen. Deng Hsiao-ping propagierte die Parole "Die drei Weisungen als das Hauptkettenglied betrachten" und behauptete, es sei "egal, ob die Katze weiß oder schwarz ist; Hauptsache, sie fängt Mäuse". Das ist völlig falsch. Wie bisher bekämpfen wir die Theorie vom Primat der Produktivkräfte und werden dies auch in Zukunft tun, das heißt aber keinesfalls, daß wir uns gegen die Förderung der Produktion stellen. Die "Viererbande" aber warf vorsätzlich diese zwei völlig unterschiedlichen Konzeptionen in einen Topf, setzte die Theorie vom Primat der Produktivkräfte mit der Entwicklung der Produktivkräfte gleich und schüchterte andere mit falschen Anschuldigungen ein, so daß niemand wagte, energisch an die Produktion zu gehen, und auch nicht dazu in der Lage war. Die Bande hatte sich das verbrecherische Ziel gesetzt, sowohl Produktion als auch Revolution zu sabotieren. Das von der "Viererbande" angerichtete Durcheinander muß kritisiert, die Dinge müssen wieder richtiggestellt werden. Der Marxismus hat eine völlig klare Auffassung über diese Frage: Die Revolution anpacken, die Produktion fördern - in diesem Satz ist die richtige Behandlung der Beziehung von Revolution und Produktion zusammengefaßt. Das hat mit der Theorie vom Primat der Produktivkräfte überhaupt nichts zu tun.

Wenn wir die führende Rolle der Revolution betonen, so meinen wir nicht, daß die Produktion nebensächlich oder gar belanglos sei. Die Marxisten sehen in der Produktionstätigkeit der Menschen die fundamentalste praktische Tätigkeit und in der materiellen Produktion die Grundlage für Existenz und Entwicklung der Menschheit. Engels sagte, in der Geschichte der Menschheit sei es eine "einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet." ("Das Begräbnis von Karl Marx").

pitalismus und für die Verwirklichung des Endziels, des Kommunismus, schaffen. Deshalb sind das Streben nach Ausweitung der sozialistischen Produktion und der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus eine grundlegende Aufgabe der Diktatur des Proletariats, die ruhmvolle Pflicht der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Die "Viererbande" dagegen ging hektisch mit metaphysischen Thesen hausieren und spielte mit Hintergedanken die Revolution



Die Mitglieder und Kader der Kommune Tulou in der Provinz Hsiaohsin haben auf ihren 20.000 Hektar eine weitere gute Reisernte eingebracht, nachdem sie in diesem Jahr schon eine reiche Ernte an Sommergetreide und Frühreis erzielten. Im revolutionären Geist "Der Mensch wird über die Natur triumphieren" überwanden sie erfolgreich niedere Temperaturen, Dauerregen und Trockenheit.

Der Vorsitzende Mao lehrte: "Der Klassenkampf, der Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren - das sind die drei großen revolutionären Bewegungen für den Aufbau eines mächtigen sozialistischen Landes; sie sind eine sichere Garantie, daß die Kommunisten imstande sind, frei von Bürokratismus zu bleiben, den Revisionismus und den Dogmatismus zu vermeiden und für immer unbesiegbar zu sein, sie geben die zuverlässige Gewähr, daß das Proletariat im Bündnis mit den breiten Massen der Werktätigen die demokratische Diktatur ausüben kann."

In der Periode des Sozialismus müssen wir den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpacken, aktiv die Produktion entwickeln und erfolgreich den Sozialismus aufbauen, nur so können wir eine solide materielle Grundlage für die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats schaffen, eine starke Landesverteidigung aufbauen, besser die Weltrevolution unterstützen, das materielle und kulturelle Leben der Werktätigen Schritt für Schritt verbessern und die materiellen Bedingungen für die allmähliche Beseitigung der drei großen Unterschiede, für den Sieg des Sozialismus über den Kagegen die Produktion, die Politik gegen die Wirtschaft, den Klassenkampf gegen den Produktionskampf, die Diktatur des Proletariats gegen den sozialistischen Aufbau aus. Sie widersetzte sich dem Vorantreiben der Produktion und dem sozialistischen Aufbau. Das Ergebnis wäre nicht nur gewesen, daß die Entwicklung der Produktion schwer beeinträchtigt worden wäre, sondern auch die große Sache der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats wäre unausbleiblich aufs äußerste gefährdet worden. Nach ihrer Logik fällt die rote Fahne unvermeidlich, "in den Staub", wenn "Satelliten zum Himmel steigen", müssen die 800 Millionen unseres Volkes, wenn sie "Revolution machen" wollen, vom Nordwestwind leben. Eine solche "Theorie" als Marxismus auszugeben, heißt das etwa nicht, den Marxismus mit Füßen zu treten?

Wir - das Proletariat - wollen, daß die rote Fahne Generation für Generation weht, und wir wollen auch Satelliten in den Himmel schießen. Wir wollen sicherstellen, daß unser Staat nie die Farbe wechselt, daß er gedeiht und blüht.

Über das Verhältnis von Revolution und Produktion verbreitete die "Viererbande" den

Unsinn, die Produktion werde "von selbst steigen, wenn die Revolution gut durchgeführt wird". Auch dies behauptete sie nicht ohne Hintergedanken. Es muß unterstrichen werden, daß der Produktionskampf vom Klassenkampf abhängt. Um die Produktion zu entwickeln, müssen wir vor allem den Klassenkampf und den Kampf zweier Linien gut anpacken. Es ist eine bewiesene Tatsache, daß die Produktion leidet und auf Abwege gerät, wenn die Revolution nicht gut durchgeführt wird. Wird hingegen die Revolution gut durchgeführt, dann treibt sie die Produktion voran. Aber, um die sozialistische Produktion zu entwickeln, müssen wir den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetung-ideen gewissenhaft studieren und uns bemühen, die Gesetzmäßigkeiten beherrschen zu lernen, welchen die Produktion unterliegt, und die dabei auftauchenden Widersprüche zu lösen. Wir müssen die Führung durch die Partei stärken, uns von ganzem Herzen auf die Arbeiterklasse und die Volksmassen stützen, vernünftige Regeln und Bestimmungen festlegen und sie immer wieder verbessern. Wir müssen die wirtschaftliche Rechnungsführung gut betreiben, die Produktionskosten senkten, die Akkumulation erhöhen, technische Neuerungen einführen und die technische Revolution durchführen, den sozialistischen Wettbewerb entfalten, die Arbeitsproduktivität steigern usw. Die Wirtschaftsarbeit muß mit wachsender Sorgfalt geleistet werden. Wie kann die Produktion "von selbst" steigen, ohne daß in großem Stil hart gearbeitet wird und spezifische praktische Probleme gelöst werden? Die sozialistische Produktion braucht die Anleitung durch die Partei; nur so kann sie sich gemäß der sozialistischen Orientierung proportional und planmäßig entwickeln. Wenn die "Viererbande" behauptete, die Produktion werde "von selbst steigen", so wollte sie damit der führenden Rolle der Partei ein Ende machen, und die Produktion in ein Chaos stürzen.

**Mit den Worten „Revolution" und „Klassenkampf" im Munde entfaltet die „Vierer-Bande" ihre konterrevolutionäre Tätigkeit**

Ihr Ziel war es, die sozialistische Wirtschaft "von selbst" in den Zustand der Anarchie geraten zu lassen und den Kapitalismus wiederherzustellen.

Im Namen der "Revolution" hatte die "Viererbande" in allem und jedem ihre Hände im Spiel und schuf überall Probleme. Sie verstieg sich zu dem Ruf: "Schreckt nicht davor zurück, die Produktion oder die Arbeit einzustellen!" Damit sabotierte sie den Volkswirtschaftsplan und die strategische Richtlinie "Trefft Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen, tut alles für das Volk!" Wo diese Leute auch hinkamen, förderten sie bürgerlichen Fraktionismus und Spaltung, um die Führung durch die Partei zu zersetzen und die Reihen der Arbeiterklasse aufzusplittern. Sie brachten die Verwaltung der Betriebe durcheinander, sabotierten die staatliche Finanz- und Wirtschaftspolitik und fachten den üblen Wind des Ökonomismus an. Sie wiegelten die Menschen zu Schlägereien, zu Zerstörung und Raub auf, und unterstützten solche Aktionen. Mit der reaktionären Parole "Greift mit Argumenten an, aber verteidigt euch mit Waffen" widersetzten sie sich der Weisung des Vorsitzenden Mao: Wenn es eine Debatte gibt, "soll sie mit Argumenten, nicht aber mit Zwang oder Gewalt geführt werden". Damit heizten sie mit Gewalt ausgetragene Kämpfe an, was die Volkswirtschaft schädigte und einigen Gebieten schwere Verluste zufügte. Kurz, die "Viererbande" hätte gejubelt, wäre es ihr gelungen, die sozialistische Wirtschaft zu ruinieren und die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Welch hinterhältige, niederträchtige Absicht!

Die Leute der "Viererbande" waren die Erzverbrecher, die das Anpacken der Revolution und das Fördern der Produktion hintertrieben. Wie ein schwerer Berg lasteten sie auf den Hunderten Millionen des Volkes. Seit die parteifeindliche Clique, die "Viererbande", zerschlagen wurden, entfaltet sich die sozialistische Initiative der Volksmassen in einem beispiellosen Ausmaß. Die Revolution schreitet voran, und die Lage in der Produktion hat sich völlig gewandelt. Viele Fabriken, Bergwerke und andere Betriebe übertreffen Tag für Tag den Produktionsplan und vollbringen neue Höchstleistungen. In jenen Gebieten und Einheiten, die unter den Übergriffen und der Sabotage durch die "Viererbande" ziemlich schwer gelitten haben, geht es sowohl mit der Revolution als auch mit der Produktion rasch aufwärts, und die Volksmassen dort sind entschlossen, mit größtem Elan die durch die "Viererbande" verursachten Verluste wettzumachen. So entstand dort eine ausgezeichnete und ermutigende Situation. Die Tatsachen beweisen lebendig: Die Revolution ist die Lokomotive der Geschichte, die mächtige Triebkraft für die Entwicklung der Produktion.

(aus Peking-Rundschau Nr.48/1976).

# Mit dem Ölpreis bekämpfen die Länder der Dritten Welt ihre Ausplünderung durch die Imperialisten

In der weltweiten wirtschaftlichen Krise der imperialistischen Länder hat sich **das** Mißverhältnis in der Preisentwicklung für die Güter, die die Länder der Dritten Welt exportieren und der, die sie importieren müssen, in erster Linie industrielle Fertigwaren, noch verstärkt. Das bedeutet, daß die Imperialisten die internationale Krise nützen, um die Ausplünderung der Entwicklungsländer noch weiter voranzutreiben, indem sie die Rohstoffpreise drücken, die Preissteigerungen der Fertigwaren dagegen auf diese Länder voll abwälzen. So sind etwa die Preise für Metalle von 1974 auf 1975 um 37,5% gefallen. Ähnlich ist es mit den Preisen für Zink, Kupfer und anderen Rohstoffen. Der Preis für Weizen dagegen, auf den die Länder der Dritten Welt angewiesen sind, war 1974 dreimal so hoch wie 1972. Für den gesamten Export der imperialistischen Industrieländer läßt sich von 1974 auf 1975 ein Preisanstieg von über 16% errechnen. (Angaben nach Jahresbericht 1975 des Internationalen Währungsfonds, bzw. Monatsbericht der BRD-Bundesbank, Februar 1974)

Wenn die Imperialisten also heute eine weitere Preiserhöhung des Rohöls "fürchten", so fühlen sie sich vom Kampf der Länder der Dritten Welt gegen die schrankenlose imperialistische Ausplünderung "bedroht". Daß es ihnen um die Aufrechterhaltung der Möglichkeit geht, den Ölstaaten ihren Rohstoff zu Bedingungen zu entreißen, die ihnen selbst Höchstprofite sichert, sieht man schon daran, daß sie die großartig angekündigte "Verminderung der Abhängigkeit" vom Öl der OPEC-Länder in Wahrheit gar nicht anstreben. Im Gegenteil, die USA steigerten von 1975 auf 1976 die Ölausbeutung aus den entsprechenden Staaten von 25% auf über 40%. (Neue Zürcher Zeitung, 16.11.)

Die in der OPEC zusammengeschlossenen 13 erdölprodzierenden Staaten haben jetzt beschlossen, die Höhe der Preissteigerung für Rohöl von den Fortschritten bei der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Nord-Süd-Dialog) abhängig **zu machen**. Der Präsident von Venezuela, Perez, einer der Initiatoren der OPEC erklärte, daß eine Erhöhung des Ölpreises gar nicht notwendig wäre, wenn die Imperialisten im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs ein Ausgleichssystem zwischen den ständig steigenden Preisen für Industriegüter und den Preisen für Rohstoffe akzeptieren würden (Presse, 18.11.) Die OPEC-Staaten zeigen damit deutlich, daß sie den Ölkampf als Teil des einheitlichen Kampfes der Dritten Welt gegen die Imperialisten betrachten. Mit diesem Beschluß haben sie die Versuche der Imperialisten abgewehrt, die Dritte Welt aufzuspalten, indem **diese** gegen die Ölstaaten eine Front der sogenannten "Vierten" Welt aus Ländern, die selbst nicht über den Rohstoff Öl verfügen, herstellen wollen. Gleichzeitig haben die OPEC-Staaten für diese Länder einen Sonderfonds mit 800 Millionen Dollar gebildet, um durch günstige Kredite deren Handelsbilanz zu verbessern.

Die sozialimperialistische Sowjetunion unterstützt in Worten die jetzt geplante Preiserhöhung.

**Allerdings nur soweit, als sie fest damit rechnet,** daß die Ölstaaten diese imperialistische Supermacht unter der Fahne des "Sozialismus" an der Ausbeutung ihrer Erdölreserven beteiligen. In der Zeitschrift "Außenhandel" (November 76) preist sie lautstark die Erdölländer "sozialistischer Orientierung" an: "Diese Länder stützen sich bei der Schaffung einer eigenen Erdölindustrie vor allem auf den Beistand der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft." Damit meinen die Sozialimperialisten in erster Linie sich selbst. Und von dem "Beistand" der Sozialimperialisten können die osteuropäischen **Länder** ein trauriges Lied singen. Einerseits verhindert sie bei diesen den Ausbau einer selbständigen Energiewirtschaft und zwingt sie so in die Abhängigkeit der Öllieferungen durch die Sowjetunion. Zum zweiten setzt sie sie den Preissteigerungen des kapitalistischen Weltmarktes aus, erhöht so die Preise eigenen Öls, und treibt damit selbst eine Politik imperialistischer Ausplünderung.

Indem die Ölstaaten den Kampf um den Ölpreis zu einer Waffe im Kampf der gesamten Dritten Welt gegen die imperialistische Weltwirtschaftsordnung machen, versetzen sie dem Treiben der Imperialisten, ob unter dem Zeichen der "freien" oder der "sozialistischen" Weltwirtschaft einen schweren Schlag. Dieser Kampf findet bei den Völkern der ganzen Welt und der internationalen Arbeiterklasse volle Unterstützung.

M.Z.

## Kurs der beiden Supermächte auf Genfer Nahostkonferenz:

# Die PLO wird nie ein »Palästinensisches Bantustan« akzeptieren!

"Der blutige Bürgerkrieg im Libanon hat die Gewichte im Nahostkonflikt mit seinen weitreichenden weltpolitischen Implikationen für kurze Zeit verschoben und Israel eine kurze Atempause geboten... Diese Pause scheint nun ihrem Ende entgegenzugehen " - stellt die "Neuer Zürcher Zeitung", eine Zeitung des imperialistischen Finanzkapitals, bedauernd fest. Für die Imperialisten aller Schattierungen, besonders für die beiden Supermächte, von denen jede den Nahen Osten in die eigene Tasche stecken will, ist die gegenwärtige Lage im Nahen Osten wahrhaft kein Grund zurFreude: Die Einheit der über 100 Millionen Menschen zählenden arabischen Nation gegen den Kolonialstaat Israel wurde durch die Beschlüsse von Riad und Kairo gestärkt. Die Kämpfe im Libanon wurden auf dieser Grundlage unterbunden und nur im Südlibanon haben die Faschisten mit direkter Unterstützung Israels noch Möglichkeiten, Unruhe zu stiften. Die Pläne der US-Imperialisten, die PLO militärisch zu liquidieren und im Libanon ein reaktionäres faschistisches Regime zu installieren, das die fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte des Libanons niederhält, sind gescheitert. Ebenso die Versuche der Sozialimperialisten, die PLO in die Knie zu zwingen und von ihrem konsequenten Kampf gegen den Besatzerstaat Israel abzubringen, sowie über die syrische Intervention ihren Einflußbereich im Nahen Osten auszudehnen und sich den arabischen Völkern fester in den Nacken zu setzen. Verstärkt fordern die arabischen Länder die Rückgabe ihrer 1967 von Israel besetzten Gebiete. Der israelische Besatzerstaat ist geschwächt und vom Zerfall bedroht durch die fortdauernden Kämpfe der arabischen Massen in den 1967 besetzten Gebieten, sowie durch das Aufbrechen des Klassenkampfes in der jüdischen Bevölkerung.

### Mit der Genfer Konferenz zielen die Imperialisten auf Spaltung des arabischen Lagers und die Schwächung der PLO

Um die "Atempause" für Israel zu verlängern, das heißt, das Erstarken der palästinensischen Befreiungsbewegung zu verhindern und die arabische Einheit zu hintertreiben, sind die Imperialisten zu neuen Manövern gezwungen. Die Sowjetunion drängt schon seit längerem auf die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz. Sie muß ihre imperialistische Einmischung offensiv betreiben, da sie in den letzten Jahren durch den Kampf der arabischen Völker und Länder für nationale Befreiung und gegen imperialistisches Hegemoniestreben, vor allem durch den Rausschmiß aus Ägypten und durch die erfolgreiche diplomatische Einmischung der USA im Nahen Osten an Boden verloren hat. Durch die Genfer Konferenz wollen die Sozialimperialisten den Platz des Hauptakteurs im Spiel der imperialistischen Mächte im Nahen Osten einnehmen. Sie haben dazu auch Israel als eine der kriegführenden Parteien eingeladen. Sie benötigen die Existenz Israels als einen Faktor der Spaltung und Unruhe im arabischen Raum, der die "brüderliche Hilfe" der Sozialimperialisten für die arabischen Völker unentbehrlich erscheinen lassen soll und den Sozialimperialisten damit Möglichkeiten liefert den Raum ihrer imperialistischen Herrschaft zu unterwerfen. Deshalb sind die Sozialimperialisten auch gewillt, die Konferenz auf Grundlage der Anerkennung des Existenzrechts Israels abrollen zu lassen und treten damit das Recht des palästinensischen Volkes auf nationale Befreiung offen mit Füßen. Deshalb auch tun sie alles mögliche um Israel zu stärken und dem rassistischen Staat ihre Freundschaft anzutragen : Sie warnten den syrischen Staatschef Asad vor einem Einmarsch der arabischen Friedenstruppe in das libanesich-israelische Grenzgebiet (Neuer Zürcher Zeitung, 30.11.76) Dasselbe tut Israel offen und massiert gleichzeitig Truppen an der Nordgrenze um weitere Aggressionen vorzubereiten. Die DDR, ein von der SU abhängiger und unterdrückter Staat ist plötzlich zu Wiedergutmachungszahlungen an vertriebenen Juden bereit, was sie bis jetzt verweigert hatte. Die einzige Bedingung dafür sei die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion, heißt es. Mit der Genfer Konferenz will die Sowjetunion zusätzlich Druck auf die PLO ausüben, doch endlich vom gerechten Ziel der Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina abzugehen, den Zionistenstaat anzuerkennen und sich mit einem eigenen "Staat" im Westjordanland zufriedenzugeben. So einen "Palästinenserstaat", der allein nicht lebensfähig wäre, wünschen sich die Sozialimperialisten, weilsie ihn in ihre völlige Abhängigkeit bringen könnten und so einen festen Stützpunkt für weitere Knechtung der arabischen Völker hätten. Darauf setzt die Sowjetunion um im Ringen mit den USA in dieser Region um einen wesentlichen Schritt vorwärtszukommen.

Die USA sehen sich gegenwärtig mit der Offensive der Sozialimperialisten konfrontiert. Ihre Haltung ist "pragmatisch und elastisch, man müsse den Weg einschlagen, der die besten Aussichten bietet", wie US-Außenminister Kissinger erklärte. (Neue Zürcher Zeitung, 19.11.) Sie sind nicht gegen eine Genfer Konferenz, hätten aber lieber "Vorgespräche", die leichter ohne Sowjetunion und ohne PLO durchgesetzt werden können und den USA allein Möglichkeiten geben, ihren Einfluß im Nahen Osten zu festigen und auszudehnen. Die zionistische Regierung ist mit dem Vorschlag einer Gesprächsrunde nach Muster der "Sicherheitskonferenz" von Helsinki hervorgetreten, plädiert also für ein gemütliches Beisammensein mit der Sowjetunion, offensichtlich im Bewußtsein, daß sie die Unterstützung der Sowjetunion und deren Druck auf die PLO brauchen wird, will sie die Anerkennung Israels durch die PLO erzwingen.

### Die Aussichten der Imperialisten auf verstärkte Einmischung und Unterdrückung sind schlecht

Bei ihren Plänen, die Einberufung der Genfer Konferenz voranzutreiben, hoffen die Imperialisten darauf, daß die PLO im Zuge des langen Krieges physisch und materiell geschwächt ist und daß sie das arabische Lager wieder aufbrechen können, indem sie die großteils bürgerlichen und halbfeudalen arabischen Regimes mit Zugeständnissen auf ihre Seite ziehen. Das zeigt sich auch am Versuch vor allem der Sowjetunion, die von Ägypten jetzt verstärkt erhobene gerechte Forderung nach Rückgabe seiner 1967 von Israel okkupierten Gebiete zu unterlaufen, indem die Erfüllung der Forderung auf die Genfer Konferenz hingelenkt wird.

Aber die Aussichten der Imperialisten, ihren Wettstreit weiterhin auf dem Rücken der arabischen Völker zu deren völliger Knechtung austragen zu können, sind nicht gut. Die Haltung der PLO ist klar: Ein Palästinenserstaat, wie ihn die Sowjetunion vorschlägt, der den Verrat an den gerechten Zielen der nationalen Befreiung des palästinensischen Volkes voraussetzt, ist nichts als ein "palästinensisches Bantustan", wie es im Programm der PLO heißt und wird aufs Schärfste zurückgewiesen. "Wir haben beim 12. Nationalen Volkskongreß in Kairo 1974 beschlossen, daß wir auf jedem Quadratzentimeter Boden, der von der zionistischen Okkupation befreit wird, eine nationale palästinensische Autorität errichten wollen, und zwar als ersten Schritt auf dem Weg zum strategischen Ziel, nämlich der Errichtung eines säkularen Staates in dem alle Religionen, Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt koexistieren." (Y.Arafat am 6.2. 1976 in einem AZ-Interview) Deshalb auch hat der außenpolitische Sprecher der PLO, Kaddoumi, erklärt, er akzeptiere die Schaffung eines Palästinenserstaates im Westjordanland und im Gazastreifen, wie sie im Bericht des "Palästina-Ausschuß" der UNO gefordert wird, wo es weiter heißt, daß nach Errichtung des Palästinenserstaates "weitere Vereinbarungen für die volle Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes" getroffen werden sollen. (Neue Zürcher Zeitung23.11.)

So ein Palästinenser-Staat wäre das genaue Gegenteil von dem, was sich die Sowjetunion vorstellt: Ein fester Stützpunkt für den Kampf des palästinensischen Volkes zur Befreiung von ganz Palästina. Die Spekulation der Imperialisten darauf hin, die PLO hätte ihr Ziel aufgegeben, war reine Selbsttäuschung und zeigt nur die Angst der Imperialisten vor der Einheit, Stärke und Entschlossenheit des palästinensischen Befreiungskampfes. C.R.

## Argentinien: Das gesetzliche Streikverbot wird durchbrochen

Gegen die Ausbeutung durch die imperialistischen Konzerne traten Ende Oktober die Arbeiter der FIAT-Werke in Argentinien in den Streik. Die Imperialisten lassen ihre Fabriken durch die Polizeitruppen des Militärregimes von den streikenden Arbeitern räumen. Am 1. November folgten die 12.000 Arbeiter der Renault-Werke ihren Kollegen von FIAT in den Streik trotz des gesetzlichen Streikverbotes und den Disziplinarstrafen, die über die Streikführer verhängt werden. Die Arbeiter bei Renault fordern eine einheitliche Lohnerhöhung von 12.000 Pesos (ca. 850 Schilling) pro Monat.

## Revisionisten spalten spanische Arbeiterkommissionen

# Kampf für die Gewerkschaftseinheit ist die Antwort

Die spanische Arbeiterklasse hat in einem Kampf von 40 Jahren gegen die faschistische Unterdrückung ihre Einheit geschmiedet. Ihr organisatorischer Ausdruck ist die Bewegung der CCOO (Comisiones Obreras).

Oligarchie und Imperialismus suchten mit dem faschistischen System die Arbeiterbewegung auszurotten. Noch heute erinnert sich der faschistische Führer Giron: "Wir sind gekommen, um den Klassenkampf abzuschaffen!" Es gelang der Oligarchie, die alten gewerkschaftlichen Organisationen - die sozialistische UGT und die anarchistische CNT - die eine große Bedeutung gehabt hatten, nach dem Sieg Francos mit einer brutalen Repression zu vernichten. 36 Jahre lang waren sie verschwunden. Der Widerstand verschwindet aber nicht. Die industrielle Entwicklung, die am Ende der fünfziger Jahre einsetzte, verschärfte die Ausbeutung durch die Oligarchie und den US-Imperialismus, aber sammelte auch Tausende und Abertausende Arbeiter in den modernen Fabriken. Anfang der sechziger Jahre fangen die Arbeiter an, die Fesseln der faschistischen Zwangsgewerkschaften zu sprengen und sich selbst zu organisieren. Sie tun es einheitlich durch die Arbeiterkommissionen, die in vielen Betrieben während Tarifkämpfen entstehen und sich nach und nach über das Land ausdehnen und befestigen. Es entstehen Koordinationsstellen auf Branchen-und Ortsebene. Eine Koordinationsstelle des ganzen Staates wird aufgebaut. Die CCOO sind offen für alle Arbeiter, unabhängig von ihren politischen Auffassungen oder Militanz. Sie sind demokratisch. Sie haben verstanden, einheitlich den Kampf der Arbeiterklasse in Tausenden Betrieben zu leiten. Versammlungsverbot - aber in Spanien versammeln sich die Belegschaften, um über Kampf und Verhandlungsmaßnahmen zu entscheiden, um Delegierte zu wählen. Streikverbot - aber in Spanien wird viel mehr gestreikt als in Ländern Europas, wo ein bißchen Streiken legal ist. Klassenkampfverbot - aber in Spanien verbindet sich der politische Kampf mit dem ökonomischen Kampf. Aus dem Streik eines Betriebes entwickelt sich der Generalstreik in einer Stadt, einem Bezirk oder einer Region. Der Faschismus steht vor dem Bankrott. Die Oligarchie und der Imperialismus müssen ihre Taktik ändern. Die Arbeiterbewegung kann nicht mehr verboten werden. Es müssen jetzt bürgerliche Ansätze in sie hineingetragen werden, um sie zu schwächen und in eine Reform zu kanalisieren, die für die herrschende Klasse annehmbar ist. Das erste, was Oligarchie und Imperialismus versuchen, ist, die Einheit der Arbeiterbewegung zu spalten. Dafür verwenden sie zwei Methoden.

Erstens: Außerhalb der CCOO Schaffung von verschiedenen Gewerkschaftszentralen. Die UGT und die CNT, die zwei alten Leichen, wurden wieder ins Leben gerufen, ohne irgendeine Massenbasis. Die UGT gab noch Anfang 1976 ihre Mitgliederzahl offiziell mit 7.000 an. Sie rechnen aber mit materieller und propagandistischer Unterstützung des Bürgertums. Die UGT insbesondere rechnet mit der massiven Unterstützung aller sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Westdeutschlands, Englands und Skandinaviens. Das erste Lebenszeichen dieser Spaltungselemente ist ein heftiger Angriff auf jeden Versuch der CCOO die Einheit der Arbeiterbewegung zu stärken. Bei dieser Spaltungsarbeit spielen die Reformisten die Hauptrolle, gefolgt von Anarchisten, aber auch Faschisten.

Zweitens innerhalb der CCOO: Dort haben die Revisionisten, Verfechter der Linie der PCE, wichtige Funktionen und heute noch einen bedeutenden Einfluß. Zum Teil, weil sie die Tradition der kommunistischen Partei, die große Achtung unter den Massen hatte, für sich beanspruchen. Zum Teil, weil sie gegen den heutigen Faschismus noch in Widerspruch stehen. Die Revisionisten benutzen seit gut vier Monaten diesen Einfluß, um die Kämpfe zu drosseln und zu sabotieren: Motor Iberica, Michelin, Poststreiks usw. Sie versuchen aber auch, die Arbeiterkommissionen in eine Richtungsgewerkschaft zu verwandeln, die nur einen Teil der Arbeiterklasse umfaßt. Mit bürokratischen Mitteln bei Umgehung der Betriebsversammlung versuchen sie, "ihre" Gewerkschaft zu organisieren und bereiten einen Gründungskongreß für die nächsten Monate vor. Noch vor Jahren erklärte Marcelino Camacho, der bekannteste revisionistische Führer der CCOO, "die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung käme einem halben Selbstmord der Arbeiterbewegung gleich". Heute sind die revisionistischen Führer dabei, genau diese Spaltung zu betreiben und zu vertiefen. Diese Spaltungsversuche von außen und von innen sind aber nur die eine Seite. Die andre Seite, die Seite der Einheit, hat eine mächtige Entwicklung, denn heute sind nicht allein die fortschrittlichsten Arbeiter zu organisieren. Heute sind die breiten Massen aktiv in den Kampf einbezogen und reifen die Bedingungen für die Einheitsorganisation, die die ganze Klasse umfaßt, die Einheitsgewerkschaft. Der Teil der Arbeiterklasse, der von den Kommunisten geführt wird, hat diese Aufgabe in Angriff genommen. Vertreter der CCOO schlagen in den Betriebsversammlungen die sofortige Bildung einer Gewerkschaft mit Widerstandskasse, Forderungsplattform, Betriebszeitung usw. vor. Auf Branchen- und Regionalebene wird diese Aufbauarbeit fortgesetzt. So entsteht in Spanien die Einheitsgewerkschaft "neuen Typs", weil es eine Gewerkschaft ist, die sich auf die Versammlung aller Arbeiter, Mitglieder der CCOO oder nicht, stützt. Spaltung oder Einheit - darüber geht heute der Kampf zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie. Die letzten Nachrichten, die eintreffen, zeigen, daß große Betriebe und ganze Regionen sich für die Einheitsgewerkschaft entscheiden.

(n.,ORT, Organisación Revolucionaria des Trabajadores, übernommen aus "Kommunistische Volkszeitung", Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland.)



*Arbeiter des Automobilwerks Chrysler, Madrid, demonstrieren ihre Unterstützung für den Aufruf der Arbeiterkommissionen zum Generalstreik vom 12.November*

## BRD: Die Bourgeoisie muß manövrieren

Franz Josef Strauß hat in der CSU die Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU durchgesetzt. Er will nach eigenen Worten das bestehende Parteigefüge der Bundesrepublik in Bewegung bringen und den Weg freimachen zur Bildung einer vierten Partei rechts von der CDU. Die CDU-Oppositionshaltung gegenüber der SPD ist ihm zu "weich". Auch in der SPD kriselt es. Letztes Wochenende hat sich ein rechter Flügel von ihr abgespalten und die "Freiheitliche Soziale Demokratische Partei" gegründet.

Die Zerrüttung des Gefüges der bürgerlichen Parteien in der BRD so kurz nach den Bundestagswahlen ist ein gutes Zeichen. Die bestehenden Parteien sind zwar gewählt worden, nicht aber haben die Volksmassen in Westdeutschland damit auch die Vertretung ihrer Interessen an diese Parteien gebunden. Zehntausende haben in Brokdorf gegen die gemeinsame Absicht der bürgerlichen Parteien gekämpft, für die Expansionspläne der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie den Bau des Kernkraftwerkes überfallsartig durchzusetzen. Erst vor wenigen Wochen hatten fast alle Schüler in Kassel mehrere Tage lang Streiks und Demonstrationen gegen die Einsparungspolitik, die verschärfte Kontrolle und die Aushöhlung des Volksbildungswesens durchgeführt. In den Gewerkschaften haben die Funktionäre der SPD es immer schwerer, ihre spalterischen Forderungen durchzubringen und ihre Politik, die Arbeiterklasse dem Ausbeutungshunger des BRD-Finanzkapitals und dessen imperialistischen Expansionsstreben auszuliefern.

Weil die Arbeiterklasse und die Massen aus allen Volksschichten in Bewegung gekommen sind, sind die Parteien des BRD-Imperialismus verunsichert und suchen nach neuen Wegen, im Versuch, die Massen an sich zu binden.

# Italien Kämpfe der Arbeiterklasse trotz der Übereinkunft zwischen Kapitalisten und Revisionisten

Seit ihrem Antritt im Sommer dieses Jahres hat die Regierung Andreotti im Interesse der in- und ausländischen Monopolkapitalisten einen bis dahin unübertroffenden Raubzug gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen gestartet. Die wichtigsten Maßnahmen waren: Preiserhöhungen bei Zigaretten, Benzin, Heizöl und Düngemitteln; Erhöhung der Eisenbahntarife, der Postgebühren, der Stromtarife und Telefongebühren. Hinzu kommt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Fleisch (von 12% auf 18%) und für alle wichtigen Lebensmittel (um 3-6%).

Durch Kürzung der öffentlichen Ausgaben (Schulhausbau, Krankenhäuser usw.) sollen gleichzeitig weitere Milliarden Lire "eingespart" werden.

Die Andreotti-Regierung hat im vergangenen Monat ein Dekret erlassen, mit welchem die gleitende Lohnskala für die Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem Bruttomonatseinkommen von 10.000,- S um 50% und für jene mit über 13.000,- S zur Gänze blokkiert wird.

Die gleitende Lohnskala ist ein Mechanismus, der an den Preisindex gekoppelt ist und eine in regelmäßigen Zeitabständen (3-12 Monate) automatisch erfolgende Erhöhung der Teuerungszulage vorsieht.

Lohnerhöhungen sollen bei den Kollektivvertragsverhandlungen kaum und innerbetrieblich überhaupt nicht mehr stattfinden.

Weiters wollen die Kapitalisten innerhalb der Betriebe, der Abteilungen uneingeschränkte Freiheit, Arbeiter zu versetzen, "überschüssige" Arbeiter entlassen und die Arbeitsrythmen willkürlich festsetzen zu können, die Überstundenschinderei, die zur Zeit noch durch die Kollektivverträge eingeschränkt wird, beliebig ausdehnen zu können.

Die Andreotti-Regierung kann mit der festen Unterstützung der Revisionisten und Reformisten rechnen.

In einem Interview, welches Andreotti der Zeitung Business Week gab, bescheinigte er der PCI, "daß ihr guter Wille außer Diskussion steht". (La Nazione, 23.11.). Gegenüber den europäischen Imperialisten, die die Gewährung von weiteren Krediten an die Regierung von deren verschärfter Gangart gegen das Lebensniveau der Arbeitermassen abhängig machen, preist Andreotti die bedeutende und "ausgewogene Rolle", die die Kommunisten innerhalb der EWG spielen könnten (Presse, 22.11.). Der Präsident der Industriellenvereinigung, Carli, bestätigt die "tiefe Übereinkunft" mit der PCI hinsichtliche der "gemeinsamen Lösungen für die Wirtschaft". (Corriere della sera, 18.11.) Der Revisionistenchef Berlinguer freut sich: "Der historische Kompromiß schreitet voran!"

Die Unterstützung des Krisenprogramms der Finanzbourgeoisie durch die PCI besteht in der Stimmenthaltung im Parlament, und in der Spaltung und Abwiegelung der Kampfbewegung der Arbeiter.

Wenn es der Gewerkschaftsführung und den Revisionisten auch gelungen ist, bisher einen Generalstreik gegen die Regierung zu verhindern, so mußten sie doch zu sektoriellen und regional gestaffelten Generalstreiks aufrufen.

Man müsse jetzt Opfer bringen, auf den Lohnkampf verzichten, das "Krankfeiern" einschränken, die Arbeitsleistung steigern, um die "Nation" aus der Krise herauszuführen. Da die Inflation laut KPI der Hauptfeind sei und jeder Kampf um Lohn neue Preissteigerungen mit sich bringe, seien jene Arbeiter, die trotzdem mehr Lohn fordern verantwortungslos und letztlich mit schuldig an der Vertiefung der Krise.

Auf derlei Reden der Gewerkschaftsbosse haben die italienischen Arbeiter und Werktätigen auch beim letzten Streik vom 30.11. mit Pfeifkonzerten und der entschlossenen Forderung nach einem ganztägigen Generalstreik geantwortet.

Gegenüber dem Bestreben der Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaften den Zielen und Plänen der bürgerlichen Parteien unterzuordnen und die Arbeiterbewegung zu spalten, setzen die klassenbewußten Arbeiter auf die Einheit. Deshalb wehren sie sich gegen jeden Versuch, die Rolle der einheitlichen Betriebsräte herabzumindern und der bürokratischen Kontrolle des Gewerkschaftsapparats zu unterwerfen.

## In den Kämpfen kann die Arbeiterklasse die Spaltung durch die Revisionisten überwinden.

Allerdings verlaufen die Dinge nicht ganz nach den Wünschen der Bourgeoisie.

Am 20.Oktober wurden in Mailand ein Generalstreik, sowie Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt, an denen sich über 100.000 Arbeiter beteiligten. Am 28.Oktober streikten in Piemont und der Toskana etwa 2,5 Millionen Werktätige, an vorderster Front die Metall-, Bau und Textilarbeiter, Lehrer sowie auch das medizinisch-technische Personal. Im Verlauf des Tages kam es zu eindrucksvollen Kundgebungen und Demonstrationen in Turin, Florenz und anderen großen Städten Oberitaliens.

Am 24.November streikten über 2,5 Millionen Angestellte aus dem öffentlichen Dienst 24 Stunden lang für den sofortigen Abschluß eines neuen Tarifvertrags, der ausreichende Lohnerhöhungen vorsieht.

Die Industrie- und Handelsarbeiter führten aus Solidarität mit den Forderungen der Angestellten im öffentlichen Dienst einen einstündigen Streik durch.

Den letzten Höhepunkt erreichte die Streikwelle am 30. November. An diesem Tag wurde in ganz Italien ein einheitlicher Generalstreik der Metall-, Chemie-, Bau-, Textil- und Lebensmittelarbeiter durchgeführt, an dem sich über 7 Millionen Industriearbeiter beteiligten. Darüberhinaus streikten an diesem Tag die Drucker und das nichtredaktionelle Personal der größten italienischen Tageszeitungen.

Für Mitte Dezember ist ein weiterer Generalstreik des gesamten öffentlichen Dienstes geplant.

Der PCI gelingt es in den derzeitigen Streiks in Italien offensichtlich immer weniger, ihre Hand drauf zu halten.

Mit Schrecken stellt die Bourgeoisie fest: "Das Streikchaos in Italien gerät überhaupt außer Rand und Band. Sogar die Kommunistische Partei hat die Kontrolle verloren.". (Kronenzeitung, 28.11.)

Die Arbeiterklasse und das ganzen Volk Italiens erhoffen sich vom "historischen Kompromiß" nichts, ihre Zukunft liegt nicht in der Unterwerfung unter die imperialistische Bourgeoisie sondern in immer größerer Einheit und Klarheit über den Feind und im schonungslosen Kampf gegen den Reformismus und Revisionismus. In den derzeitigen Kämpfen setzen die Arbeiter Italiens wichtige Schritte in dieser Richtung.

L.G, L.T(Bozen)/Redaktion

## Schluß mit der Verfolgungswelle gegen die

Gegen die antiimperialistische iranische Studentenbewegung im Ausland rollt gegenwärtig in Westeurops und den USA eine Verfolgungswelle. Den Beginn machten die französischen Imperialisten. Sie nahmen ein Attentat am 2.11. auf den Chef der Pariser Zentrale des SAVAK, des iranischen Geheimdienstes, zum Anlaß, um mehrere iranische Studenten wegen "Verdachtes auf Mordversuch" zu verhaften, obwohl sich eine französische Organisation verantwortlich erklärte. Vier iranische Entlastungszeugen für die Inhaftierten wurden ausgewiesen.

Als in Houston (USA) iranische Studenten dagegen demonstrierten, wurden 99 von ihnen durch die US-Behörden verhaftet. Gleichzeitig werden in der BRD fortschrittlichen iranische Studenten die Aufenthaltsgenehmigungen nicht mehr verlängert. Bis heute sind in Frankreich noch 2 Studenten, Reza Takbiri und Nader Oskui in Haft.

Das iranische Volk hat eine stolze Geschichte des Kampfs gegen Imperialismus und einheimische Reaktion. In diesem hat die CISNU, die einheitliche Organisation der iranischen Studentenbewegung im Ausland, stets eine hervorragende Rolle gespielt. Angesichts des Erstarkens der ganzen 3.Welt im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus fürchten die Imperialisten immer mehr um ihre Herrschaft im Iran. Daher planen sie jetzt, die iranische Studentenbewegung zu zerschlagen, und versuchen gleichzeitig, die iranische Reaktion, an ihrer Spitze das Schah-Regime, so zu stärken, daß sie ihren Würgegriff um den Iran wieder stärken können. Die österreichischen Imperialisten nehmen aktiv teil an der Ausbeutung des iranischen Volkes und an der Plünderung seiner Reichtümer. Sie fördern die Aktivitäten des iranischen Geheimdienstes, der SAVAK in Österreich, wie erst heuer wieder enthüllt wurde.

Die Imperialisten meinen, die antiimperialistische iranische Studentenbewegung im Ausland sei von den Massen in Westeuropa und den USA isoliert. Sie beabsichtigen, die bedauerliche und vorübergehende Spaltung der iranischen Studentenbewegung auszunutzen und zu vertiefen, eine Spaltung, die selber auf der Grundlage des Ringens der beiden Supermächte um die Weltherrschaft betrieben wird, vor allem durch die aggressivere der beiden Supermächte.

Gegen die Verfolgungsmaßnahmen der westlichen Imperialisten hat sich weltweiter Protest erhoben. In mehreren Ländern (darunter in Österreich am 23.11.) fanden Demonstrationen statt, iranische Studenten traten un-

## Breschnjew am Balkan

# Imperialistische Politik der neuen Zaren stößt auf Widerstand

Die Sozialimperialisten entfalteten im November große diplomatische Aktivitäten am Balkan. Es geht ihnen darum, für den Krieg um Europa die östliche Frontlinie abzusichern, und durch eine engere Bindung Jugoslawiens an ihre "sozialistische Staatengemeinschaft" die NATO-Imperialisten von ihren Bündnisländern Griechenland und Türkei abzuschneiden. Die Anstrengungen Breschnjews sind umso notwendiger, als die seit der Berliner Konferenz der Revisionistenparteien im Sommer dieses Jahres offen aufgetretenen Differenzen innerhalb des Lagers der Sozialimperialisten keineswegs beigelegt werden konnten, sondern vielmehr sich noch in die Tiefe entwickelt haben. Die entstandenen Risse zu kitten ist Brechnjew ausgezogen, und mit der Erkenntnis, daß weder das jugoslawische noch das rumänische Volk bereit sind, sich dem Hegemoniestreben der Sozialimperialisten unterzuordnen, mußte er wieder nach Hause fahren.

Tito hat Brechnjew deutlich zu verstehen gegeben, daß Jugoslawien keinerlei Bedürfnis hat, in eine Reihe mit den Mitgliedsländern der "sozialistischen Gemeinschaft" unter der Herrschaft des Sozialimperialismus gestellt zu werden, deren "brüderliche Beziehungen " durch Ausbeutung und Unterdrückung gekennzeichnet sind. Im Gegenteil, er hat die Zugehörigkeit Jugoslawiens zur Bewegung der Blockfreien betont, und Brechnjew hat sicherlich nicht ohne Zähneknirschen im Schlußkommuniqué die Formulierung unterschrieben, daß die Blockfreien in der heutigen Weltpolitik einen aktiven Beitrag zum "Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und alle Formen von Beherrschung und Ausbeutung" leisten (Neue Zürcher Zeitung, 19.11.). Während der Gespräche mit Breschnjew hat sich Tito immer wieder auf das Dokument der Konferenz der revisionistischen Parteien in Ost-Berlin berufen. In diesem Dokument konnten die Sozialimperialisten erstmals nicht mehr die uneingeschränkte Anerkennung ihres internationalen Führungsanspruches im Lager der Revisionisten und auch die Formel des "proletarischen Internationalismus" unterbringen. Das Prinzip des "proletarischen Internationalismus" ist für alle wirklichen Marxisten-Leninisten ein stets geltendes Prinzip der Unterstützung des Kampfes der Völker gegen den Imperialismus und für die sozialistische Revolution. Die Führer der sozialimperialistischen Sowjetunion dagegen haben dieses Prinzip mißbraucht, um die unter ihrem Einfluß stehenden kommunistischen Parteien zu Agenturen und Stützpunkten der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion zu machen. 1968 haben die neuen Zaren mit dem Prinzip des "proletarischen Internationalismus" den Überfall auf die CSSR gerechtfertigt, unter Berufung auf dasselbe Prinzip installierten sie ihre Militärmacht und ihre Söldner in Angola.

Von dieser Art "Internationalismus" wollte Tito nichts wissen, und Breschnjew ist dem gegenüber auf Formulierungen wie "internationale Einstellung" von "uns Kommunisten als Internationalisten" ausgewichen. Jugoslawien hat auch diese Formulierungen ganz zu recht noch als Drohungen der neuen Zaren aufgefaßt. Noch am Tag des Abfluges des ungebetenen sozialimperialistischen Gastes wurde in einem militärpolitischen Bericht des Präsidialamtes an den jugoslawischen Volkskongreß betont, daß das Land von großer strategischer Bedeutung für das Ringen der imperialistischen Supermächte um Europa ist, und deshalb unabhängig von allen Beteuerungen der Imperialisten "neuer Druck und neue Versuche der Einmischung vorauszusehen" sind. In demselben Bericht wird auch die Antwort Jugoslawiens auf alle derartigen Versuche gegeben: "Die jugoslawische Volksarmee ist fähig, wirksam und unter allen Umständen jeder Form einer Aggression zu Lande, zu See oder in der Luft an allen Punkten Jugoslawiens zu begegnen." (Die Presse, 19.11.76).

Der Besuch Breschnjews in Rumänien stand in engem Zusammenhang mit der anschließend stattfindenden Tagung des politischen Beratungsausschusses des Warschauer Paktes. Dabei beabsichtigten die Sozialimperialisten offensichtlich durch die Bildung eines eigenen außenpolitischen Sekretariats die politische und militärische Eigenständigkeit der Mitgliedsländer des Militärbündnisses weiter einzuschränken, und die Schlagkraft des Warschauer Paktes unter verstärkter sowjetischer Führung im Hinblick auf den Krieg um Europa zu erhöhen. Das Unabhängigkeitsstreben Rumäniens innerhalb des Warschauer Paktes, aber auch innerhalb der "sozialistischen Wirschaftsgemeinschaft", ist den neuen Zaren dabei im Weg. Schon bei der letzten entsprechenden Tagung des Warschauer Paktes im Jahr 1974 hat sich Rumänien einer weitergehenden militärischen Integration widersetzt, genauso wie es sich weigert, Militärmanöver mit größeren Truppenverbänden auf seinem Staatsgebiet zuzulassen. Vom Standpunkt der weitestgehenden Unabhängigkeit und Souveränität ist Rumänien auch bei den jetzigen Abmachungen nicht abgegangen. Es betonte seine Verbundenheit mit der Bewegung der Blockfreien, die Breschnjew selbst bei seinen öffentlichen Stellungnahmen in Rumänien mit keinem Wort erwähnte. Zwar ist es Breschnjew gelungen, die im Mund der Sozialimperialismus bedrohliche Formel des "proletarischen Internationalismus" in die Schlußerklärung aufzunehmen, jedoch hat Ceausescu dazu erklärt, daß für Rumänien bei diesem Prinzip "weniger Worte, sondern die Praxis entscheidend" ist. (Die Presse, 22.11.76).

Nicht zufällig weilte auch zur selben Zeit , als die neuen Zaren aus der Sowjetunion den Unabhängigkeitswillen Rumäniens zu dämpfen gedachten, der stellvertretende Verteidigungsminister Rumäniens zu Besuch in China; und nicht zufällig erschien zu demselben Zeitpunkt im rumänischen Parteiorgan "Era Socialista" ein Artikel, der das Recht jeden Landes, alle Maßnahmen zu ergreifen, um seine Souveränität zu verteidigen, hervorstreicht. "Der Wille zur Souveränität ist frei und keinem fremden Willen untergeordnet." (nach Hsinhua, 23.11.1976).

Die hektische Diplomatie Breschnjews am Balkan macht deutlich, daß der Sozialimperialismus nach außen zwar wild und bedrohlich erscheinen mag, innerlich aber in Wirklichkeit schwach und von zahlreichen Schwierigkeiten bedrängt ist. Imperialistische Aggression und Expansion finden keine Anerkennung bei den Völkern und können deshalb keine dauerhafte Zukunft haben. Der endgültige Sieg gehört den Völkern, die zu kämpfen wagen.

M.Z.

## antiimperialistische iranische Studentenbewegung!

ter anderem in Paris und Grenoble unbefristet in den Hungerstreik, um ihren Forderungen gegen die französische Regierung Nachdruck zu verleihen. In Wien trat die Iranische Studentenorganisation an die'CISNU', eine zweite Kraft in der iranischen Studentenbewegung heran mit dem Vorschlag, gemeinsam einen Hungerstreik durchzuführen. Gleichzeitig ersuchte sie andere Kräfte, darunter auch die Ortsgruppe Wien des KB Österreichs, diesen Hungerstreik zu unterstützen. Die 'CISNU' lehnte den Vorschlag ab mit der Begründung, sie sei die einzig rechtmäßige iranische Studentenorganisation und sie anerkenne keine andere außer sich selbst. So wurde die existierende Spaltung in der iranischen Studentenbewegung als Argument benutzt, um ein einheitliches Auftreten zu verhindern. Es entstand die bedauerliche Situation, daß für eine gerechte Sache und ein gemeinsames Ziel zwei getrennte Aktionen durchgeführt wurden.

Am 1.12. mittags begann die ISO den Hungerstreik, unter Teilnahme von österreichischen Freunden. Am abend und während des nächsten Tages begann die 'CISNU' einen zweiten Hungerstreik unter ähnlichen Forderungen.

Der KB Österreichs geht von der Tatsache aus, daß es eine einheitliche iranische Studentenorganisation heute leider nicht gibt. Er bestimmt seine Politik so, daß sie der Herstellung einer einheitlichen Kampffront der iranischen Studentenorganisation gegen Imperialismus und iranische Reaktion förderlich ist, und unterstützt daher die Hungerstreiks und andere Aktionen aller Teile der iranischen Studentenbewegung gegen die Maßnahmen der französischen Regierung. In Österreich erstarkt gegenwärtig die Solidarität mit den kämpfenden iranischen Studenten gewaltig. Einige Organisationen, wie die Österreichische Hochschülerschaft haben unter diesem Druck ebenfalls ihre Unterstützung für den Hungerstreik abgegeben. Am 5.12. fand in Wien eine nur 2 Tage vorbereitete Unterstützungsveranstaltung staat, auf der ein iranischer Chor und andere fortschrittliche Künstler auftraten. 200 Besucher spendeten dabei 1.650,- Der Kampf für das Recht der antiimperialistischen iranischen Studentenbewegung, sich frei im Ausland organisieren und politisch betätigen zu können, wird sicherlich zum Erfolg führen und damit ein Beitrag zur Herstellung der Einheit der iranischen Studentenbewegung auf richtiger Grundlage, zur Stärkung der Kräfte der iranischen Revolution werden.

a.g.
Ortsleitung Wien

# Vorschläge der Warschauer-Pakt-Staaten - ein plumper Friedensschwindel

Auf der Gipfelkonferenz der Staaten des Warschauer Pakts hat die sozialimperialistische Sowjetunion ein weiteres großangelegtes Betrugsmanöver zur Tarnung ihrer Kriegsvorbereitungen unternommen. Mit grossem Tamtam hat sie den westlichen imperialistischen Staaten neue "Vorschläge zugunsten des Weltfriedens" unterbreitet.

- Den Unterzeichnerstaaten der Schlußakte der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) wurde ein Vertrag vorgeschlagen, der "alle Unterzeichnerstaaten verpflichtet, nicht als erste Atomwaffen gegeneinander einzusetzen, sei es zu Lande, zu Wasser oder in der Luft".
- "Die Teilnehmer der Tagung des politischen beratenden Ausschusses (des WAPA) bekräftigen ihre Bereitschaft, die Organisation des Warschauer Vertrages gleichzeitig mit der Organisation des Atlantikpaktes aufzulösen. Eine der praktischen Maßnahmen in dieser Richtung könnte das gleichzeitige Ausserkraftsetzen des Artikel 9 des Warschauer Vertrages und des Artikel 10 des Nordatlantikpakts sein, die eine Erweiterung des Teilnehmerkreises durch Beitritt neuer Staaten zulassen." (Alle Zitate aus der "Volksstimme" vom 28.11.)

Die Sowjetunion fordert also scheinbar einen allgemeinen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Auf den ersten Blick klingt diese Forderung vernünftig und dem Frieden dienlich. Betrachten wir sie daher genauer.

Zunächst fällt auf, daß die Staaten des Warschauer Pakts nicht von sich aus einseitig erklärt haben, niemals als erste Atomwaffen einzusetzen. Wenn die Sozialimperialisten ehrliche Absichten hätten, wenn sie wirklich für den Frieden kämpfen würden, wenn sie wirklich nur Atomrüstung betreiben, um sich zu verteidigen, wie sie behaupten, dann müßten sie doch eine solche Erklärung auch einseitig abgeben. Das tun sie nicht. Statt dessen verlangen sie ein gemeinsames Vorgehen aller Unterzeichnerstaaten der KSZE. Daran ist mehreres bemerkenswert:

Erstens sollen nur die 35 Unterzeichnerstaaten der KSZE-Dokumente darauf verzichten, gegenseitig als erste Atomwaffen einzusetzen. Das heißt mit anderen Worten, die Unterzeichnerstaaten behalten sich das Recht vor, Atomwaffen gegen die sozialistischen und Entwicklungsländer, aber auch gegen Länder wie Japan und Australien als erste einzusetzen. Insbesondere richtet sich dieser geplante Vertrag gegen die berechtigten Forderungen der 3.Welt nach der Schaffung von kernwaffenfreien Zonen in Lateinamerika, im indischen Ozean und in Südasien. Zweitens richtet sich dieser Vorschlag an alle Unterzeichnerstaaten, obwohl nur die Sowjetunion, die USA und Großbritannien Atomwaffen besitzen. Das zeigt, es soll viel Wind gemacht werden, aber nur ja kein wirklicher Schritt in Richtung Frieden. Wem anders als den beiden Supermächten nützt es, wenn zum Beispiel Länder wie Norwegen oder Österreich erklären, niemals als erste Atomwaffen gegen die Sowjetunion einzusetzen, während die Monopolstellung der beiden Supermächte auf dem Gebiet der Kernwaffen weiter ausgebaut wird?

Drittens ist der Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten direkt Teil ihrer Kriegsvorbereitungen und hat das Ziel, die strategischen Bedingungen in Europa zugunsten des Sozialimperialismus zu verbessern. Die Sowjetunion, dieser Spätkömmling auf dem Gebiet der imperialistischen Konkurrenz, muß auf den Krieg setzen, wenn sie die USA im Kampf um die Weltherrschaft in die Knie zwingen will. Ohne Kontrolle über die gewaltigen Produktionsmittel und die geschulte Arbeiterklasse Europas kann dieser Kampf nicht gewonnen werden. Deshalb hat die Sowjetunion auch vor, in einem vorwiegend mit konventionellen Waffen geführten Blitzkrieg eine möglichst rasche Entscheidung der Schlacht um Europa zu erzwingen. Die Vorschläge zu einem gegenseitigen Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen dienen ihr auch dazu, ihre Überlegenheit an konventionellen Waffen in Europa voll ausspielen zu können.

Die Unterzeichnung des von den Warschauer-Pakt-Staaten vorgeschlagenen Vertrags würde also nicht nur keinen Beitrag zur Verhinderung oder Hinauszögerung des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges bedeuten, sondern im Gegenteil die Kriegsgefahr durch die relative Stärkung des Sozialimperialismus in Europa nur noch vergrößern.

## »Friedensmaßnahmen« sollen strategische Vorteile sichern

Ähnlich verhält es sich mit dem zweiten "Friedensvorschlag" der in der Abschlußdeklaration der Bukarester Beratung enthalten ist. "Lösen wir die Militärblöcke auf!", tönte die Volksstimme"dazu mit Engelszungen.

Bei näherer Betrachtung des Vorschlags, stellt sich allerdings heraus, daß von einem konkreten Vorschlag zur Auflösung der beiden Militärpakte keine Rede war. Es wurde lediglich "die Bereitschaft" dazu festgestellt. Eine Feststellung, die aus dem Mund von bis an die Zähne bewaffneten Räubern keinen Pfifferling wert ist. Als "eine der praktischen Maßnahmen in dieser Richtung" wurde vorgeschlagen, daß sowohl NATO als auch Warschauer Pakt keine neuen Mitgliedstaaten aufnehmen dürfen. Dieser Vorschlag ist natürlich kein Schritt zur Auflösung der beiden Militärpakte, sondern ein Vorschlag zur Beibehaltung der Militärpakte in der gegenwärtigen Form. Er bringt ferner ausschließlich der Sowjetunion Vorteile. Welche Länder im europäischen Einflußbereich gibt es, deren Beitritt zum Warschauer Pakt die Position der Sowjetunion noch stärken könnte? Dagegen ist beispielsweise die Aufnahme Spaniens als Vollmitglied in die NATO ein langgehegter Wunsch der USA, der umso dringender wird, je größer die Zerfallstendenzen innerhalb der NATO werden, wie der griechisch-türkische Konflikt und Portugal gezeigt haben.

Darüber hinaus ist für die Sowjetunion der Warschauer Pakt lange nicht so bedeutend für ihre Vormachtstellung in Osteuropa als die NATO für die der USA in Westeuropa, denn die Sowjetunion hat sich längst durch ein System von zweiseitigen Verträgen mit den Warschauer Pakt-Staaten abgesichert. Diese Verträge über "Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe" garantieren der Sowjetunion die vollständige Kontrolle über die Armeen ihrer "Verbündeten". Denjenigen Staaten, die unmittelbar an die NATO-Länder grenzen, hat die SU überdies Truppenstationierungsverträge aufgezwungen, die die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf diesem Territorium sichern. NATO-Experten haben auch immer wieder darauf hingewiesen, daß die sowjetische Führung jederzeit auf diplomatischer Ebene die Auflösung des Warschauer Pakts anbieten kann, ohne ihre militärische Position zu schwächen.

Mit diesen neuen sowjetischen "Vorschlägen" verhält es sich genauso, wie mit den anderen, von der SU initiierten "Friedensinitiativen", wie der heuer der UNO-Vollversammlung unterbreitete "Weltvertrag über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen" oder der aus dem Vorjahr stammende Antrag über das "allseitige und vollständige Verbot von Kernwaffenversuchen". Der chinesische UNO-Delegierte Huang Hua, der seit kurzem Außenminister der Volksrepublik China ist, ist auf der Sitzung des Ersten Ausschusses der UNO-Vollversammlung über Abrüstung dem "Entspannungs"- und "Abrüstungs-"schwindel der Sowjetunion entgegengetreten. Er enthüllte Tatsache um Tatsache über den fieberhaften Rüstungswettlauf der beiden Supermächte und sagte: "Da die Supermächte hemmungslos aufrüsten, warum also machen sie, vor allem die Sowjetunion, so große Worte über Abrüstung? Oberflächlich betrachtet, scheint dies ein Widerspruch in sich zu sein, aber tatsächlich ergänzen sich Worte und Taten gegenseitig. Wie alle Aggressoren in der Geschichte schreien sie genau deshalb 'Abrüstung!' weil sie mit aller Kraft aufrüsten. Ihr Ruf nach 'Abrüstung' hat gerade das Ziel, ihre intensive Aufrüstung zu verschleiern. Die Zeit, in der sie am lautesten 'Entspannung' und 'Abrüstung' trommeln, ist die Zeit, in der sie ihre Aufrüstung verstärken und neue Aggressionen vorbereiten. Die größte Kriegsgefahr der Gegenwart geht vom größten Friedensschwindler aus." (Peking Rundschau 47/76)

## Die Forderungen der Völker gegen die Kriegsvorbereitungen entlarven den Entspannungsschwindel der Supermächte

Gegen die Betrugsmanöver der "Friedensinitiativen" der beiden Supermächte müssen wir die konsequenten Forderungen der Völker gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte erheben, die allein im Stande sind, den Blick der Volksmassen für die wahren Kriegstreiber zu schärfen:

- Auflösung der aggressiven imperialistischen Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt!
- Abzug aller im Ausland stationierten Truppen. Insbesondere: Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder!
- Abzug der Kriegsflotten der beiden Supermächte aus dem Mittelmeer!
- Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen! Verpflichtung aller Atommächte - insbesondere der beiden Supermächte - niemals als erste und insbesondere nicht gegen kernwaffenlose Länder und kernwaffenfreie Zonen Kernwaffen einzusetzen! Vernichtung aller Kernwaffen!
- Verbot der Durchführung von Militärmanövern der beiden Supermächte in der Nähe der Grenzen von souveränen europäischen Ländern!
- Keine Unterstützung des Entspannungsschwindels der beiden Supermächte durch die Bundesregierung!
- Weg mit der Wiener "Truppenabbau"konferenz!

W.K.